

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenschrift 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 29 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserations-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Rotations-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
Verkehrs- und Versammlungs-Anzeigen,

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 17. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der preussische Landtag

wurde heute, am letzten verfassungsmäßig zulässigen Termin,
in der üblichen prunkvollen Weise im weissen Saale mit
folgender Thronrede eröffnet:

Erlaubte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern
des Landtages!

Indem ich Ihnen beim Beginn eines neuen Abschnitts der parla-
mentarischen Arbeiten meinen königlichen Gruß entbiete, gebe ich
meinem Vertrauen Ausdruck, auf Ihre verständnisvolle Unter-
stützung auch bei den bevorstehenden wichtigen Aufgaben rechnen zu
können.

Die Finanzlage des Staates ist fortwährend eine günstige.
Die Rechnung des Jahres 1897/98 hat ebenso wie die der Vorjahre
mit einem beträchtlichen Ueberschuss abgeschlossen. Auch das laufende
Jahr wird ein befriedigendes Ergebnis bringen. In dem Staats-
haushalts-Etats für 1899 hat, entsprechend zu den erwartenden
höheren Einnahmen, namentlich bei den Betriebsverwaltungen, dem
steigenden Ausgabebedarf wiederum in weitem Maße Rechnung ge-
tragen werden können. Insbesondere sind für die von der Staats-
regierung in Aussicht genommene, von dem Landtage befürwortete
Neuregelung der Gehaltsverhältnisse einzelner
Klassen von Unterbeamten die erforderlichen Mittel
bereit gestellt, und zwar in einem Umfang, welcher über
die gegebene Anregung hinausgeht. Mit dieser abermaligen
Aufwendung für die Unterbeamten, welche auf einige bisher
nicht berücksichtigte Kategorien von mittleren Beamten ausgedehnt
wird, ist die im Jahre 1890 begonnene allgemeine Aufbesserung der
Beamtenbefolgungen abgeschlossen.

Nach dem Vorbilde der Fürsorge für die Hinterbliebenen der
unmittelbaren Staatsbeamten soll ferner die Wittwen- und
Waisenernährung der Volksschullehrer anderweit
geordnet werden.

Die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten
bedarf allgemein, sowohl im Interesse der Beamten als auch der
Gemeinden, einer gesetzlichen Regelung, welche sich gleichfalls an die
für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Bestimmungen an-
schließen wird.

Die Medizinalverfassung des Staates wird in der
Zukunft in einer den gesteigerten Anforderungen an die
Gesundheitspflege entsprechenden Weise gesetzlich ausgestaltet sein.
Auch sollen im Interesse der Hebung des ärztlichen Standes ehren-
gerichtliche Einrichtungen ins Leben gerufen und den
Kammern erweiterte Befugnisse gegeben werden.

Auf dem Gebiete des Gemeinde-Wahlrechts hat die
im Jahre 1891 eingeleitete Steuerreform Verschiebungen verursacht,
welche durch das Gesetz wegen Aenderung des Wahlverfahrens vom
29. Juni 1893, wie sich schon jetzt übersehen läßt, nur zum Theil
beseitigt sind und einen weiteren Ausgleich erwünscht erscheinen lassen.
Zu diesem Zwecke wird ein Gesetzentwurf Ihrer Beschlußfassung
unterbreitet werden.

Die kommunale Besteuerung der in neuerer Zeit ent-
standenen großen Waarenhäuser entspricht nicht ihrer
Bedeutung und Stellung im gewerblichen Verkehr; sie bedarf einer
besonderen Regelung, welche die gerechtere Heranziehung dieser
Betriebe sichert und dadurch zugleich den kleineren Gewerbetreibenden
für den Wettbewerb einen wirksameren Schutz gewährt. Ein bezüg-
licher Gesetzentwurf wird Ihnen voraussichtlich noch in dieser Sitzung
vorgelegt werden.

Die auf fast allen wirtschaftlichen Gebieten eingetretene kraft-
volle Entwicklung hat auch an die Staatsbahnen
Verwaltung auferlegenden Anforderungen gestellt.
Dank der bereitwilligen Unterstützung des vorigen Landtages haben be-
sondere Maßregeln in die Wege geleitet werden können, deren Durch-
führung es ermöglichen wird, dem steigenden Verkehrsbedürfnis zu
entsprechen. Zur Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes, sowie zur
Förderung der Kleinbahn-Unternehmungen wird auch in diesem
Jahre Ihre Mitwirkung in Anspruch genommen werden.

Bereits bei dem Bau eines Kanals von Dortmund nach den
Emshäfen ist die Herstellung einer leistungsfähigen Wasser-
verbindung zwischen dem Rhein, der Weser und
Elbe im Interesse des Verkehrs und der heimischen Güter-
erzeugung als notwendig erkannt worden. Die seither eingetretene
außerordentliche Steigerung des Verkehrs, insbesondere das Ver-
dienen für Massengüter leistungsfähige, billige Verkehrswege zu
schaffen, lassen den unversäglichen Ausbau einer neuen
Wasserstraße zwischen diesen großen Strömen und damit die Her-
stellung eines für den Westen und den Osten gleich vorteilhaften
Verbindungsnetzes dringlich erscheinen. Denselben wird zugleich
die wichtige Aufgabe zufallen, das Landeskultur-Interesse der an-
liegenden Gebiete durch Verbesserung der Wasserverhältnisse zu
fördern. Auf Grund der bisherigen Verhandlungen ist zu erwarten,
daß die nächstbetheiligten durch Uebernahme der geforderten
Garantien ihr Interesse genügend belunden werden. Es
wird Ihnen daher eine Vorlage zugehen, welche den Bau von
Schiffahrtskanälen von dem Dortmund-Emse-Kanale einerseits
nach dem Rhein, andererseits nach der Weser und der Elbe vorsieht,
und welche ich Ihrer thätigen Unterstützung anempfehle.

Die schwierigen Verhältnisse, mit denen die Landwirth-
schaft noch immer zu kämpfen hat, nehmen meine Theilnahme
nach wie vor in Anspruch. Meine Regierung erachtet es als ihre
ernste Pflicht, fortgesetzt auf die Hebung der Landwirtschaft bedacht
zu sein.

Die Sicherung der im Jahre 1897 von Hochwasser-
schäden schwer heimgefügten Landesgebiete gegen die Wiederkehr
ähnlicher Verheerungen ist Gegenstand umfangreicher technischer Vor-
arbeiten gewesen, nach deren Abschluß Verhandlungen mit den
Provinzialverwaltungen über die als notwendig erkannten Ab-
hilfemaßregeln eingeleitet sind.

Das vürgerliche Gesetzbuch und die gleichzeitig am
1. Januar 1900 in Kraft tretenden Reichsgesetze machen eine Reihe
von Vorschriften notwendig, um das neue Reichsrecht auf den dem
Landesrecht vorbehaltenen Gebieten zu ergänzen und ältere Landes-
gesetze ihm anzupassen. Ihrer Beschlußfassung werden die Entwürfe
der hierzu bestimmten Gesetze unterliegen, deren rechtzeitige Verab-
scheidung zur Durchführung des großen Gesetzgebungswerkes er-
forderlich ist.

Meine Herren! Die wirtschaftlichen und politischen Gegen-
stände, von denen unsere Zeit erfüllt ist, legen der Verwaltung
und Gesetzgebung in besonderer Weise die Pflicht auf, unbeirrt
von dem Streite des Tages, die staatlichen Einrichtungen im
Interesse aller Klassen der Bevölkerung zu sichern und auszubauen.
Die Grundlagen unseres Staats- und Volkslebens sind gesund und
festgelegt. In ernstem Streben wird an der Entfaltung der geistigen
und sittlichen Kräfte des Volkes gearbeitet. Auf wirtschaftlichem
Gebiete zeigt sich gesteigerte Schöpfungsfähigkeit und stetige Ent-
wicklung; der Wohlstand des Landes ist sichtlich im Wachsen. Mit
Zuversicht blicke ich deshalb in die Zukunft. Ihren Arbeiten, die
Gott segnen möge, wünsche ich vollen Erfolg zum Wohle des Vater-
landes.

Neues ist in der Thronrede nicht enthalten. Schon seit
Monaten sind ja die Miquel-Offiziosen eifrig an der Arbeit,
in der Presse Stimmung zu machen für die Pläne der Re-
gierung. Daß die Finanzlage des Staates eine fortwährend
günstige ist und daß auch das laufende Jahr wieder ein
befriedigendes Ergebnis haben wird, ist allgemein bekannt.
Aber ebenso bekannt ist es auch, daß Herr Miquel trotz dieser
glänzenden Finanzlage das berechtigte Verlangen der Unter-
beamten nach Gehaltsaufbesserung nicht erfüllen wird. Daß
für einzelne Klassen von Unterbeamten eine Neuregelung der
Gehaltsverhältnisse beabsichtigt ist, kann nicht genügen. Die
Thronrede bezeichnet die im Jahre 1890 begonnenen all-
gemeine Aufbesserung der Beamtenbefolgungen als ab-
geschlossen und nimmt somit den diesmal nicht berücksichtigten
Beamten für absehbare Zeit jede Aussicht auf Besserung
ihrer Lage.

Lebhafte Debatten werden indeß weder die angekündigte
Befolgungsvorlage noch die Gesetze betr. Neuregelung der
Wittwen- und Waisenernährung der Lehrer oder die Regelung
der Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten her-
vorrufen. Erst bei der Verathung des Gesetzes betreffend
Aenderung des Gemeinde-Wahlrechts dürfte
es zu schärferen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien
kommen. Und doch handelt es sich bei der ganzen Frage nur
um die Befestigung einiger allzu schwachen Auswüchse des
Dreiklassen-Wahlrechts. Zu einer Befestigung dieses Systems
der Ungerechtigkeit wird sich nicht einmal die äußerste Linke
des Hauses entschließen, da ihre Schwärmerei für das
allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erwiesener-
maßen nur eine platonische ist.

In welcher Weise die Regierung sich die Besteuerung
der Waarenhäuser denkt, ist aus der Thronrede nicht
zu ersehen. Nach den Verhandlungen, die in der letzten
Session darüber gepflogen sind, ist anzunehmen, daß die Be-
steuerung den Gemeinden überlassen wird. Herr Miquel hat
im vorigen Jahre bei der Verathung des Antrages v. Broch-
hausen keinen Zweifel darüber gelassen, daß er persönlich
von der Wirkungslosigkeit der Erbrofflungssteuer überzeugt
ist, er hat damals den Gedanken einer derartigen Steuer
sogar verhöhnt. Wenn er nun doch einen Versuch auf diesem
Gebiete unternimmt, so hat er sich anscheinend von seinen
agrarischen Freunden breitschlagen lassen, denen zu Liebe er
selbst vor einer kleinen Blamoge nicht zurückfährt.

Von weittragender Bedeutung, als es auf den ersten
Blick scheinen könnte, sind die geplanten Ehrengerichte
für Ärzte und die Erweiterung der Befug-
nisse der Kammern. Der ärztliche Stand ist heute
fast der einzige gelehrte Beruf, der in politischer Beziehung
noch nicht unter der Vormundschaft der Regierung steht;
auch seine Vertreter mundtot zu machen, auch in diesen Kreisen
die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, ist das Ziel, das
der Minister für Geist, Herr Vosse, erstrebt, und der Landtag
wird ihm keine allzugroßen Hindernisse in den Weg
legen. Dieselben Herren, die die lex Kronz geschaffen
haben, werden auch Mittel und Wege finden, ehrenhaften
Vertretern des ärztlichen Standes, selbst Leuchten der Wissen-
schaft, der politischen Mahregelung zu unterwerfen.

Die neue Kanalvorlage ist der einzige Entwurf, bei
dessen Verathung die tonangebende Partei des Hauses, die Junker,
der Regierung Schwierigkeiten bereiten wird. Wie früheren Kanal-
bauten, so werden sie sich auch dem neuen Plane anfangs
aufs heftigste widersetzen, um am Ende doch noch im ent-
scheidenden Moment umzufallen. Natürlich werden sie sich
ihren Umsatz ihener bezahlen lassen, die nimmerfatten Agrarier
werden maßlose Forderungen erheben, und die Regierung
wird diese Forderungen um des lieben Friedens willen
gewähren. Die Regierung wird es nicht nur, wie es in der
Thronrede heißt, für ihre Pflicht erachten, fortgesetzt auf die
Hebung der Landwirtschaft bedacht zu sein, sie wird
darüber hinausgehen und wie bisher so auch in Zukunft
ihren Freunden Liebesgaben auf Kosten des
Volkes bewilligen.

Wiel wichtiger aber als alles das, was in der Thronrede
steht, ist das, was nicht darin steht. Kein Wort vom
Arbeiterschutz, von einer Verbesserung des
Vergleiches, von einer Vermehrung der Fabrik-
inspektoren, vom Schutz des ländlichen Pro-
letariats; kein Wort von der Einlösung des Versprechens,
das Verbot des Zwerbindungstretens poli-
tischer Vereine aufzuheben. Und doch ist es höchste
Zeit, daß dies Versprechen endlich erfüllt wird, wenn die
Regierung Berth darauf legt, nicht als wortbrüchig vor dem
Volke zu erscheinen. Jedenfalls wird es Pflicht des Parla-
ments sein, schon bei der Etatsberathung die Minister zu
einer klaren Aeußerung darüber zu zwingen, ob etwa eine

neue Auflage der lex Recke beabsichtigt ist
oder ob sie auf andere Weise endlich ihr feierliches Wort ein-
lösen will.

Jedem welche Hoffnungen darf das Volk auch auf diese
Legislaturperiode des Klassen-Parlaments nicht
setzen. Denn wenn auch das Zustandekommen einer rein
konservativen Mehrheit verhindert ist, so sind doch die Volks-
rechte im höchsten Maße gefährdet. Auf der einen Seite die
konservativ-meritale Mehrheit, die darauf lauert, die Schule
unter die Herrschaft der Kirche zu bringen, auf der anderen
Seite die konservativ-freikonservativ-nationalliberale Mehrheit,
die für jede Schmälerung der Volksrechte zu haben ist, die
ihnen selbst nichts schadet, sondern nur die Arbeiterklasse
schädigt. Und zu alledem noch die agrarischen Schreihefde,
die die Tribüne des Parlaments benutzen, um hier den Deute-
zug auf das arbeitende Volk vorzubereiten!

In ein neues prunkhaftes Gebäude sind die „Volks-
vertreter“ eingezogen. Aber mit ihnen ist auch eingezogen der
alte Geist, der Geist der Volksausbeutung und
Volksunterdrückung. Jener Geist, der ein halbes
Jahrhundert hindurch die herrschenden Klassen in Preußen
besezt hat, er wird auch im neuen Abgeordnetenhause vor-
herrschen.

Zwei Männer.

Ein seltsamer Zufall fügt es, daß an einem Tage der Telegraph
die Kunde von dem Hinscheiden zweier Persönlichkeiten bringt, die
in den Verfall der bürgerlichen Parteien als altmodische Er-
scheinungen von starkem Eigenwuchs, Charaktervoller Gesinnung und
großer Begabung hineintragen:

Guido Weiß, der letzte Demokrat, und Rudolf Meyer,
der letzte Konservative, sind gestorben.

Guido Weiß.

Les dieux s'en vont — die alten Idealisten des Bürger-
thums sterben aus — die Männer, welche noch an die bürgerlichen
Freiheiten und an die Freiheit durch das Bürgerthum geglaubt
hatten, sind auch Guido Weiß todt, der Freund und Lieblings-
schüler Jacobys, der jedoch nicht gleich diesem der
bürgerlichen Demokratie Vales gesagt und der Sozial-
demokratie öffentlich beigetreten ist, sondern sich von dem
Glauben, daß die bürgerliche Demokratie noch lebensfähig sei, nicht
lösmachen konnte. Freilich, sein Glaube ist auch erschüttert worden,
und an die Demokratie des deutschen Bürgerthums hat auch er
nicht mehr geglaubt.

Guido Weiß ward am 18. August 1822 in Schlesien geboren; er
studierte Medizin. In die Journalistik warf ihn das Revolutionsjahr 1848,
das keinen begeisterten Freireiheitskämpfer fand als den jungen
feurigen Arzt, der in seinem Beruf das Glend des Volkes kennen gelernt
hatte. Der Demokratie blieb Weiß treu, obgleich er als Redakteur
der „Vossischen Zeitung“ das fortschrittliche Erwachen des Bürger-
thums zu Ende der 50er Jahre warm begrüßte. Nach Anbruch der Ära
Bismarck, welche die Ohnmacht der Fortschrittspartei darlegte, übernahm
Weiß die Redaktion der demokratischen „Reform“, die der Kassalischen
Bewegung gegenüber sich objektiv verhielt. Neben Jacoby und
Andere trennte er sich von der Fortschrittspartei, ohne mit ihr
zu brechen. Die demokratische Gruppe gründete 1866 ein
neues Blatt, „Die Zukunft“, an dessen Spitze Weiß
gestellt ward. In der „Zukunft“ brachte er sein großes
journalistisches Talent und die vornehmste Eigenart seines
Wesens zur Geltung und erwarb sich den wohlverdienten Ruf eines
der ersten Journalisten und politischen Schriftsteller Deutschlands.
Das Kriegsjahr 1870, das Jacoby nach Vögen in Kriegsgefangen-
schaft führte, vernichtete die „Zukunft“, für die es im Waffengetöse
und in den Orgien des Nordpatriotismus kein Gehör gab.

Es gelang aber Weiß nach etwa zweijähriger Pause, ein Wochen-
blatt, „Die Waage“, zu gründen, in der er bis zum Jahre 1879
Reiterstücke der Publizistik lieferte, ohne indeß irgend erheblichen
Einfluß auf das politische Leben auszuüben. Die Zahl der bürger-
lichen Elemente, die ihm folgten, schmolz mehr und mehr zusammen
— sie gingen entweder unter im Stimpfe realpolitischer Ge-
sinnungslosigkeit oder sie stiegen auf zur Sozialdemokratie. Die
meisten seiner Freunde waren Sozialdemokraten — das Bürgerthum
konnte es nicht verstehen und nach einiger Zeit auch nicht verstehen,
daß Weiß die Berechtigung und Nothwendigkeit der Sozialdemokratie
tatsächlich anerkannte.

In frischem Gedächtniß ist der Kühne und prächtig geschriebene
Aufsatz der „Waage“, in welchem er die Pariser Kommune
verteidigte und ihre feigen und gewissenlosen Verleumder
an den Pranger stellte. Im Attentatsjahre 1878 war Weiß einer
der Wenigen, die den Kopf kühl behielten; über die Robilingschen
Schrottschiffe schrieb er das berühmte gewordenen Wort: „Der Kaiser
hat die Wunde, das deutsche Volk hat das Wundfieber.“
Die Schande des Sozialistengesetzes empfand er bitter, und
sein Sozialdemokrat hat diese schmachvolle Episode zornigen
Gebrauch gemacht als Guido Weiß. Doch er war ein Prediger
in der Wüste. Die Sozialdemokratie stand im Kampf auf Leben
und Tod gegen die Bismarcksche Polizei-Diktatur und das Bürger-
thum hatte kein Verständniß für die reine, in Ketzereihöfen schwebende
Demokratie eines Guido Weiß.

Die „Waage“ ging 1879 ein — aus Mangel an Abonnenten“,
wie in der letzten Nummer ausdrücklich gesagt ist.
Weiter und weiter entfernte Guido Weiß sich von den Kämpfen
der Gegenwart, die er aber, bis zu den letzten Augenblicken, als
Zuschauer genau und mit Eifer verfolgte. Er hat nach dem Eingehen
der „Waage“ nur noch wenig geschrieben.

Anfangs der achtziger Jahre siedelte er nach Frankfurt a. M.
über, wozu sein einziges Kind sich verheiratet hatte, und dort ist
er auch gestorben. Von Zeit zu Zeit, jedoch sehr selten, brachte die
von seinem Schwiegersohn Dr. Stern redigirte „Frankfurter Zeitung“
Skizzen und Erinnerungen von ihm. Ob er, dessen Gedächtniß wahr-
haft staunenswerth war und der die Menschen und Dinge in Berlin und
Deutschland von 1848 an bis zum Ende des Jahrhunderts beobachtet
und gekannt hat wie wohl kein Zweiter, — ob er seine Lebens-
erinnerungen niedergeschrieben hat, was von seinen Freunden ihm

so ist aus Herz gelegt ward, das wissen wir nicht. Hat er es gethan, so erhält Deutschland das beste Memorialwerk unserer Zeit, das unsere Literatur anzusehen hat. Hat er es nicht gethan, so ist der Verlust unerlässlich. Dann hat er ein Stück Geschichte mit ins Grab genommen.

Trotz der scharfen, auf's äußerste zugespitzten Feder, die er führte, hat Guido Weiß schwerlich je einen persönlichen Feind gehabt, denn er war zugleich von beständiger Liebenswürdigkeit und von rührender Herzengüte. Obgleich er nie Parteigenosse war, so war er seinem ganzen Wesen nach doch Sozialdemokrat und hat der Sozialdemokratie große Dienste geleistet; unter den Kränzen, die ihm aufs Grab gelegt werden, sind auch Kränze der deutschen Sozialdemokratie.

Rudolf Meyer.

Mit Rudolf Meyer geht der letzte Rodbertusianer dahin, der letzte Vertreter einer Richtung, die einst das sozialpolitische Denken in Deutschland aufs Tiefste beeinflusste, dann aber durch die ökonomische Entwicklung vollständig weggewegt worden ist.

Neulich wie in England trafen auch in Preußen die Anfänge der proletarischen Bewegung im Großgrundbesitz auf eine ihnen sympathische Richtung. Der konservativ, patriarchalische Großgrundbesitzer haßte ebenso sehr das Kapital, wie irgend ein Proletarier, aber freilich aus dem entgegengesetzten Grunde. Er haßte es als revolutionäre Macht, die auch auf dem flachen Lande allen feudalen Verhältnissen ein Ende machte. Er haßte es aber auch als seinen Ausbeuter, als Schmäler der Grundrente, aber vielmehr als deren Kneigler durch das Mittel der Hypothekenverschuldung.

Kampf gegen das Kapital, war daher die Lösung bei einem Theil des Agrarierthums; die logische Konsequenz davon aber war die Vereinigung mit dem schärfsten Gegner des Kapitals, dem Proletariat. Das haben unerschrockene und weitsichtige Mitglieder des preussischen Großgrundbesitzes sehr wohl erkannt — unter ihnen der weitsichtigste und unerschrockenste Rodbertus. Derjenige unter seinen Schülern, der seine Lehre am eifrigsten verbreitete, praktisch am meisten und selbstlossten für sie wirkte und am treuesten an ihr festhielt, war Dr. R u d o l f M e y e r. Ihn war es erst mit dem Bündnis zwischen Proletariat und Konservatismus und ebenso erst mit dem unerlöschlichen Kampfe gegen das Kapital. Er war der erste, der die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung und der alten der deutschen Sozialdemokratie vortheilslos schrieb in seinem „Emanzipationskampf des vierten Standes“ (1873/74), er war der erste bürgerliche Gelehrte, der mit den Werkstätten des Proletariats in freundschaftlichen Verkehr trat, darunter mit Marx und Engels selbst, die ihn stets gern bei sich sahen, und er war der einzige von den Konservativen, der den Kampf gegen die kapitalistische Korruption, den Gründungschwandel und seinen Pflegevater, den Fürsten Bismarck, unerschrocken angriff in seiner Schrift „Politische Gräber und die Korruption in Deutschland“ (1877).

In den Prozessen, welche diese Schrift ihm brachte, erlebte er seine erste große Enttäuschung. Die Zeugen aus dem konservativen Lager, auf die er gerechnet, ließen ihn im Stich, er wurde verurtheilt.

Der Strafe entzog er sich durch die Flucht und wandte sich zunächst nach Oesterreich, um unter dem dortigen Adel in gleichem Sinne zu wirken, wie in Preußen. Die Situation war ihm Anfangs günstig. Eben als er nach Oesterreich kam, bereitete sich der Banerit der liberalen Partei und ihre Verdrängung durch die feudale Reaktion vor, die sich aber noch nicht sicher im Sattel fühlte, noch nach Popularität haschte. Da fand die Rodbertus'sche Lehre fruchtbaren Boden. Wenn sich unter dem österreichischen Hochadel eine sozialreformistische Richtung bildete, wenn diese den zehn- und zwanzigjährigen Kampf für die Arbeiter forderte und 1885 den eifrigsten durchsetzte, so darf man Dr. R. M e y e r ganz erheblichen Antheil zuschreiben.

Recht dem Bestreben, dem österreichischen Adel sozialpolitisches Denken beizubringen, beschäftigte ihn in seiner Zeit auch das Studium der amerikanischen Lebensmittelkonkurrenz, deren revolutionäre Wirkung für die europäische Landwirtschaft er als einer der ersten erkannte und die hinfort den Hauptgegenstand seiner literarischen Thätigkeit bildete.

Gerade sie aber sollte ihm seine zweite große Enttäuschung bringen. Denn an ihr zeigte sich am deutlichsten die Unvereinbarkeit der proletarischen Interessen mit denen des Großgrundbesitzes. Diese riefen nach Agrarzöllen, jene verlangten nach Freihandel in Lebensmitteln.

Meyer hatte seinen österreichischen Freunden gegenüber gut reden, sie blieben taub, wenn er ihnen die Nothwendigkeit verkündete, dem Proletariat billige Lebensmittel zu liefern.

Noch weniger Erfolg hatte er in Frankreich, wo er ebenfalls auf den Adel sozialpolitisch einzuwirken suchte und wo — schon der höheren industriellen Entwicklung wegen — das Streben nach künstlicher Produktvermehrung noch weit mächtiger auftrat.

Ueberall enttäuscht, wendete er dem alten Europa den Rücken in der Absicht, in Amerika als Farmer seinen Lebensabend zu beschließen. Aber Krankheit zwang ihn binnen wenigen Jahren wieder nach Europa zurück. Dort war der Raum der konservativen Arbeiterfreundlichkeit, der Allianz zwischen Grundrente und Arbeitslohn gegen den Profit inzwischen gänzlich ausgeträumt worden. Rudolf Meyer fand sich politisch so einsam und so gänzlich unverständlich, als hätte er, ein neuer Rip van Winkle, hundert Jahre geschlossen.

So einsam war er, daß diesem durch und durch konservativen Manne eine Zeit lang keine andere Zeitschrift ihre Spalten öffnete, als die sozialdemokratische „Neue Zeit“, die den ehrlichen Freund des arbeitenden Volkes nicht mundtot gemacht sehen wollte. Er hat dort noch eine Reihe von Artikeln, namentlich gegen die Getreidezölle, veröffentlicht, in einer Reihe interessanter und anregender Schriften noch seine Anschauungen zusammengefaßt, aber er fand kein Echo mehr. Die Zeit des Rodbertusianismus war vorbei.

Heute, wo die Arbeiter im Vordergrund des Kampfes gegen die Agrarzölle stehen, wo die Landwirtschaft sich immer mehr mit Industrie vereinigt, wo der Kontraktbäuer der großen Landwirtschaft nicht die Hypothekenschuldung, sondern der Mangel an Arbeitern ist, heute ist der Großgrundbesitz mit dem Kapital aufs Innigste vereint, heute sieht er mit gleichem Eifer wie dieses den Kampf gegen das Proletariat; da haben alle Voraussetzungen aufgehört, aus denen der Rodbertusianismus seine Kraft zog.

Umso mehr wird die sozialistische Arbeiterethik die Charakterfestigkeit des Mannes achten, der ihr Freund blieb, als alle seine Genossen ringsumher sich in bittere Feinde des Proletariats verwandelten, und der unter ihnen aus seinen proletarischen Sympathien nie ein Pfeil machte. Das Proletariat wird ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Beginn der Landtags-Session.

Im Anschluß an die feierliche Eröffnung des Landtages hielten beide Häuser kurze geschäftliche Sitzungen ab. Besonders feierlich gestaltete sich die Sitzung des Abgeordneten-Hauses, die erste in dem neuen Gebäude an der verlängerten Zimmerstraße. Sämmtliche Minister, an der Spitze Fürst zu Hohenlohe, hatten sich eingefunden. Nachdem der Alterspräsident, der freikonservative Abg. v. B o h, die Sitzung mit dem üblichen Hoch auf den König eröffnet hatte, erhob sich der Ministerpräsident, um im Namen der Regierung dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß auch im neuen Hause die Verhandlungen stets von demselben Geiste getragen sein mögen, wie im alten. Bei der Uebernahme des neuen Reichstags-Gebäudes sah sich die Regierung einer Zeit nicht veranlaßt, einen ähnlichen Wunsch auszu-

sprechen. Mit dem Reichstage ist sie ja auch lange nicht so zufrieden, wie mit dem Abgeordnetenhaus, welches mit der Regierung stets auf bestem Fuße steht.

Morgen wird unmittelbar nach der Präsidentenwahl der Finanzminister den Etat einbringen.

Das Herrenhaus, das bis zur Fertigstellung seines „Palastes“ das bisherige, etwas aufgebesserte Abgeordnetenhaus bezogen hat, nahm heute bereits die Wahl des Präsidiums vor. Das Ergebnis ist die Neuwahl der bisherigen drei Präsidenten Fürst zu Wied, Freiherr von Mantuffel und Oberbürgermeister Becker. Der Präsident gedachte sodann der verstorbenen Mitglieder, wobei er besonders die „Verdienste“ des Fürsten Bismarck hervorhob. Morgen wird das Haus einige geschäftliche Formalitäten erledigen und sich dann voraussichtlich auf unbestimmte Zeit vertagen.

Die zweite Auflage.

Eine Wiederholung der zaristischen Heilsbotschaft kündigen der „Voss. Ztg.“ zufolge die „Times“ an. Ein neues Mandat des russischen auswärtigen Kants befragt:

Obwohl seit dem Mandat vom August der politische Horizont sich etwas bewölkt und einige Mächte sogar Schritte zur Vergrößerung ihrer Kräfte unternommen haben, werde hoffentlich die allgemeine Lage sich wieder günstig für den Erfolg des grobhumanitären Unternehmens gestalten. Inzwischen habe die russische Regierung einen Reinigungs-austausch zwischen den Kabinetten über den Gegenstand für richtig gehalten, um die diplomatische Erörterung anzubahnen. Wünschenswert sei eine Verständigung über zehn Punkte. Die Hauptpunkte sind, ein Abkommen, die Heere und Flotten für einen bestimmten Zeitraum nicht zu vergrößern, bezugnehmend nicht die Militär- und Marinebudgets, ferner der Verzicht, Mittel ausfindig zu machen, um diese Streitkräfte und deren Budget künstlich zu vermindern, Unterlagung des Gebrauchs neuer Waffen und Sprengstoffe oder neuer Pulverorten, die mächtiger als die jetzt im Gebrauch befindlichen wirken, Verständigung über Vermittlerdienste und Schiedsgerichte in gewissen Fällen zur Vermeidung des Krieges.

Man möchte die „Times“-Werbung als eine Satire auf den Abrüstungsultus auffassen. Jedenfalls wird die Komödie dadurch nicht besser, daß man sie wiederholt. Das feudale-bourgeoise Europa ist sich darüber einig, daß die Idee der Abrüstung oder gar des ewigen Friedens ein Traum ist, und nur in dem Punkt herrscht eine Meinungsverschiedenheit, ob der Traum schön sei oder nicht. Die Philosophen aus der Volksschule schauern bekanntlich vor einer Zukunft, in der sich die Menschen nicht mehr gegenseitig abschlagen.

Aber warum träumt man in Petersburg so hartnäckig? Warum stellt man sich dort so, als ob schon die Zeit gekommen sei, in der die Völker Europas geeinigt den Kriegszustand der herrschenden Klassen ein Ende bereiten?

Der mächtigste Herrscher der Welt verkündet die Abrüstung und den ewigen Frieden, andere minder mächtige Herrscher begrüßen den großzügigen Vorschlag mit Inbrunst, und die Staaten rüsten ab, indem sie ihr menschliches und technisches Kriegsmaterial ins Ungemessene vermehren.

Der internationale Friedenshymnus mit Kanonbegleitung! Welche Schändung der heiligen Idee des Völkerfriedens!

Die moralische Heuchelei

Der reaktionären Presse offenbart sich wieder einmal in ihren Tiraden über den Grünmacher-Prozess. Natürlich hat man wieder große Neigung, eine lex Grünmacher in die Welt zu setzen. Unsere Gesetzbücher werden, wenn unsere behenden Gelegenheitsmacher Erfolg haben, nächstens eine vollständige Sammlung der Namen interessanter Verbrecher darstellen. Ein urkomisch veranlagter Kopsequenzbrist der „Staatsbürgerin“ hat es bereits heraus, wer die Schuld an den „Greif“-Fällen hat: Die jüdische Moral. Die lex Grünmacher, nach der „Staatsbürger“-Fagon, wird also vernünftlich die Bestimmungen enthalten, daß nur ehemalige — Polizeileutnants die Konzeption für Detektivbureau erhalten dürfen. Indessen ist es nicht unsere Sache, wie die Herrschaften sich mit dieser neuesten „Eiterbeule“ abfinden. Die ganze Entzückung ist ja nur ein Ausfluß des schlechten Gewissens. Man möchte das Urtheil ablenken und verwirren, indem man seine Angriffe lediglich gegen das private Detektivwesen richtet, während die privaten Unternehmungen doch nur ein ähnliches System erkennen lassen, das staatlich geduldet und gefördert, von uns längst erkannt und bekämpft worden ist.

Der innerliche, geistige Zusammenhang des privaten mit dem staatlichen Detektivwesen wäre auch dann nicht zu verkennen, wenn tatsächliche Zusammenhänge und persönliche Beziehungen nicht nachweisbar wären. Aber gerade im Falle Grünmachers scheinen solche persönlichen Beziehungen zwischen Detektivbureau und Polizei bestanden zu haben, wenn sich die Angaben bewahrheiten.

Wir erhalten nämlich folgende Zuschrift: Der Kriminalkommissar a. D. Grünmacher, dessen Thätigkeit der Schwurgerichtspräsident als eine „wirklich schmachvolle“ brandmarkt, scheint auch nach seiner Entfernung aus dem Amte noch gelegentlich oder regelmäßig der Polizei Dienste geleistet zu haben. Wenigstens spricht dafür die folgende Geschichte.

Die im Prozess Grünmacher mitangeklagte Angestellte des Bureau „Greif“ Alara Weder knüpfte im Herbst des Jahres 1897 ein Verhältnis mit einem Studenten der Berliner Universität an, welcher sich zu den Lehren des Anarchismus bekannte, im Uebrigen aber ein überaus harmloser und vertrauensfertiger Mensch war. Von diesen Eigenschaften legte der junge Mann ein glänzendes Zeugnis dadurch ab, daß er den Entschluß faßte, die Alara Weder zu heiraten, trotzdem ihm ihre Thätigkeit im Dienste des Bureau „Greif“ und speziell ihr Wirken im Ehecheidungsprozesse des Konsuls P. bekannt geworden war.

Als er diese Absicht der Weder mittheilte, eröffnete ihm diese, daß das Zusammenreffen, welches die Grundlage des heiderseitigen Verhältnisses geschaffen hatte, kein zufälliges gewesen, sondern daß sie von dem bekannten Kriminalkommissar Bösel beauftragt gewesen sei, den A. als Anarchisten zu beobachten; um diesen Auftrag zu erfüllen, habe sie das Verhältnis angeknüpft.

Wir wissen natürlich nicht, inwieweit diese Angabe der Weder auf Wahrheit beruht, aber vielleicht veranlassen diese Mittheilungen die vorgelegte Behörde des Herrn Kriminalkommissars zu diebezüglichen Nachforschungen. Erweist sich dabei die Behauptung der Weder als wahr, so würde es recht klar werden, woher die Privatdetektiv-Bureau ihre „Tritts“ beziehen, und man würde ferner erkennen, daß die Hüter von Religion, Sitte und Ordnung in ihrem Kampfe gegen den Unsturz nicht allein der Hilfe von „Nicht-Genossen“ bedürfen, sondern daß sie auch Nicht-Ladies verwenden und zwar in einer Weise, die kaum den Anforderungen der Religion, der Sitte und der Ordnung entsprechen dürfte.

Wir unterbreiten diese Zuschrift der öffentlichen Meinung, die übrigens nicht aus der Welt geschafft wird, wenn etwa am 1. März nichts bekannt ist. Nichts sind derlei Dinge niemals bekannt. Uns liegt an der Ermittlung der Wahrheit, der einfachen, nackten, unantastlichen Wahrheit.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath

hat in seiner Plenarsitzung am Montag dem Ausschussprotokoll, betreffend Aenderung des Postzollregulativs, die Zustimmung erteilt; ebenso dem Ausschussantrag, betreffend den Entwurf eines Invalidenversicherungsgesetzes, und den Ausschussberichten über Aenderungen der Anlage B zur Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, über die Verleihung von Korporationsrechten an die Gesellschaft Süd-Namern und über den Gesetzentwurf für Elbfisch-Lothringen, betreffend die Disziplin der Richter. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Vorschläge, betreffend den Gesetzentwurf wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elbfisch-Lothringen für das Rechnungsjahr 1899, betreffend den Gesetzentwurf über die Abänderung der Gewerbe-Ordnung und betreffend die Ausprägung von Einpremsmaschinen. Schließlich wurde über einen Antrag, betreffend die Verfügung über einen Arbeitsplatz bei der zoologischen Station in Novigno, und über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Schweiburg, der Spahmacher. Die famosen „Berl. Pol. Nachr.“ weisen zur Abwechslung einmal wieder nach, daß in England die Trades Unions nicht die Gesamtheit der Arbeiter vertreten. Zu diesem Zusammenhänge sagt der Schweiburg:

Man wird in der Annahme nicht schiefgehen, daß bei uns die einkaufslähmigen Verhältnisse im Großen und Ganzen analog liegen, daß die Hauptmasse der deutschen Arbeiter im Grunde ihres Herzens von der Sozialdemokratie nichts wissen will, sich nur aus Furcht vor Drangsalirungen und Verunsicherungen seitens einer zu Allen fähigen Minderheit von Propagandisten der „Zhat“ zu „Mittelfüssen“ pressen läßt und eine gefehlsüchtige Initiative, die diesen Mißbrauch von ihr nähme, als eine Entlohnung vom Joche sozialdemokratischer Tyrannie begrüßen würde. Das wissen die führenden „Genossen“, daher die Wuth, womit sie immer und immer wieder über das „Justizhausgesetz“ herfallen.

Unsere Leser wären berechtigt, schwere Vorwürfe wider uns zu erheben, wenn wir ihnen diese galkische Scherzhaftigkeit untergeschlagen würden. Der Schweiburg, der politischen Jungtumm zur Schau trägt, ist eine nicht unspäßige Figur.

Eine Mannessthat findet die „Voss-Zeitung“ dem Berliner Magistrat an. Der Bürgermeister sollte ohne Rücksicht auf die Befähigung sachlich als Oberbürgermeister seines Amtes walten, und so die „Gebuldsprobe“ durch ein Definitivum einer leitenden Thätigkeit großen Stils aus eigener Kraft bewältigen. Andererseits sollte man fürderhin unter Hinweis auf den mangelnden Titel bei allen Repräsentationen fehlen. — Der positive Theil des Vorschlags, die Arbeit großen Stils, ist in dem gegenwärtigen Zustand der bürgerlichen Gemüthung ebenso utopisch wie der gewünschte Feterlichkeiten-Streit. Wir möchten uns sehr täuschen, oder die letzten Ritter des Bürgerthums werden keine Nachfolger finden in einer Gesellschaft, die nach dem Abfall der Gebuldsproben ledig ist. Wir besitzen also nicht im Mindesten, daß etwa die demnach wieder fällige Vertram-Ode ausbleiben oder einige Hindertungen auf die bejammernswürdige „Leutenoth“ im Magistrat entfallen wird.

§ 153. Das Oberlandesgericht in A t e l hat wieder einmal dem § 153 der Gewerbe-Ordnung eine Auslegung gegeben, die eine weitere Einschränkung des Koalitionsrechts bedeutet.

Dem Gläubiger Landgericht war der Zimmerer Nielsen auf eine von der Staatsanwaltschaft eingelegte Verurteilung gegen ein freisprechendes Urtheil des dortigen Schöffengerichts zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Gelegentlich des dortigen Zimmererstreiks hat Nielsen zu mit der Bahn angekommenen Arbeitern gefolgt: „Ihr seid ja noch jung und kennt es nicht, aber nehmt Euch in acht!“ Während das Schöffengericht in diesen Worten eine Warnung erkannte, sah das Landgericht darin eine Drohung mit Gewaltthätigkeiten. Gegen diese Verurteilung legte Nielsen beim Oberlandesgericht Verurteilung ein. Sein Verteidiger vermehrte die Feststellung, daß die angebliche Drohung auch von den Verdachten verstanden sei, und auch, daß eine Verobredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen vorliege.

Das Oberlandesgericht verwarf die Verurteilung. Es sei nicht erforderlich, daß eine vom Vorderrichter thatsächlich festgestellte Drohung auch zur Kenntniß der Verdachten gekommen sei und um eine Verobredung im Sinne des § 152 zum Ausdruck zu bringen, genüge, daß der Zweck der Drohung gewesen, die arbeitswilligen Arbeiter von der Annahme der Arbeit abzuhalten.

Da lenne sich einer aus in dieser Rechtsprechung. Also: Wenn jemand etwas auspricht, was der erste Richter als Warnung, der zweite als Drohung mit Gewaltthätigkeit aufsaßt und wenn derjenige, dem die ausgesprochenen Worte gegolten, diese gar nicht einmal verstanden hat, dann genügt dieser Thatbestand, dem Verurtheilten aus dem § 153 der Gewerbe-Ordnung einen Prozess zu machen.

Und wenn man von der juristischen Lüstelei absieht — zu ei Monate ins Gefängniß wegen einer an sich völlig harmlosen Aeußerung!

Für die Schweifamkeit des belnahe Keinen Johann Jacoby engagirt sich die „Frankfurter Zeitung“, die versichert, daß ihre Mittheilungen über den berühmten Empfang des Reichstags-Präsidiums nicht von dem freisinnigen zweiten Vizepräsidenten Reinhard Schmidt stammen. Die Sache birgt ein omniafantes Räthsel. Theilnehmer der Unterhaltung waren außer den drei Präsidenten nur der Kaiser. Das Präsidium hat sich zur Discretion verpflichtet. Daß insbesondere weder Herr v. Ballestrem noch Herr v. Frege verdächtig ist, die „Berl. Ztg.“ zu inspiriren, ist selbstverständlich. Herr Reinhard Schmidt aber hat nach der Befragung des Matthes so eifrig geschwiegen, wie das in Frankfurt sehr bekannte „Sache“, als es auf der Wabe lag. Wo ist also man die geheime Quelle der Informationen der „Berl. Ztg.“ zu suchen? Die drei Präsidenten sind stumm geblieben, es ist nur noch eine Möglichkeit denkbar, und wir nehmen folglich an, daß das Frankfurter Blatt mit seiner Veugnung der freisinnigen direkten oder indirekten Quelle beschleiden andeuten wollte, daß ihre Mittheilungen aus einem sehr viel höher gelegenen Orte hinabgesickert sind. — Bei dieser Gelegenheit äußern wir gern unsere Bewunderung für die vorzüglichen Informationen des demokratischen Organs. Es ist nämlich in der Lage, uns gegenüber festzustellen, daß Reinhard Schmidt nicht Landtagsabgeordneter für Frankfurt am Main ist. Das ist äußerst zutreffend. Schmidt ist zwar für Frankfurt gewählt, hat aber für Hagen angenommen.

Richterverabschiedung en gros. Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 soll, wie berichtet wird, einer größeren Anzahl älterer Richter eine günstige Gelegenheit gegeben werden, sich zu verabschieden. Herr v. Miquel hat mit der Ausarbeitung der betreffenden Vorlage eine Anzahl Räte beauftragt. Im Allgemeinen neigt man der Ansicht zu, daß den Richtern, welche am 1. Januar 1900 ein Alter von 65 Jahren erreicht haben werden und der Regel nach auch wohl den höchsten Pensionsjahre von 40/50, durch Gewährung des vollen Gehaltes als Pension auf die Dauer von fünf Jahren Gelegenheit geboten werden solle, sich zu verabschieden. — Es hängen diese Pläne wohl mit der Ansicht zusammen, daß die älteren Richter nicht mehr in der Lage sind, sich in das bürgerliche Gesetzbuch hineinzuarbeiten.

Betreffs der Waarenhaus-Vestenerung giebt sich auch ein Theil der Konservativen anscheinend keiner Täuschung hin. So schreibt der „Reichsbote“, der im Uebrigen für ein vollständiges Verbot der „Anhäufungs-geschäfte“ eintritt, folgendermaßen:

Man fürchtet die Konsequenzen gegen andere als kaufmännische große Geschäfte, aber man will doch etwas thun, um den Klagen der kleineren Geschäftskreise gegenüber sagen zu können, daß etwas geschehen sei. So thut man etwas, was den Schein der Hilfe hat — aber auch nur den Schein, und nicht mehr. Die Folgen werden sein, daß die großen Geschäfte verstimmt werden wegen der erhöhten Steuer und die kleinen wegen der bitteren Enttäuschung, daß ihnen anstatt Hilfe nur Erschwerung ihrer Lage gebracht ist.

Es ist bezeichnend für unsere Zustände, daß sich die ästhetischen Konventionen als weitsichtiger erweisen, wie die auf „ausgleichende Gerechtigkeit“ stimmende Regierung. —

Amerikanische Depressions gegen deutsche Einfuhrschwierigkeiten werden angekündigt. So wird aus Washington gemeldet, wenn man in Deutschland ein die amerikanische Fleischschlachterei belastigendes Fleischschlacht-Gesetz einführt, dann werde im Kongress beantragt werden, die Einfuhr deutscher Weine, Spielsachen und anderer Artikel zu verbieten, deren Einfuhrwert im vorigen Jahr 300 Millionen Mark betragen habe. —

Agrarische Statistik. In der Zeit vom 1. bis 10. Februar d. J. wird wieder eine Ermittlung des Ernte-Ertrages für das Vorjahr im deutschen Reich stattfinden. Gleichzeitig mit diesen Ermittlungen soll eine Erhebung über den Umfang der durch Hagelschlag verursachten Ernteschäden verbunden werden. —

Immer schneller. Durch kriegsministerielle Verfügung ist den Unteroffizieren und Mannschaften des Meeres und der Marine die in Darnstadt erscheinende „Militär-Invaliden- und Aunwarter-Zeitung“ zu lesen verboten worden, weil sie in ihren Artikeln regierungsfeindliche Tendenzen verfolgen, die Unteroffiziere und Militärämtern mit der Beförderung, welche die Regierung ihnen nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Dienstzeit zu bieten im Stande ist, unzufrieden machen und ihnen ferner unerfüllbare Hoffnungen in den Kopf setzen soll.

Wie bewundern den kriegsministeriellen Glauben, auf diese Art den Soldaten Zufriedenheit beibringen zu können. —

Die Rechtschutzkommission des Vereins Berliner Presse richtet in einem Aufruf an die deutschen Zeitungen, Schriftsteller und Journalisten bezw. Schriftstellervereine die Bitte, der Kommission bei Erfüllung ihrer Aufgabe: eine Zentralfstelle zu bilden zur Sammlung und Sichtung von Material zur Vorbereitung und Beeinflussung der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Pressewesens, des Urheberrechts, des Verlagsrechts und des Strafvollzuges durch Ueberwindung von gegenseitigen Material behilflich zu sein. Berichte über Pressprozesse von besonderem grundsätzlichen Interesse, sowie über Gerichtsentscheidungen in Zivilstreitigkeiten zwischen Schriftstellern und Verlegern, Verhältnisse von Schriftstellern- und Verlegervereinigungen in Sachen des gesamten Schrifttums, Vorträge, Aufsätze in juristischen und anderen Fachzeitschriften über Press- und Verlagsangelegenheiten bittet die Kommission, ihr vollständig oder in zweckmäßigen Auszügen zu übermitteln unter der Adresse: Rechtschutz-Kommission des Vereins „Berliner Presse“, Berlin W., Unter den Linden 88. —

Preußen's Rache. Ueber den schnellen Schluß des Ippischen Landtags werden folgende recht interessante Mitteilungen gemacht: Der Landtag mußte seine Beratungen über das Eisenbahnprojekt Paderborn-Nelshagen, zu denen er einberufen war, abbrechen, weil bei der Regierung ein Telegramm der Westfälischen Eisenbahn-Gesellschaft, mit welcher der Bau vereinbart war, einlief, daß sie den Bau ablehne. Nichts ist schon überraschend, daß die Gesellschaft erst den Landtag zusammentreten und seine Beratungen nahe bis zum Abschluß gelangen ließ, bevor sie ihre Absage mitteilte, so ist die Begründung, die ihr so spät erst eingegangen ist, noch sonderbarer: die Gesellschaft lehnt den Bau ab, weil der größere Teil der Strecke auf Ippischem Boden liegt. Es darf nicht Wunder nehmen, wenn man in dem Ländchen diesen Handstreich auf eine Seite zurückführt, wo man ihm gegenwärtig nicht so wohlwilt. Die „Ippische Landeszeitung“ bemerkt: „Der Grund der Ablehnung ist ein recht eigentümlicher und weit lebhaft die Gedanken an politische Gegenläufe.“

Die nicht wohlwollende Seite, das sind natürlich irgendwelche einflussreiche Elemente in Preußen, denen der bekannte Bundesratsbescheid nicht gefallen hat und die nun ihren Einfluß dazu gebrauchen, um das schwache Ländchen Lippe durch allerlei Streiche zu ärgern und zu schädigen. —

Stuttgart, 16. Januar. (Privattelegramm des „Vort.“) Die Abgeordnetenkammer lehnte mit großer Mehrheit die Weiterberatung des Steuergesetzes ab, weil die Verschlechterungen der Vorlage durch die erste Kammer unannehmbar erschienen. Damit ist auch die Steuerreform endgültig gescheitert. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am Montag der Arbeiter Albert Stendara vor der ersten Strafkammer am Landgericht II Berlin zu verantworten. Der Angeklagte ist ein Pole und dabei ein gedankenloser Schwärzer. Im November war in der Fabrik von Siemens u. Halske in Charlottenburg, in welcher der Angeklagte arbeitete, von dem Kaiserin die Rede, welches der Italiener Luchini an der Kaiserin Elisabeth verübt hat. Der Angeklagte warf einige Redensarten dazwischen, welche schwere Beleidigungen des Kaisers enthielten und dabei eine völlige Willkür derartiger Muthaten zum Ausdruck brachten. Die Sache wurde sofort zur Anzeige gebracht, der Mann wurde in Untersuchungshaft genommen, in welcher er zwei Monate zugebracht hat. Wegen der Größlichkeit der Beleidigung erlachte der Gerichtshof nach dem Antrage des Staatsanwalts auf ein Jahr Gefängnis.

Bayerischer Landtag.

München, 15. Januar. Nachdem der Steuerauschuß die 2. Lesung des Gewerbesteuer-Gesetz-Entwurfes erledigt hat, wird die Einberufung des Landtages zur Nachsitzung in den nächsten Tagen erwartet. Die Eröffnung des Landtages wird in der ersten Februarwoche erfolgen. Der Landtag wird zunächst die Steuererleichterungswürke beraten und soll dann auf vier Wochen vertagt werden, um dem Justizgesetzgebungs-Ausschuß Zeit zur Beendigung seiner Arbeiten zu lassen. Mit dieser Ordnung der Dinge ist im Ministerium ausgebrochener Konflikt zu Gunsten des Finanzministers v. Nöelke gelöst, der unter allen Umständen seine Steuerreform unter Dach und Fach bringen will. Koch in der Mittwochs-Sitzung des Justizgesetzgebungs-Ausschusses erklärte der Justizminister v. Leonard die Mitteilung von der Einberufung des Landtages zu Anfang Februar für „mäßige Zeitungsombinationen“, zwei Tage später mußte er auf eine Anzapfung des Abgeordneten Casseimann eingehen, daß er mit seinem Plane, den Landtag Mitte März zu berufen, im Gesamtministerium unzulässig ist. Solche Zwischenfälle ereignen sich in unserer Ministerrepublik häufiger. Die jetzt gefundene Lösung ist zweifellos die richtige, wenn die Steuererleichterung verabschiedet werden sollen. Finanziell erwachen dadurch dem Lande allerdings nicht unbedeutende Kosten. Während der Vertagung des Landtages müssen den Abgeordneten die Diäten bezahlt werden; es entsteht also, wenn der Landtag auf vier Wochen vertagt wird, eine Ausgabe von mindestens 360 000 Mark, wofür nichts eingeht. Dabei muß im Justizgesetzgebungs-Ausschuß mit Dampf gearbeitet werden, wenn in vier Wochen die noch ausstehenden Gesetzentwürfe für das Notariat und das Gebäurwesen, sowie die Uebergangsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch fertiggestellt werden sollen. Erledigt das Plenum des Landtages die fünf Gesetzentwürfe der Justiz, welche zu beraten sind, in vier Wochen, was wir bezweifeln möchten, bringt man für die übrigen noch zu erledigenden Gesetzentwürfe nur eine Woche in Anschlag, so wird der Landtag bis Ende Mai versammelt sein, während im Juni die Reichswahlen stattfinden müssen. Es wird deshalb der Wunsch unserer Agrarier, die Reichswahlen vor der Erneuerung zu vollziehen, nicht erfüllt werden. —

Auch ein Schiedsgericht.

Die „Berliner Pol. Nachrichten“ veröffentlichen folgende Notiz, die nun durch sämtliche Reaktions- und Polizeiblätter die übliche Kunde macht:

Die sozialdemokratische Schwärzerei für Schiedsgerichte dauert genau so lange, als die Sache lohnend erscheint, verhandelt sich aber sofort in ihr Gegenteil, wenn der Spruch des Schiedsgerichtes zu Ungunsten des sozialdemokratischen Theils ausfällt. Vor einigen Monaten wurde der englische Arbeiterheger Ben Tillet, als er sich in Antwerpen damit unterthelt, die dortigen Hafenarbeiter zum Streik aufzuwiegeln, von der Polizei ertwischt und aus Belgien ausgewiesen, gerade als ob er kein sozialdemokratischer Verführer, sondern ein gewöhnliches, zum Gehorsam gegen das Gesetz verpflichtetes Menschenkind wäre. Darob geriet Herr Ben Tillet und die gesamte internationale Umsturzpropaganda in nicht geringe Aufregung, man machte sogar das Londoner auswärtige Amt mobil, und nach längeren Verhandlungen mit der belgischen Regierung wurde ein internationales Schiedsgericht angerufen. Dieses urtheilte nach sorgfältiger Prüfung des Falles, daß Herr Ben Tillet nur geschehen sei, was er verdient habe. Statt sich nun mit Würde in sein Schicksal zu fügen, beschwerte sich Genosse Ben Tillet auf das heftigste über „Schlechte Behandlung“, und die „gehäßige Sache der internationalen Schiedsgerichte“ hat einen Anhänger weniger.

Dies die Notiz. Wer dies liest, und den Sachverhalt nicht aus anderen Quellen kennt, muß sich einbilden, Ben Tillet sei unzufrieden mit dem Spruch eines Schiedsgerichtes, auf dessen Zusammenfügung er Einfluß gehabt und das mit seiner Zustimmung zusammengetreten sei. Die Sache verhält sich aber anders.

Im Jahre 1898 wurde Ben Tillet, der wegen des Dordarbeiterstreiks nach Antwerpen gekommen war, von der belgischen Polizei verhaftet, in ein absehbliches Loch, starrend vor Schmutz, eingesperrt und dann ausgewiesen. Dieses brutale Vorgehen gegen einen englischen Staatsangehörigen machte in England großes Aufsehen, der Fall kam vor das Parlament und die englische Regierung erklärte, Schritte bei der belgischen Regierung thun zu wollen. Das geschah auch. Die belgische Regierung debarcete den Vorgang und erklärte sich bereit, die Angelegenheit durch einen Unparteiischen (einen umpire) entscheiden zu lassen. Die englische Regierung willigte ein, und der französische Rechtsgelehrte Desjardins, Mitglied des Instituts und Generaladvokat am Kassationshof, wurde zum Umpire ernannt. Dieser hat nun seinen Spruch dahin abgegeben, daß die Polizei von Antwerpen durchaus gesetzlich verfahren sei. Und das ist auch richtig; denn die belgische Fremdenverfolgung ist, wie schon Marx erfahren hat, so niederrichtig, daß der Fremde absolut rechtlos ist — nedebei bemerkt ein ähnlicher Zustand, wie in China und dem preussisch-deutschen Kaiserreich. Nur mit dem Unterschiede, daß Belgien wenigstens für die eigenen Staatsangehörigen ein freies Land ist.

Formell läßt der Schiedspruch sich nicht angreifen; angreifbar ist bloß die englische Regierung, daß sie sich einzig auf diesen formellen Standpunkt gestellt hat. Daß Ben Tillet mit der Erledigung der Angelegenheit nicht zufrieden ist, versteht sich einfach von selbst. Ist er doch weit schimpflicher behandelt worden, als vor Jahresfrist der deutsche Konsul in Haiti, für dessen angebliche Beschimpfung unter dem Jubel der „Berl. Pol. Nachr.“ ein deutsches Kriegsschiff unter Androhung eines sofortigen Bombardements Sühne erheißte. Apropos, wir hätten einmal sehen wollen, wie die „Berliner Politischen Nachr.“ Peter geschrieben hätten, wenn ein englisches Kriegsschiff plötzlich vor Antwerpen erschienen wäre, um für Ben Tillet's Einsperrung Sühne zu fordern! Wohl gemeint: formell war die Regierung von Haiti ebenso gut im Recht wie jetzt die belgische Regierung. Allein barbarische Slitten und barbarisches Recht braucht kein zivilisierter Staat sich gefallen zu lassen. Und auf welche gefährlichen Terrain sie sich begehen haben, merken die „Berl. Pol. Nachr.“ vielleicht durch die Frage, welche wir ihnen hiermit vorlegen: Würde die deutsche Reichsregierung die „Kaiserrei“ gebildet haben, wenn Dänemark so groß wäre wie — Rußland?

Die Arbeiterfreundlichkeit der Agrarier

Ist bekanntlich so groß, daß der deutsche Arbeiter ihnen am liebsten den Rücken leckt. Selbst das noch un vieles geringere Maß von Ansprüchen, die der polnische und russische Arbeiter stellt, vermag der Edelstimm der Herren Grundbesitzer jenseits und diesseits der Elbe nicht ungeschmälert zu erfüllen. Alljährlich ziehen viele Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen des Orients nach dem Westen Deutschlands, insbesondere in die durch den Reichthum ihrer Grundbesitzer bekannte Provinz Sachsen. Wie es ihnen dort ergeht, zeigt ein Bericht, den der Kreisphysikus Dr. Schilling in Quedlinburg in der „Zeitschrift für Medizinbeamte“ veröffentlicht.

Die Nahrung der Sachsenländer, sagt Dr. Schilling, ist sehr mäßig und für die zu leistende Arbeit nicht immer genügend. Morgens giebt es wohl warmen Kaffee, aber nicht überall, und dann ohne Zubrot; Mittags ist der Arbeiter vielfach trockenes Brot, wenn nicht warme Kost ins Feld gebracht wird und Abends wird wieder kalt gegessen oder, wenn Mittags warme Kost fehlt, Kartoffeln mit Dering, Hülsenfrüchte oder Reis auf den Tisch gebracht. Fleisch gehört meist nur Sonntags zur Nahrung.

In Betracht kommen noch Schäden, die den katholischen Arbeitern ihre latholischen Sitten bringen. Sonntags machen die Arbeiter einen weiten, oft stundenweiten Weg zur Kirche, wenn keine latholische Kirche am Orte ist oder kein Gottesdienst dort stattfindet, von der sie erst spät Nachmittags oder Abends zurückkehren, anstatt tagsüber auszurufen.

Ich habe öfter Arbeiter und Mädchen gesehen, die nur unseren 12jährigen Schulkindern an Wuchs und Stärke gleichkommen; sie sind außer Stande, unter unangünstigen Verhältnissen schwere Feld- und Landarbeit zu verrichten und verkommen geistig und sittlich.

Die Einstellung zu schwachen, jugendlicher Arbeiter verursacht noch einen anderen schweren Schaden. Er steigert die Zahl der Unfälle. Manches Unglück, herbeigeführt durch die Maschinen und den Verkehr mit Pferden und Ochsen, würde verhütet, wenn die unerschrockenen, leicht ermüdenden, zu jungen Knaben und Mädchen nicht zu ländlichen Arbeiten herangezogen würden.

Ueber alle Mähen schreit es mit der Krankenpflege bestellt. Unter den unangünstigsten hygienischen Verhältnissen und bei dem vielfach minderwertigen Menschenmaterial hat der Arzt reichliche Arbeit. Er bekommt eine wahre Musterkarte einheimischer Krankheiten nebst eingeschleppten, wie der Körnerkrankheit, beständig zu Gesicht. Zu Zeiten mehren sich die Wrehdurchfälle zu Epidemien auf einem Gute. Nagen-, Darm-Erkrankungen sind auch sonst häufig. Einige Tage Betruhe und geordnete Diät, sagt Dr. Schilling, würden sicherlich viel zur schnelleren Genesung beitragen, wenn in der Küche eine einfache Wasser-, Schlemm- und Mehlsuppe verabreicht würde. Indessen Kranke löst giebt es nur in Ausnahmefällen, denn die Surrogate dazu fehlen der Köchin der Arbeiterklasse in dem Speiseetat. Leider kümmern sich nur wenige Arbeitgeber in dieser Hinsicht um die Krankenpflege. Schon schimpft der Gutinspektor, wenn der Arbeiter krank wird und zu Hause bleibt, noch ungehalten wird er, wenn der Kranke nach dem Arzt verlangt, da dieser in der Regel Schonung und Betruhe anordnet. Kommt der Krankenarzt, dann wird sofort gefragt, wie lange wird es dauern, bis der Patient wieder an die Arbeit gehen kann, oder schnell heißt es: „Doktor, bringen Sie doch den Kranken ins Krankenhaus!“

Die Krankenkassen werden durch die hohe Zahl der Krankheitsfälle ungemein belastet. Die Durchsicht der Krankenkassen der 14 Kassenärzte, die für die Quersfurter landwirtschaftlichen Kreisversichererung tätig sind, ergab für das Jahr 1898, daß von den 6000 Kassenmitgliedern, nur wenige im Laufe des Jahres nicht, die meisten ein oder mehr mal erkrankten.“

Da die Agrarier durch die Regierung in jeder erdenklichen Weise begünstigt sind, damit sie ihre Produkte so theuer wie nur möglich verkaufen können, werden sie es auch wohl möglich machen können, ihren Arbeitern eine auskömmliche und auch sonst wohlgeordnete Existenz zu gewähren. Wie der Bericht des Quersfurter Kreisphysikus zeigt, vernachlässigen aber schon die Grundbesitzer einer im Herzen Deutschlands liegenden Landschaft ihre sozialen Pflichten in einer zum Himmel schreienden Weise. Wie arg müssen nun erst die Verhältnisse auf den Gütern der Gegenden sein, wo die Sachsenländer herkommen?

Die Mittheilungen des Quersfurter Kreisphysikus zeigen aber noch, wie nötig die Schaffung eines Landarbeiter-Schutzes von Reichs wegen ist. Von der preussischen Regierung kann, wie in so vielen Dingen, so auch in Beziehung auf die Landarbeiterfrage keine Maßregel erwartet werden, die eine Besserstellung dieser armsten der Proletarier zur Folge haben könnte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der gefesselte Instand in Ungarn ist noch nicht behoben und die Ministerfrage auf dem alten Pied. In Wien finden Ministerkonferenzen in der Angelegenheit statt. Am Sonntag und Montag hatten die ungarischen Minister Vassfy, Fejervary und Lufacs unter dem Vorstehe des Kaisers eine Beratung, der auch der Minister des Reichern Graf Thun und der Minister a latore Graf Szecseny beiwohnte.

Aus der Montagssitzung wird berichtet, es seien gewisse Grundzüge für die mit den Oppositionsgruppen fortzusetzen Verhandlungen aufgestellt worden. Die ungarischen Minister sind sodann wieder nach Budapest abgereist.

Inzwischen finden in Ungarn impotente Volksproteste statt. Am Sonntag fand in Budapest eine von der Unabhängigkeitspartei einberufene Protestversammlung statt, an welcher etwa 10000 Personen, größtentheils Sozialisten, theilnahmen. Die Versammlung protestirte gegen den ungesetzlichen Zustand und nahm eine Resolution hinsichtlich des allgemeinen Wahlrechtes an.

In Gallien kehren nunmehr nach und nach gefühlige Zustände zurück. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht Verordnungen des gesamten Ministeriums, durch welche die Einstellung der Wirklichkeit der Geschworenengerichte des Sprengels Neu-Sandec und die Ausnahme-Verfügungen hinsichtlich der noch in Veracht kommenden acht Bezirke Galiziens aufgehoben werden.

Belgien.

Brüssel, 15. Januar. (Eig. Ber.) Die antikerkliche „Alliance“ wird wahrscheinlich auf Grundlage folgender Programmpunkte zusammentreten: 1. Das allgemeine Wahlrecht; 2. Die proportionelle Vertretung; 3. Durchführung der Arbeiter-Versicherung; 4. die Kleidung und Nahrung der Volksschüler; 5. obligatorischer Schulunterricht. — Die Bewegung gegen die kirchliche Mißwirtschaft zieht immer weitere Kreise und bringt Gruppen und Korporationen, die sich bisher feindlich gegenüberstanden, einander näher. So haben sich liberale und sozialistische Studenten vereinigt und ein tabulales Blatt macht den Vorschlag, die „Freie“ (liberale) und die „Neue“ (sozialistische) Universität zu verschmelzen. Die Merikalen scheinen denn auch zu fürchten, ihre Kleinherrschaft im Parlament und Regierung bald zu verlieren, und versuchen, ihr Schicksal möglichst noch ins Trockene zu bringen. Sie haben in der Kammer den Antrag gestellt, das Privilegium der „Nationalbank“ zu erneuern, obwohl das Vorrecht erst im Jahre 1903 zu Ende geht. Die Güte erklärt sich nur aus der Furcht, daß im Jahre 1903 wohl ein radikal-sozialistisches Ministerium am Ruder sein werde. Die „Nationalbank“ bringt den Kapitalisten fette Dividenden, für die Verschilligung des Kredits hat sie nichts gethan. Sie bietet außerdem abgegangenen Ministern feindliche Posten als Direktoren u. s. w. Darum das Verlangen, dies Institut für Jahre hinaus der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Ob es ihnen gelingen wird, werden die bevorstehenden Verhandlungen in der Kammer zeigen. —

Frankreich.

Eine Friedensstudie. Der „Frankf. Zig.“ wird aus Paris vom 15. Januar gemeldet: Das Komitee der vereinigten sozialistischen Gruppen beschloß heute, einen Aufruf an die englischen Arbeiter im Interesse der Erhaltung des Friedens zu richten. Der Aufruf kritisiert die Politik der herrschenden Klassen in Frankreich und England, die die Arbeiter täusche, fordert zur Propaganda für Erhaltung des Friedens auf und schließt: Es lebe der Frieden unter den Völkern, es lebe das Weltproletariat! —

Paris, 16. Januar. Beaurepaire fährt mit seinen Entwürfen fort, sie werden jedoch mit jedem Tage feinslicher. Andererseits wird gemeldet, daß noch zwei Richter der Strafkammer die Absicht gehabt hätten, in so geräuschvoller Weise abzutreten, wie Beaurepaire es gethan. — Esterhazy dürfte als Zeuge vor dem Kassationshofe erscheinen können, denn, nachdem der Präsident der Kriminalkammer des Kassationshofes, Loew, dem Justizminister Lebert brieflich die Wichtigkeit des Erscheinens Esterhazy's dargelegt hatte, beauftragte der Minister den Generalstaatsanwalt, dem Richter Vertulus den Brief Loew's mitzutheilen. Vertulus ließ wissen, daß Esterhazy ohne jede Furcht für seine Freiheit für die Zeit, welche die Strafkammer für nöthig erachten würde, nach Paris kommen könnte. Der Advokat Cabannes wird Esterhazy hieron unterrichten. Esterhazy, der sich zur Zeit in Amsterdam aufhält, soll erklärt haben, daß er gewillt sei, nach Paris zu gehen, falls er „freies Geleit“ erhalte. — Am letzten Sonntag haben in Paris und in den Provinzen zahlreiche Kundgebungen für und wider die Revision stattgefunden. —

Spanien.

Verkauf spanischer Kolonien. Aus Madrid telegraphirt man unterm 15. Januar: „Reforma“ meldet, die Regierung werde den Cortes die Ermächtigung zum Verlaufe der Mariannen-, Karolinen- und Palau-Inseln nachsuchen, denn man würde dort sonst 4000 Mann Truppen und mehrere Kriegsschiffe unterhalten müssen. Spanien dankt also als Kolonialmacht definitiv ab. Leider ist zu fürchten, daß die deutsche Regierung die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wird, dem Reich einige neue „deutsche Niederlassungen“ an den Hals zu hängen. —

Rußland.

Verhaftungen aus politischen Gründen haben in der letzten Zeit in beträchtlicher Zahl nicht nur in Petersburg, sondern auch in Moskau und Odessa stattgefunden. Einzelne Verhaftungen sind auch in Westrußland vorgenommen worden. —

Amerika.

Zur Philippinenfrage brachte der Senator Hoar im Senat zu Washington einen Beschlusantrag ein, dahingehend, daß die Bevölkerung der Philippinen falls sie frei und unabhängig zu sein das Recht habe und auch befreit sein solle von allen Beziehungen zur spanischen Krone, insoweit hieron aus die Vollmacht haben müsse, zu thun und zu lassen, was unabhängigen Staaten zukomme; wenn sie daher das Recht hätte, so zu handeln, so sei es auch ihr Recht, sich selbst eine Regierung zu schaffen und in solche Rechte werde sich das Volk der Vereinigten Staaten nicht einzumischen versuchen.

Wichtig, daß auch die amerikanischen Regierungskreise anfangen, die Sache etwas vorsichtiger zu behandeln, daß sie sich vielleicht auch der demokratischen Vergangenheit der Vereinigten Staaten erinnern. Der Präsident Mac Kinley hat den Admiral Dewey, den General Otis, den General Whittier, welcher in letzter Zeit auf den Philippinen gedient hat, den ehemaligen Gesandten in China, Denby, und den Präsidenten der Universität von Cornell, Schur-

mann, aufgefordert, eine Kommission zu bilden, um die Lage auf den Philippinen zu studieren und ihr Urtheil über die Politik abzugeben, welche die Vereinigten Staaten befolgen müßten.

Auf den Philippinen selbst ist die Lage nach wie vor kriegerisch. Aus Manila wird berichtet: „Die Philippinen in 1903 sind Tag und Nacht geschäftig und bereiten sich auf den Angriff der Amerikaner vor. Am letzten Sonnabend wurden Lichterschiffe mit Steinen beladen und in der Mündung des Flusses versenkt. Nur kleine Boote können jetzt noch durch die enge Wasserstraße fahren. Nachts werden die Lichter ausgelöscht. Die allerstrengste Zucht wird aufrecht erhalten. Wer dagegen verstößt, wird erschossen. Die Gebildeten unter den Philippinen hoffen jedoch, daß es nicht zu einem Zusammenstoß kommen und die Militärpartei nachgeben werde“.

Partei-Nachrichten.

Ein Parteitag für den niederrheinischen Agitationsbezirk wurde am 15. Januar in Ohligs abgehalten. Grimpe aus Eberfeld berichtete über die Thätigkeit des Agitationskomitees. Er bezeichnete das Resultat der Reichstagswahlen im niederrheinischen Bezirk trotz des Zuwachses von 12402 Stimmen als unbefriedigend. Allerdings sei in Betracht zu ziehen, daß der Kampf durch die Gegnerschaft des Zentrums sehr erschwert ist. Selbst in dem industriell hoch entwickelten Wahlkreis Duisburg habe unsere Partei nicht genügend Fuß fassen können, so daß dieser Wahlkreis nach wie vor eine arbeiterfeindliche Vertretung hat. In mehreren Wahlkreisen am Niederrhein sei die Agitation dadurch erschwert gewesen, daß Versammlungsolale und auch die zur Agitation nötigen Kräfte fehlten. Immerhin mache sich in den letzten Jahren ein langsames, aber sicheres Anwachsen unserer Stimmenzahl bemerkbar. Abgegeben wurden für unsere Partei 84751, für das Zentrum 152465, für den Freisinn 20545 und für die Nationalliberalen 52756 Stimmen. An der nötigen Arbeit hätten es unsere Parteigenossen nicht fehlen lassen. Flugblätter wurden 1425600, darunter 284000 vom Agitationskomitee, verbreitet. Wahlversammlungen wurden 175 arrangiert. Von den Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen wurden 22549,85 Mark ausgebracht, außerdem ein Zuschuß von 2586,40 Mark verwendet. Redner tabelte es, daß auch bei dieser Wahl Doppelkandidaturen aufgestellt wurden, trotzdem diese von früheren Parteitagen verurtheilt worden sind. Namentlich verweist er auf die Doppelkandidatur des Genossen Hengsdach in Duisburg und Krefeld, zwei ausdifferenzierten Wahlkreisen. An den Landtagswahlen beteiligten sich nur die Eberfeld-Darmer Genossen. Bei den Stadtverordnetenwahlen waren Erfolge in Haan und Straßath zu verzeichnen. Köster aus Eberfeld gab den Massenbericht. Hiernach betragen die Einnahmen für die Reichstagswahl 4707,75 M., für die sonstige Agitation 1417,01 M.; die Ausgaben für die Reichstagswahl 3728,95 M., für die sonstige Agitation 1943,45 M. Die Gesamteinnahme belief sich auf 6124,76 M., die Gesamtausgabe auf 5672,40 M., somit blieb ein Bestand von 452,36 M.

In der Diskussion bemängelte Eberle aus Varmen, daß außer in Varmen-Eberfeld der Fortschritt an Stimmen trotz bedeutender Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten so gering gewesen sei. Köster aus Krefeld rechtfertigte die Haltung der Krefelder Genossen in Beziehung auf die Doppelkandidatur damit, daß man sich damals in einer Zwangslage befunden habe. Gegen den Vorwurf, die Eberfelder Genossen hätten eine zu zentrumsfreundliche Haltung beobachtet, wandte sich Wengel aus Essen, der es als Pflicht der Parteigenossen bezeichnete, bei den eigenartigen Eberfelder Verhältnissen für eine Verdrängung des kapitalistischen Einflusses, der sich in der Person Krupp's verlorere, zu sorgen.

Weim Punkt Agitation und Organisation verlangte Gewehr eine größere Demokratisierung der Agitation, damit die im Vordergrund stehenden Genossen die Arbeitslast nicht allein zu tragen haben. Deshalb sei der Ausbau der Organisation zu Bezirksorganisationen nötig. Er und Eberle bekämpften die Meinung, als ob das Zentrum förmlich unbefugbar sei. Es liege zum großen Teil daran, daß die Genossen zu ihren eigenen Kräften ein zu geringes Vertrauen hätten. Auch Haberland vertrat diese Meinung. Die gegenwärtige politische Situation biete die beste Gelegenheit, erfolgreich gegen das Zentrum anzukämpfen. Wog berichtet vom Kreise Mettmann, daß die Zentrumsredner Himmel und Hölle beschworen, um die Wahl unseres Genossen Weist zu verhindern. Kahl aus Duisburg und Kör aus Wülheim erklärten die geringen Erfolge in verschiedenen industriellen Wahlkreisen aus dem Umstand, daß die aufstrebende Industrie vorzugsweise ihre Arbeitskräfte aus dem Osten ergänze und dadurch Arbeitermassen nach dem Westen ziehe, die uns vorläufig noch sehr mangelhaft sind.

Es wird beschlossen, den 1892 in Koblenz angenommenen Antrag mehr zu berücksichtigen, wonach wenn möglich alle Vierteljahre ein geeigneter Parteigenosse eine Agitationstour unternehmen soll, um namentlich auch in solchen Orten, wo Lokale fehlen, mit den Parteigenossen in Fühlung zu treten. Weiter wird beschlossen, eine Art Grundriß für die Organisation anzuarbeiten, den sich die Genossen an den einzelnen Orten den Verhältnissen entsprechend als Richtschnur zu nehmen haben.

Weim Punkt „Presse“ wurde beschlossen, vierteljährlich einmal von den in den verschiedenen Kreisen erscheinenden Partei-Organen eine ausschließlich zum Zweck der Agitation ausgestattete Nummer in Massenaufgabe herstellen zu lassen und den Parteigenossen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde beschlossen, das bisher im Verlage der Eberfelder Genossen erscheinende monatliche Agitationsorgan „Morgensrot“ als Bindeglied des Bezirks in den Verlag des Agitationskomitees überzuführen. Zum Vorort des Agitationskomitees wurde wieder Eberfeld bestimmt und als Ort des nächsten Parteitages Wülheim a. Ruhr gewählt.

Eine neue Revue unter dem Namen „Mouvement socialiste“ („Sozialistische Bewegung“) wird demnächst von den französischen Parteigenossen herausgegeben werden. Zur Mitarbeit haben sich die belaueren Parteiführer aller sozialistischen Gruppen bereit erklärt. Die neue Zeitschrift, die auch mit zur Annäherung der verschiedenen Gruppen dienen soll, wird zunächst monatlich zweimal im Verlage von Georges Weillais, 17 Rue Cujas in Paris, erscheinen.

Todesliste der Partei. In Unterlärheim ist Mitte voriger Woche die langjährige treue Gefährtin des im Jahre 1884 verstorbenen Parteigenossen Dr. Albert Dull, Frau Elise Dull, einem langjährigen Leiden erlegen. Sie hat das Andenken ihres Gatten mit rührender Pietät gepflegt. Ihre Leiche wird ebenfalls in Gotha verbrannt und die Urne mit der Asche der Entschlafenen an der Seite der Urne aufgestellt werden, die die Ueberreste ihres Gatten birgt.

Ein Vorkämpfer der Sozialdemokratie Dänemarks, der ehemalige Maurer Rils Theodor Rielsen, ist im Alter von 68 1/2 Jahren gestorben. Neben seinem Berufsbeschäftigte er sich lange Zeit mit literarischen Arbeiten, namentlich mit der Uebersetzung von französischen, deutschen und englischen sozialistischen Schriften. Auch gehörte er zu den Mitarbeitern des „Sozialdemokraten“. Die dänische Arbeiterpartei hat in Rielsen einen hochbegabten Kämpfer verloren. Ehre seinem Andenken!

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Verein der Elektro-Monteurs in Hamburg hat in einer Generalversammlung, an der zwei Vertreter aus Dresden teilnahmen, folgende Resolutionen angenommen: Die Generalversammlung der Elektro-Monteurs Hamburg ist der Ansicht, daß eine Verbesserung und Sicherstellung der Monteurs nur durch eine Zentralorganisation Deutschlands möglich ist und beschließt gleichzeitig mit den Vertretern des Dresdener Verbandes, daß mit den übrigen

Verbänden in Verbindung zu treten sei, um eine Zentralorganisation für Deutschland zu gründen.

Zur Lohnbewegung der Krefelder Weber. Beachtenswert ist die Stimmung im Verband der christlichen Textilarbeiter. Am 14. Januar sprach Herr Rektor Thoh in einer Verbandsversammlung über den Streit. Redner legte besonders dar, wie schwierig es sei, die Unterstützungsgelder für die Ausständigen aufzubringen. Redner hielt es für seine Pflicht, folgenden Vorschlag zu machen. Die Mitglieder des Verbandes erklären sich bereit, die neue Lohnliste probeweise anzunehmen, unter folgenden Bedingungen: a) Es ist keine endgültige Anerkennung der neuen Liste, sondern ausschließlich eine Probe; b) eine Kommission von 13 Mitgliedern unseres Verbandes prüft und vergleicht, zugleich mit der Geschäftsstelle, die neue Liste mit der alten und stellt deren Mängel fest; c) nach Wunsch kann jedem Mitglied aus der Verbandsliste der Verlust vergütet werden, den diese Kommission bei dem Werk des betreffenden Webers konstatirt hat. Redner meint, auf diese Weise könne man dem aussichtslosen Zustand sicher vorbeugen und kein einziger der Weber habe über Verlust zu klagen. Mittlerweise könne man dann mit den Fabrikanten über die tatsächlichen Mängel der Liste beraten und dieselben nach Möglichkeit abstellen. Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet über die Stimmung in der Versammlung: In der Besprechung dieses Vorschlages wurde die gute Absicht desselben anerkannt, aber für die Ausführung desselben erhob sich kaum eine einzige Stimme; vielmehr drang die Ansicht durch, die Mitglieder sollten vorläufig die Kündigung aufrecht erhalten, da die neue Liste besonders in einigen besseren Fabriken zu große Nachteile für die Weber habe; andererseits erklärten sich die Mitglieder bereit, vorläufig auf jede Unterstützung zu verzichten.

Aus dem Bericht ist ersichtlich, daß die Arbeiter mit einem seltenen Opfermuth für ihre Sache eintreten, die Zahl der Ausständigen ist nun auf 2000 angewachsen und haben die Unternehmer bisher ihren streng ablehnenden Standpunkt nicht aufgegeben.

Selbstwendungen für die streikenden Weber sind, soweit die Beträge aus Berlin und den Vororten gesendet werden, an H. Millarg, Gewerkschafts-Bureau, Annenstraße 16, zu richten. Die Beiträge aus den übrigen Orten möge man an den Kassirer des Zentralverbandes der Textilarbeiter Georg Treue, Berlin O 34, Kronprinzenstraße 7 senden.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Die Mainzer Pfisterer, welche, wie wir vor einiger Zeit berichteten, im verflochtenen Sommer die Beilegung der Affordarbeit erzielt hatten, bei Eintritt des Winters jedoch das Herrichten der Pfisterer wieder in Afford ausführen sollten, haben mit ihrem Widerstand gegen diese Zustimmung insofern schon einen Erfolg erzielt, als von den in Betracht kommenden drei Weistern zwei einen Theil ihrer Leute diese Arbeit jetzt ebenfalls im Tagelohn ausführen lassen. Nur der dritte Weister weigert sich; dieser beschäftigt jedoch keine Arbeiter.

So half eine gute Organisation den Arbeitern selbst in der allerhöchsten Arbeitsperiode, wie es der Winter für die Pfisterer ist, die in günstiger Zeit erzwungenen Vorteile erhalten.

In Leipzig und Wolfenbüttel sind die Steinseher ebenfalls in die Lohnbewegung eingetreten. In Leipzig fordern dieselben außer einem Stundenlohn von 55 Pfennigen die neunstündige Arbeitszeit, wegen der bereits 1895 ein Streik stattfand, der jedoch nur eine Lohnerhöhung zur Folge hatte. Die Wolfenbütteler Steinseher fordern 45 Pf. Stundenlohn.

Die Wiesbadener Pfisterer verlangen vom 1. April ab für Junggefelln 40—48 Pf., für ältere Gefellen 50 Pf. Stundenlohn.

Die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins, Lübeds und Hamburgs hielten Sonntag, den 15. Januar, in Keumänster eine Konferenz ab, die außerordentlich gut besucht war. Die für den Metallarbeiter-Verband zur Zeit zu einer aktuellen Frage gewordene Arbeitslosen-Unterstützung wurde eingehend erörtert. Nach einem Referat Wiffels Kiel für und Aohrhirsch-Jyehoe gegen die Arbeitslosen-Unterstützung wurde mit 24 gegen 3 Stimmen ein Antrag zu Gunsten derselben angenommen.

Die Weber der Baumwollweberei Gebrüder Sanders in Bramsche (Prov. Hannover) haben ihre Kündigung eingereicht und dürften, wie uns geschrieben wird, am 28. Januar nach Ablauf der Kündigungsfrist das gesammte Personal in den Ausstand treten. Der Konflikt ist ein für die Firma recht beschämender. Die Arbeitererschaft wünschte nur zu wissen, welcher Stücklohn gezahlt werde und verlangte deshalb unabweisend feste Lohnabzettel. Diese werden gefordert, weil es nicht selten vorkam, daß die Firma die Arbeitererschaft dadurch überlistete, daß sie für eine und dieselbe Waare je nach Belieben verschiedene Löhne auszahlte. Eine Ungerechtigkeits, die ihres Gleichen sucht, und wogegen die Arbeitererschaft mit Recht front machte. Gegen diese Wünsche lehnt sich der Unternehmertrog auf. Deshalb muß es wegen so kleinlicher Dinge zum Kampfe kommen. Die Arbeiter werden den hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen, im Vertrauen auf die Solidarität der deutschen Arbeitererschaft. Wo es galt und wo es möglich war, hat die hiesige Arbeitererschaft Anderen im wirtschaftlichen Kampfe geholfen und nicht nur in der eigenen, der Textilbranche, sondern auch in anderen. Die in den Kampf ziehenden hoffen deshalb zuversichtlich, nicht vergebens an das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter zu appelliren. Alle Sendungen sind zu richten an Friedrich Ernst Wiemann, Bramsche bei Osnabrück.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Das Auskunfts-Bureau der Gewerkschaften in Magdeburg veröffentlicht seinen Bericht für das Jahr 1898. Ueber die Arbeitsvermittlung heißt es, daß im Jahre 1898 3405 Arbeitslose sich meldeten; davon waren 569 verheiratet. Organisiert waren 919. Verlangt wurden von 1526 Unternehmern 1754 Arbeiter, 1002 wurde Arbeit nachgewiesen. Durchgereist und Reiseunterstützung erhielten 1768, an welche 1571 M. ausgezahlt wurden.

Auskunft wurde erteilt: in Arbeits- und Lohnstreitigkeit 202 Fälle, Unfall- und Invaliditätsfällen 107, Privatfäden 29, Lehrungsverhältnisse 12, Strafsachen 8, Armenrechte 4, Krankenfällen 29, Dienstbotenverhältnisse 22, Miethsverhältnisse 15, Alimentenfällen 4, Vormundschafts- und Erbschaftsfallen 5, Steuerfallen 4 und Hypothekensachen 3; in Summa 444 Fälle. Die Geschäftskasse ergab einen Ueberschuß von 185,01 M.

Die Vergarbeiter in Zwidau haben am Sonntag in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, Schritte zu unternehmen, um die zehnstündige Schicht und eine 10prozentige Lohnerhöhung durchzuführen.

Die Auflösung der Jahrsliste des Verbandes der nicht gewerblichen Arbeiter in Frankfurt a. M. ist vom Gericht vorläufig aufgehoben, weil das Vollzeipressidium die gesetzliche Frist, in welcher dem Gericht nach § 16 Abs. IV die Schließung des Vereins angezeigt werden mußte, nicht innegehalten hat. Die Entscheidung, ob in dem Verband politische Gegenstände erörtert sind, bleibt dem Gericht vorbehalten.

Ausland.

Aus Norwegen wird uns geschrieben: Seit sechs Wochen befinden sich die Korner des Werkes Stöberi u. Doi in Stavanger im Streik. Die Direktion hat einen Vorschlag im Einigungsurtheil gemacht und hat versucht, in Norwegen, Schweden und Dänemark Streikbrecher anzuwerben, jedoch ohne den geringsten Erfolg.

Ein Agent, der sich auf der Reise nach Deutschland befindet, wird in nächster Zeit versuchen, dort Korner zu engagiren. Kollegen! Gelingt es der Direktion nicht, in Deutschland Ertrag zu bekommen, dann wird der Sieg uns sicher zufallen. Hoch die internationale Solidarität.

Die streikenden Korner. Etwaige Anfragen sind zu richten an K. Kösen, Stavanger, Norwegen, Obere Strandg. 107.

Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck gebeten.

In Ungarn befinden sich seit Sonnabend die Bäder im Streik. Wie berichtet wird, sollen in der Nacht zwischen den Ausständigen und der Polizei ernste Konflikte entstanden sein. Die Streikenden suchten die noch arbeitenden Bädereigellen zum Niederlegen der Arbeit zu zwingen. Es sind mehrere Verhaftungen vorgekommen und wurden 13 Personen ausgewiesen. Die Militärbädereien bemühen sich, den Bedarf an Brot zu decken.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Aus dem Ruhrbezirk wird uns geschrieben: Die Unglücksfälle im Bergbau mehren sich. Nicht alle werden bekannt; die Häufigkeit stumpt ab. Nur noch Massenunglücke nehmen auf einige Tage die allgemeine Teilnahme in Anspruch. Aber die Opfer der kleinen Unglücksfälle übersteigen an Zahl die der Massentatstrophen ganz bedeutend. Im Laufe der letzten Woche sind allein im Bezirke des engeren Ruhrbezirks 5 Unglücksfälle bekannt geworden, bei denen 8 Knappen schwer verletzt und 4 getödtet wurden. Sofort todt blieb ein Bergmann auf Zeche „Johann Deimelsberg“ bei Steele; schwer verletzt wurde ein Bauer auf Zeche „Julia“ bei Herne; schwere Verletzungen, die alsbald den Tod im Gefolge hatten, zog sich ein Bergmann auf Zeche „Graf Wolke“ bei Bochum zu. Alle drei Unglücksfälle waren die Folge des Herinbruchs von Gestein oder Kohlen. Ein Wasserdurchbruch auf Zeche „Julius Wittip“ bei Bochum kostete zwei Knappen das Leben, einer wurde schwer verletzt. Sechs Bergleute erlitten schwere Verletzungen bei einer Explosion in der Zechenlozerei auf Zeche „Konsolidation“ bei Gelsenkirchen. Diese sogenannten „kleinen“ Unglücksfälle sind schwerwiegende Glieder in der Kette der Beweise für die unbedingte Nothwendigkeit der Berginspektionsreform.

Wie unbehaglich sich manche Kreise des Unternehmertums fühlen, wenn es einmal darauf ankommt, den Arbeitern etwas zu geben, o hne dabei einen fastigen Profit herauszuschlagen zu können, das zeigt sich recht deutlich in einem Zirkular, das dem Offenburger „Vollstreuer“ in die Hände gefallen ist. Es geht von einer Berufs-genossenschaft aus und lautet: Karlsruhe, 18 ..

An den Vertrauensmann des ... Bezirkes Herrn

Wir beehren uns, Ihnen umstehend ein Verzeichniß der in Ihrem Bezirk anfalligen Verletzungen, welche zur Zeit im Gemisse von Renten sind, zur gefälligen Kenntnisknahme ergeben zu übersenden. Wir bitten Sie, dieselben soweit als thunlich zu überwachen und uns sofern nach Lage der Verhältnisse eine Berab-segung oder Aufhebung der Rente angezeigt erscheint, Mittheilung zu machen, worauf wir das Weitere veranlassen werden.

Hochachtungsvoll Der Vorstand. Hierauf folgt das genaue Signalement der im Bezirk wohnenden Verletzten, Art, Tag und Ort des Unfalls, Höhe der Rente u. s. w.

Das Ergebnis der Ermittlung des Bevölkerungsstandes und der Wohnungsverhältnisse in Hamburg, welche Anfang Dezember begonnen wurde, hat nach der vom Statistischen Bureau der Steuerdeputation veröffentlichten Uebersicht folgende Daten gebracht: Es hat sich im Jahre 1898 für die Stadt die Zahl sämtlicher Gellasse (bezw. wohnt, nur gewerblich benutzter und leerstehender) um 2426 oder 1,88 pCt. vermehrt; dagegen ist die Zahl der leerstehenden Gellasse wiederum zurückgegangen und beträgt nur noch 3,51 pCt., gegen 4,53 pCt. im Jahre 1897 und 6,37 pCt. im Jahre 1896.

Die Zahl der benutzten Wohnungen ist im letzten Jahre um 869 Stück stärker geworden, als die Zahl der Haushaltungen, woraus zu schließen ist, daß die Fälle, in welchen mehr als eine Familie eine gemeinsame Wohnung benützt, im Juridischen begriffen sind.

Die ortsanwesende Bevölkerung der Stadt (mit Ausnahme der Personen auf den Schiffen in den Häfen, deren Anzahl nur bei den allgemeinen Volkszählungen festgestellt wird) weist für das Jahr 1898 eine geringere Zunahme als im Vorjahre auf. Es wurden überhaupt 687 936 Personen gezählt, und zwar 322 272 männliche und 345 664 weibliche. Das ergibt gegen das Vorjahr einen Zuwachs von 6757 männlichen und 7219 weiblichen, zulammen 13 976 Personen oder 2,14 pCt. Für denselben Zeitraum betrug der Ueberschuß der Lebendgeborenen über die Gestorbenen 8694 Personen; der Unterschied zwischen dieser Zahl und der wirklichen Vermehrung ergibt den Ueberschuß der Zugewogenen über die Weggezogenen, der sich sonach auf 4082 Personen belief, gegen 5505 im Vorjahre und 5233 im Jahre 1896.

Die Veränderung in der Zahl der Gellasse sowie der Bewohner in den letzten vierzehn Jahren zeigt für das Stadtgebiet in seinem jetzigen Umfange (jedoch ohne die Schiffe in den Häfen) die folgende Uebersicht:

Jahr	Gellasse		Bewohner			
	überhaupt	leerstehende	Anzahl	Zunahme		
		Anzahl	in %	Personen	in %	
1885	119 492	3 237	2,71	470 480	16 650	3,67
1886	119 830	2 994	2,50	480 987	10 457	2,22
1887	122 520	2 918	2,38	495 273	14 336	2,98
1888	127 460	3 590	2,82	519 266	23 303	4,84
1889	135 250	4 657	3,44	544 035	24 709	4,77
1890	144 300	6 694	4,64	568 666	14 631	4,53
1891	151 207	8 858	5,86	583 964	15 298	2,69
1892	159 223	13 255	8,38	581 314	-2 650	-0,45
1893	163 633	14 749	9,01	593 838	12 524	2,15
1894	169 246	15 137	9,00	603 719	9 881	1,66
1895	171 472	13 686	7,98	619 217	15 408	2,57
1896	173 785	11 075	6,37	635 085	15 808	2,56
1897	175 990	7 978	4,53	653 960	18 875	2,97
1898	178 416	6 261	3,51	667 036	13 976	2,14

Auf den Schiffen in den zum Stadtgebiete gehörenden Häfen wurden im Jahre 1895 5335 Personen gezählt; für das Jahr 1898 berechnete sich diese Anzahl auf 7415, so daß die Gesamtbevölkerung der Stadt Anfang Dezember 1898: 675 351 betrug.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 16. Januar. (W. Z. B.) Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Krefeld gemeldet wird, hat der Verband der Sammetfabrikanten einstimmig die von den Arbeitern geforderte Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamts abgelehnt.

Triest, 16. Januar. (W. Z. B.) Die gestern hier versammelt gewesenen italienischen Bürgermeister beschloßen, mit den Deutschen eine Allianz einzugehen, um ein weiteres Vordringen des Slavismus zu bekämpfen.

Budapest, 16. Januar. (W. Z. B.) In der Kammer einer hiesigen „Gemeinwohrendenhandlung“ erfolgte heute eine große Benzin-Explosion. Vier Feuerwehleute wurden sehr schwer verletzt; das Haus wurde erheblich beschädigt; selbst in dem gegenüber liegenden Hause wurden Scheiben und Thüren zertrümmert.

Paris, 16. Januar. (W. Z. B.) Deputirtenkammer. Der antiseptische Deputirte Faure wünscht die Regierung über die Verzögerung zu interpelliren, welche die Verhandlung des Kriegesgerichts gegen Picquart erfahre. Ministerpräsident Dupuy befragt die Regierung über die Verzögerung der Interpellation um einen Monat. Diese wird mit 423 gegen 74 Stimmen beschlossen. Die Kammer begann sodann mit der Budgetberatung.

London, 16. Januar. (W. Z. B.) Auf dem hiesigen Auswärtigen Amt ist bisher keine Meldung über angeblich in Johannesburg ausgebrochene Unruhen eingetroffen.

Berlin, 16. Januar. (W. Z. B.) Das Programm der Abrüstungskonferenz wurde bereits dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet. Sobald die Genehmigung erfolgt ist, wird die Einladung zur Konferenz an die Mächte ergehen. (Vergl. Polit. Uebersicht.)

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

Im Punkt 1 Uhr ergreift, während der designierte Alterspräsident v. Voss an der Treppe Posto gefasst hat, der Abg. Zimwalle die auf dem Präsidentensitze befindliche Glode, worauf lautlose Stille in dem überaus gefüllten Hause eintritt.

Am Ministertische haben Fürst Hohenlohe, v. Miquel, Soffe, Tzielen, v. d. Mede, Bressfeld, Schönstedt Platz genommen.

Abg. v. Voss fragt zunächst an, ob einer der Anwesenden vor dem November 1816 geboren sei, somit älter sei, als er selbst. Da darauf eine Antwort aus dem Hause nicht erfolgt, so begibt sich Abg. v. Voss auf den Präsidentensitz, um das Alterspräsidium zu übernehmen. Er hielt eine kurze Ansprache, die mit einem Hoch auf den König endete.

Der Alterspräsident beruft sodann zu provisorischen Schriftführern die Abg. Zimwalle, Jürgensen, Bode und Wehrbusch. Der Präsident bemerkt weiter: Wir sind hier in ein neues Gebäude eingetreten, ein glänzend ausgestattetes, dessen Räume zunächst nur einen Theil einer großen Gesamtanlage bilden. Zunächst fühlen wir uns durch den Glanz und die Pracht und die weiten Dimensionen demüthigt fast beengt, so daß wir uns fast in die alten Räume zurückzuwünschen möchten. Hoffen wir, daß die Weite der Räume uns einander nicht ferner rückt, und hoffen wir, daß, was wir in diesem neuen schönen Gebäude thun, zum Segen des Landes gereiche. (Beifall.) Ich gebe das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Fürst Hohenlohe: Gestatten Sie mir, meine Herren, Ihnen beim Eintritt in dieses neue Haus Glück zu wünschen im Namen des Staatsministeriums. Möge der Geist der Treue und der Hingebung an das Vaterland, wie er in dem alten Jahrhundert Ihre Beschlüsse in dem alten Hause geleitet hat, möge er auch in diesem Hause Ihre Beschlüsse zum Wohle und Heile Preußens lenken.

Präsident v. Voss gedankt sodann dem seit der Neuwahl bereits erfolgten Hinscheidens der Abg. Arsch, Weibezahn, Pieschel und Diederich, sowie des Geh. Rath Kleinschmidt, dem sein Herzogswunsch verstorben sei, mit uns heute hier einzuziehen. Auf Aufforderung des Präsidenten erhebt sich das Haus zu Ehren des Andenkens der Dahingegangenen.

Der Präsident konstatirt dann noch, daß bei dem Bureau bereits 355 Abgeordnete angemeldet sind, ordnet die übliche Verlesung in Abtheilungen an und beraumt die nächste Sitzung an auf Dienstag 2 1/2 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidiums und Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung.

Schluß gegen 1 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Rippe. Bei der Verathung des Etats für das Reichsamt des Innern soll von der freisinnigen Volkspartei die Lippesche Frage angeregt werden.

Petitionen an den Reichstag müssen von jetzt ab, wenn sie Berücksichtigung finden sollen, an das Bureau des Reichstages, nicht an einzelne Abgeordnete gerichtet werden.

Kommunales.

Die Potsdamer Brücke. In seiner außerordentlichen Sitzung beschäftigte sich das Magistratskollegium gestern wiederum mit der Ausbesserung der Potsdamer Brücke. Das Kollegium beschloß, dem Vorschlag des für diese Angelegenheit eingesetzten Ausschusses nicht beizutreten, vielmehr von einem Konkurrenz-Ausschreiben abzusehen, da eine Abänderung des Dreiecks auch eine Abänderung des Fundaments zur Folge haben müßte, wodurch verhältnismäßig zu hohe Kosten und unangenehme Verkehrsstörungen entstehen würden. Auch von der Abänderung der Siemens'schen Figur wurde Abstand genommen.

2091 Brände, durch welche Beschädigungen an Gebäuden stattgefunden haben, sind in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis 30. September 1898 bei der städtischen Feuerlosgesellschaft zur Anzeige gelangt. Für diese Brände wurden im Ganzen 1 267 057,83 Mark Entschädigungsgelder gezahlt. Zur Deckung dieser Kosten, sowie der sonstigen der städtischen Feuerlosgesellschaft zur Last fallenden Verwaltungskosten und anderen Kosten soll auf Beschluß der Gemeindebehörden von dem am 30. September 1898 für sämtliche Grundstücke Berlins 8 881 796 300 M. betragenden Gesamt-Versicherungssumme ein Beitrag von sechs Pfennig für je 100 M. der Versicherungssumme von den Grundstücksbesitzern erhoben werden.

Das Magistrats-Kollegium hat beschlossen, sich an der Garantieleistung für den Mittelrand-Kanal in Höhe von 9,4 pCt. zu beteiligen unter der Voraussetzung, daß davon 2,9 pCt. von den vier Städten Potsdam, Charlottenburg, Spandau und Brandenburg aufgebracht werden und ferner 15 000 M. jährlich auf sieben Jahre von den Aeltesten der Kaufmannschaft beigetragen werden. Da die Gesamtgarantie 738 000 M. beträgt, so würde auf die Stadtgemeinde Berlin die Summe von 405 300 M. auf neun Jahre vertheilt, kommen.

Lokales.

Achtung, Parteigenossen! Am 21. Januar veranstaltet der Gesangsverein Proffium einen Maschenball und zwar in den Arminius-Hallen, Bremerstraße. Wie bekannt ist, sieht dies Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Ebenso veranstalten Arbeiter von Siemens u. Falke, die Abtheilungen 9, 10 und 16, eine Festlichkeit und zwar im Logen-Restaurant in Charlottenburg, Berlinerstr. 62. Auch dies Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zu Verfügung zur Verfügung. Genossen, es ist eure Pflicht und Aufgabe, derartige Lokale zu meiden und darauf zu achten, daß die Lokale in jeder Hinsicht brachet wird.

In Reinickendorf ist irrthümlich Wolfram als Mitglied der Lokalkommission aufgeführt. Nicht dieser, sondern Genosse Franz Otto, Justusstr. 57, ist gewählt worden. Die Lokal-Kommission.

Ueber die Lohnarbeit schulpflichtiger Kinder wurde am Sonnabend im „Berliner Frauenverein“ verhandelt. Das Referat hatte Lehrer A. Agard (Mgdb.) der bekannte unermüdete Vorkämpfer auf diesem Gebiete, übernommen. Um den Umfang und die Schäden der erwerbsmäßigen Kinderarbeit zu zeigen und die Nothwendigkeit einer Abhilfe zu begründen, gab er einen Ueberblick über das hierher gehörige, jetzt reichlich genug vorhandene statistische Material, auf dessen nochmalige Wiedergabe wir verzichten, da es auch den Lesern des „Vorwärts“ aus wiederholten Beisprechungen hinreichend geläufig sein dürfte. Bemerkenswerth ist, daß Herr A. feststellt, daß die Kinder von den fremden Arbeitgebern mehr ausgenutzt werden als von den Eltern. Bekanntlich wird vielfach behauptet (auch in der auf den Vortrag folgenden Diskussion wurde wiederholt behauptet), daß in der Mehrzahl der Fälle die Eltern ohne Noth ihre Kinder zur Erwerbsarbeit anstellen und ausbeuten. Aus den Beispielen, durch die der Referent die Schäden solcher Erwerbsarbeit in gesundheitlicher, unterrichtlicher und sittlicher Hinsicht zu beleuchten suchte, seien drei mitgetheilt. Herr A. hat unter anderem ein Kind kennen gelernt, das um Morgens um 4 bis Nachts um 1 thätig sein mußte, arbeitend, am Schulunterricht theilnehmend und wieder arbeitend. Ein dreizehnjähriger

Junge, der Morgens um 3 aufstehen mußte, schlief in der Schule Vormittags um 9 ein, schlief um 10 noch, durchschlief trotz allem Lärm die große Pause und war auch bei Beginn der nächsten Stunde noch nicht erwacht. Ein Kind, das in der Friedrichstraße Schächsel, brach plötzlich auf der Straße zusammen — Herr A. versicherte, selber dabei gewesen zu sein — mit den Worten: „Ein Sechser das Schächsel!“ wurde in eine Droschke gepackt und nach der Unfallstation geschafft. Gegenüber so furchtbarem Elend glaubten auch die Damen des „Berliner Frauenvereins“ „etwas thun“ zu müssen. Herr A. legte ihnen eine Resolution vor, die, in Anlehnung an die Beschlüsse der 1898er deutschen Lehrerverammlung, die Arbeit schulpflichtiger Kinder gegen Lohn für verwerflich erklärt, im Prinzip ihre völlige Beseitigung fordert, zunächst aber, so lange die sozialen Verhältnisse das unmöglich machen, eine erhebliche Einschränkung vorschlägt (Ausschluß bestimmter Altersklassen und Tageszeiten, ferner der Altkorbarbeit, der Doppelbeschäftigung, bestimmter Berufs u. s. w.) und eine entsprechende Ausdehnung der staatlichen Aufsicht bezw. eine Erweiterung der Arbeiterschutz-Gesetze empfiehlt. Von anderer Seite wurde beantragt, den in diesem Monat stattfindenden Städtetag um Verathung dieser Frage und Prüfung von Mitteln zur Abhilfe (eventuell Beschaffung von Erwerbsgelegenheit) zu ersuchen; außerdem sollten die Mitglieder des Vereins eine Sperrre über diejenigen Geschäftsleute verhängen, welche Milch, Wadwaare, Zeitungen u. s. w. durch Kinder austreten lassen. In der Diskussion wurde die übliche Privatwohlthätigkeit (Besuche bei den Eltern beschäftigter Kinder, nöthigenfalls Unterstüßungen) empfohlen. Lehrer Beckner (der auf der 1898er deutschen Lehrerverammlung das Referat über die Lohnarbeit schulpflichtiger Kinder hatte) erklärte — ebenso, wie in seinem Vortrage Herr Agard — daß hier, wo es sich um eine Forderung der Gerechtigkeit handele, von bloßen „Werken der Liebe“ nicht die Rede sein könne. Die Agard'sche Resolution sowie die Petition an den Städtetag wurden angenommen, doch wurden dem Vorstande textliche Änderungen vorbehalten. Den Antrag auf Sperrre ließ die Vorsitzende Fel. Helene Lange unter den Tisch fallen. Schließlich wurde noch eine Kommission gewählt, die sich weiter mit der Sache beschäftigen soll. Wir sind nicht gespannt darauf, was die Damen ausdenken werden. Daß sie das Einzige, was hier helfen kann — eine gründliche Besserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiterklasse — nicht empfehlen werden, das steht im Voraus fest.

Zur Lehrerinnenfrage bringt die „Päd. Ztg.“ einen Aufsatz, der auf die fortschreitende Zunahme der Verwendung weiblicher Lehrkräfte hinweist und eine baldige Stellungnahme der Lehrerschaft zu dieser Angelegenheit erwartet. Nach der neuesten preussischen Schulstatistik hat in Preußen in den letzten 10 Jahren die Zahl der Lehrerinnen um mehr als die Hälfte, die der Lehrer nur um reichlich ein Viertel zugenommen. Besonders in den Städten sind die Lehrerinnen immer zahlreicher geworden. Von den Lehrern amiren jetzt zwei Drittel auf dem Lande, ein Drittel in den Städten, von den Lehrerinnen dagegen zwei Drittel in den Städten, ein Drittel auf dem Lande. Gerade da also, wo die Gehaltsverhältnisse vergleichsweise günstig sind, tritt die Lehrerin am meisten als Wettbewerberin auf. Sie bedrängt auch die weiblichen Provinzen, die ihr günstigeren Bedingungen bieten, während sie in Ostpreußen seltener ist. Der Aufsatz behandelt besonders die Uebernahme der Lehrerinnen in Berlin. Es wird darin aus der Statistik der Sommerhalbjahre 1888 und 1898 nachgewiesen, daß in dem dazwischen liegenden Jahrzehnt an den Berliner Gemeindeschulen die Zahl der Lehrer nur um 25,8 pCt. (einschl. Vertreter um 28,7 pCt.), die der Lehrerinnen aber um 45,0 pCt. (einschl. Vertreterinnen um 56,0 pCt.) zugenommen hat. (Wir haben bereits im Sommer 1898 eine ähnliche Aufstellung für die Jahre 1892, 1895, 1898 gebracht und daran die stärkere Zunahme der Lehrerinnen gezeigt.) Die Lehrerinnen erobern auch in den Anabenklassen immer mehr Terrain. 1888 hatten erst 4,84 pCt., 1898 dagegen bereits 8,55 pCt. aller Anabenklassen der Berliner Gemeindeschulen weibliche Ordinarien. Der Verfasser des Aufsatzes sagt, das sei vom pädagogischen Standpunkte aus zu verwerten. Die Lehrerin besitze einem Berliner Straßenskind gegenüber weniger Autorität als ein Lehrer, und sie reibe sich dabei auch früher auf. Er hebt auch die wirthschaftliche Seite der Sache hervor, aber er beklagt (mit schlecht verhaltenem Grimm) nur, daß denjenigen Lehrern, die im Osten und auf dem Lande am schlechtesten bezahlten Stellen sitzen, durch die Lehrerinnen immer mehr die Möglichkeit genommen wird, einmal eine besser bezahlte Stelle in der Stadt und im Westen zu bekommen und so ihre Einkommens- und Lebensverhältnisse zu verbessern. Daß die Lehrerinnen, da sie sich mit einem geringeren Gehalte als die Lehrer begnügen, in den Städten und im Westen das Tempo der Lehrergehälter-Aufbesserung ungünstig beeinflussen, das übergeht er. Er will denen nicht glauben (oder er thut wenigstens so, als ob er ihnen nicht glaube), die da „vom Marktherrnstandpunkt, von billigen Arbeitskräften und dergleichen“ reden, will vielmehr annehmen, daß es einer Stadt wie Berlin auf ein paar Millionen garnicht ankommt, wenn es gilt, ihr Schulwesen zu fördern.

In diesem Jahre sind sechzig neue Stadtverordnete zu wählen. Dies Ereigniß giebt der Partei Schwachmullus, die sich von oben herab bellend Alles gefallen läßt, den Wagenmuth, an solche Personen, die sie für ihre Anhänger hält, mit Vettelbriefen heranzutreten. Gelder sind beim Stadtverordneten Leopold Jacobi abzuliefern. In den Zukriften wird unter dem Zeichen der Oberbürgermeister-Frage und der Angriffe auf die jüdischen Lehrkräfte immer noch schüchtern an der Fiktion von der Selbstverwaltung festgehalten, die „einerseits“ vor unbedeutenden Eingriffen geschützt werden müsse. „Andererseits“ wollen die Geldsammler, unter denen sich neben Birchow u. A. die Herren Spinola, Schwabe, Krommen jr. und Horwig befinden, die Interessen unserer Stadtgemeinde aber auch im Sinne einer besonnenen Entwicklung vor demagogischen Forderungen der immer lähner auftretenden sozialdemokratischen Partei“ schützen. Mit diesem Schutze meinen es die Herren allerdings viel ernstlicher als mit dem Schutze vor den hegelndsten von oben herab herabfallenden Eingriffen. Daher auch die vage Behauptung, daß die Sozialdemokratie im Rathhause mit demagogischen Forderungen komme. Sobald der Tag der Wahl näher herangerückt ist, werden die Kommissen und Horwige von der Gefahr, die der Stadt von Seiten der Regierung droht, wahrscheinlich ganz schweigen, desto lebhafter aber gegen die Arbeiterpartei lospöhlen. Geschicht dies mit dem nöthigen Applomb, so daß Pöjadoschky und v. d. Mede Beifall finden, so erwirbt sich der Kommunal-Liberalismus durch solches Wohlverhalten am Ende doch noch seinen Oberbürgermeister.

„Englische“ Tischzeit. Ueber schlechte Erfahrungen mit der „englischen“ Tischzeit, die in Berlin gemacht worden sind, hatten wir kürzlich eine Mittheilung gebracht. Wir hatten uns dabei auf ein Gutachten des hiesigen „Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsvereins für weibliche Angestellte“ gestützt, das uns zwar nichts Neues sagte, sondern lediglich bestätigte, was wir früher gesagt hatten, das uns aber deshalb bemerkenswerth erschien, weil es von dieser Seite kam. Unsere Mittheilung ist von mehreren Berliner Blättern übernommen, jedoch mit dem Zusatz versehen worden: „Es wird abzuwarten sein, ob die Darstellung des Hilfsvereins der wirthschaftlichen Sachlage entspricht.“ Das „Berliner Tageblatt“ richtete zugleich an seine Leser die Bitte, ihm eigene Erfahrungen darüber mitzutheilen. Das ist inzwischen geschehen, und das Blatt veröffentlicht jetzt mehrere ihm zugegangene Zukriften.

Sechs davon, die von Angestellten bezw. ansehenden von Angehörigen und Verwandten Angestellter herrühren, bestätigen in vollem Umfange, was aber die schlechten Erfahrungen mit der „englischen“ Tischzeit eingeleitet worden war. Unter vier Zukriften von Geschäftsinhabern empfiehlt eine, die Geschäfte über Mittag zu schließen; zwei andere erklären sich mit der „englischen“ Tischzeit einverstanden (aber nur einer dieser Briefschreiber mag zu verstehen, daß keine Angestellten sich wohl dabei fühlen). Eine vierte Zukrift endlich schimpft darüber, daß das stellungsuchende Personal immer zuerst nach der Länge der Arbeitszeit fragt, — eine Frage, die bekanntlich gerade von den kaufmännischen Angestellten nie veräuert werden darf, und die bei dem schimpfenden Briefschreiber wahrscheinlich besonders nöthig ist. — Uebrigens wollen wir die Zweifler, die unsere unter Quälensangabe gemachte Mittheilung nicht recht glauben wollten, für zulässige Fälle darauf hinweisen, daß der Vorstand besagten Hilfsvereins, wenn er sich über die Geschäftsinhaber unglücklich äußert, unbedenklich als zuverlässiger Gewährsmann angesehen werden darf. Er entschlüsselt sich dazu ja nur in den allerdringendsten Fällen, da er das Prinzip hat, die „Harmonie“ zwischen Geschäftsinhabern und Personal möglichst zu fördern. Was aber bei solcher Harmonieherauskunft herankommt, das zeigen gerade die Arbeitsbedingungen, die sich die Mitglieder des Vereins bieten lassen müssen, das zeigt auch die samose Art von „englischer“ Tischzeit, die man ihnen aufzwingt.

Mieträume für Gemeindeschulen werden schon wieder einmal von der städtischen Schuldeputation gesucht, in der Gegend zwischen Brunnen-, Kamler-, Graum- und Vorhingsstraße, in der Gegend zwischen Brunnen-, Hufschüler-, Straßunderstraße und Humboldtthain und in der Gegend zwischen Frankfurter Allee und Sannariter-Kirche, nämlich zum 1. Oktober d. J. Gerade in der Brunnenstraße hat man sich seit einer Reihe von Jahren immer wieder mit Mieträumen und oft auch mit „fliegenden“ Klassen zu behelfen gesucht. Hätte man in dieser Gegend bei Zeiten eine genügende Zahl eigener Schulhäuser errichtet, so brauchte man nicht jetzt von neuem zu dem durchaus nicht so unbedenklichen Nothbehelf der Mieträume zu greifen. Wie die Mieträume Schulhäuser manchmal beschaffen sind, dafür haben wir im letzten Sommer in einer Schilderung des Mietshauses Weihenburgerstr. 38 (S. 200) ein drastisches Beispiel beigebracht. Auch in der Brunnenstraße hat es einmal einen eigenartigen Berliner „Schulpalast“ gegeben. Im August 1893 mußte die 13. Gemeindeschule, die seit April desselben Jahres das Mietshaus Brunnenstr. 39 benutzte, dieses wieder verlassen, weil die Räume als nicht feuerfester angesehen wurden. Die 12 Klassen der genannten Schule wurden dann als „fliegende“ bei den benachbarten Schulen, von der Gartenstraße bis zur Straßunderstraße, untergebracht.

Bezüglich der Beförderung von Fahrrädern auf den preussischen Staatsbahnen hat unter Hinweis auf die am 1. d. M. dafür in Kraft getretenen allgemeinen Bestimmungen jetzt die Eisenbahn-Direktion Altona (Berlin-Hamburger Bahn) eine besondere ausführliche Darlegung der Erleichterungen publizirt, welche durch jene Bestimmungen für die Radfahrer geschaffen sind. Die Erleichterungen bestehen hauptsächlich in folgenden Punkten: Will ein Reisender, der im Besitz eines für alle Fälle gültigen Fahrtausweises ist, einen von der Beförderung verbotener einspüriger Zweiräder angegeschlossenen Schnellzug benutzen, so kann das Rad mit einem diesem Schnellzuge vorausfahrenden oder nachfolgenden Personenzuge befördert werden. Fahrradarten können auch im Vorverkauf gelöst werden. Sie gelten auf jeder preussischen Staatsbahn-Station zur Aufgabe von Fahrrädern. — Hat ein Reisender unterlassen, das Rad von Nachwagen abzuholen, so können zur Wiedererlangung des Rades Depeschen mit dem Bahntelegraphen befördert werden. Wird die Fassung der Depesche dem Stationsbeamten überlassen, so ist ohne Rücksicht auf deren Wortzahl eine Gebühr von 50 Pfg. zu erheben. — Besonders wichtig ist der Hinweis darauf, daß die Beförderung unverbappter Fahrräder auch ohne Lösung von Fahrtausweisen (mit alleiniger Annahme des Berliner Vorortverkehrs) nach den Bestimmungen des Staatsbahn-Personen- und Gepäck-Tariffs wieder gestattet wird. Die Beförderung unverbappter aufgebundener einspüriger Zweiräder als Gepäckart erfolgt mit allen Schnellzügen, für die weder ein allgemeines noch ein streckenweises Verbot der Mitnahme von Gepäckarten überhaupt besteht, d. h. insbesondere auch mit den Schnellzügen, welche für die Beförderung einspüriger unverbappter Zweiräder zur Zeit nicht freigegeben sind. Um das radfahrende Publikum mit den neuen Bestimmungen eingehend vertraut zu machen, wird die am 1. d. M. seitens der Staatsbahnverwaltung herausgegebene Dienstausweisung seitens der Radfahrarten-Ausgabe und Gepäck-Abfertigungsstellen für den Radverkehr wichtiger Bahnhöfe auf Verlangen an Radfahrverbände und Vereine, sowie auch an einzelne Radfahrer kostenfrei abgegeben.

Mit Genehmigung der Schuldeputation sind in der städtischen Taubstummen-Schule, Markstr. 49, seit Beginn des laufenden Winterhalbjahres „Elternstunden“ eingeführt, eine Einrichtung, die Nachahmung verdient. Jede Klasse hat eine Stunde in der Woche, in welcher Eltern, Pfleger oder auch erwachsene Geschwister der Schüler dem Unterrichte beizuwohnen dürfen. In dieser Stunde soll die Familie insonderheit interessiert und belehrt werden, mit dem taubstummen Kinde daheim ausschließlich in der Wortsprache zu verkehren, welche ihm in der Schule mit so viel Sorgfalt und Mühe angeeignet wird. Die Verkehrtfähigkeit der Taubstummen in der Wortsprache (Sprachen und Ablesen des Gesprochenen) ist eine Hauptbedingung für ihre spätere Selbstständigkeit im beruflichen und sozialen Leben. Daß aus dieser engen Verbindung zwischen Schule und Haus sich auch noch Vortheile für Erziehung und Unterricht im Allgemeinen ergeben, liegt auf der Hand. Welchen Willang diese Einrichtung bei den Eltern gefunden hat, geht aus der Besuchsziffer der Elternstunden hervor, die über Erwarten hoch ist.

Man darf die Palastinszenen besichtigen. Infolge mehrfacher Beschwerden wurde das polizeiliche Verbot, Kouplets über die Palastinszenen des Kaisers in Spezialitäten-Theatern zum Vortrag zu bringen, aufgehoben. Das Votporri des Humoristen Otto Reintzer über die Orientreise, welches eigentlich den Anstoß zu dem Polizeiverbot gegeben hatte, ist gleichfalls freigegeben worden. Die Behörde hat sich veranlaßt gesehen, von dem Ausschluß bestimmter Stoffe von der Behandlung in Koupletsform mangels einer geschicklichen Handhabung hierzu abzusehen und sich lediglich auf die Prüfung der Kouplets in den einzelnen Fällen zu beschränken. — Und da sage noch einer über den Mangel an Geistesfreiheit.

Die Vorkig'sche Fabrikanlage an der Kirchstraße wird jetzt in ihrer ganzen Ausdehnung abgebrochen, nachdem mit dem Schluß des alten Jahres der Betrieb dort vollständig eingestellt worden ist. Die großen Kesselschmieden an der Wasserseite sind bereits zum größten Theil niedergelegt worden, da über das Terrain derselben hinweg das Helgoländer Ufer, welches bei der Lüneburgerstraße beginnt und augenblicklich noch eine Saagaße bildet, bis zur Kirchstraße durchgeführt werden soll. Auch mit dem Abbruch der anderen Gebäude der Vorkig'schen Fabrikanlage, welche die Grundstücke Kirchstraße 8-14 und Alt-Moabit 108-110 umfaßt, ist jetzt begonnen worden. Darunter befindet sich auch das ehemalige Roabiter Schmelzhaus, welches die Nummer Alt-Moabit 108 trägt. Ferner sind in dem Park, welcher sich an der Kirchstraße von der Straße Alt-Moabit bis zum Eingangsportale der Fabrik erstreckt, sämtliche Bäume gefällt worden. Wästen durch das Terrain, welches mit modernen Wohnhäusern bebaut werden soll, wird von Norden nach Süden bis zum Helgoländer Ufer im Zuge der Wilsnaderstraße eine neue Straße angelegt werden.

Am Sonntag war Ordensfest in Berlin. Dies Ereignis macht der lieben Jugend immer viel Spaß, indem sie sich über die Reihen der Unter den Linden fahrenden Staatskutschen von abenteuerlicher Form und dessen lebendigen und todtten Aufsatz lebhaft amüsst. Natürlich giebt es auch viele Leute, für die das Ordensfest ein durchaus würdige Erscheinung ist. Ihnen war der vorgestrichene Sonntag reich gesegnet, denn es wurden im Ganzen 2408 Orden und Ehrenzeichen verteilt, 590 mehr als im Vorjahre. Selbstverständlich fiel der erdrückende Hauptanteil auf Militärs und Beamte; aber auch einige andere Leute wurden beglückt, allerdings nur mit Orden vierter Klasse. Wir nennen da den Schauspieler Haase, sowie den Chefredakteur der „Kriegs- und Marinezeitung“, Herrn Kropatschek. Auch der Verleger der unreaktionären „Schlesischen Zeitung“, ein Herr v. Korn, wäre zu erwähnen. Desgleichen der Zentralsabgeordnete Amtsgerichtsrath Leigold und der aus der selbst in Deutschland sonderbaren Anwendung des dolus eventualis bekannt gewordene Landgerichtsrath Leonhardt. Die auf das „M. Journal“ eingeschworenen Juden wird es erfreuen, daß in der Aera des Kampfes gegen die jüdische Lehrerschaft auch zwei ihrer Glaubensgenossen, nämlich ein Arzt Dr. Leiwig in Stralsburg und der Kommerzienrath Hugo Landau in Berlin mit Orden vierter Klasse bedacht worden sind. Ein Orden von derselben Güte wurde dem zu Witow herrschenden Landrath v. Puttkamer zu theil.

Haus — Johannes Miquel — in allen Gassen. Ein Korrespondent schreibt uns: Diesen Morgen begab ich mich auf die Post, um für die Anmeldung eines Sohnes zum Einjährig-Freiwilligendienst ein Zeugnis zu holen, daß ich auch fähig sei, meinen Sohn ein Jahr lang zu erhalten. Ich hatte die betreffende Anmeldung schon viermal gemacht, ohne daß die Bescheinigung einen Pfennig gelöst hätte. Diesmal mußte ich 1,50 M. Stempelsteuer bezahlen. Das sei in neuester Zeit angeordnet worden.

Das Miquel'sche Bestenrungs-Auge hat also auch diese Einnehmequelle entdeckt, obgleich man wahrhaftig denken sollte, die Opfer, welche der Militärdienst den Staatsbürgern auflegt, seien ohnedies schon schwer genug. Aber Miquel wacht, und er wird nicht eher ruhen, als bis Alles vermiquelt ist.

Wer ist „Kollege X.“? Ein Verächterstatter meldet uns: Aus eigenartiger Veranlassung ist ein neues Ermittlungsverfahren wegen der Durchstechereien im Zentralgefängnis Plöbensee eingeleitet worden. Der jetzt flüchtige und in der gaskundlichen Schweiz befindliche Buchdrucker und Medaillieur Oswald Korr, der sich Verhaftungen wegen öffentlicher Beleidigung zugezogen hat, veröffentlichte in seinem Blatte und später in einer Broschüre die Erfahrungen, welche er während der Verbüßung seiner ersten Verhaftung wegen öffentlicher Beleidigung in „Plöbensee“ gemacht haben wollte. Unter Anderem erzählte er, daß er durch seinen Kollegen X. in alle „Geheimnisse von Plöbensee“ eingeweiht worden sei. Derselbe habe ihm gesagt, daß für Geld in Plöbensee Alles zu haben sei, und derselbe sei thatsächlich auch mit einem ganzen Schinken, mit Wurst, Wein und Zigarren versehen gewesen. Nun hat die Staatsanwaltschaft aber ein dringendes Interesse daran, zu erfahren, wer „Kollege X.“ ist, um von diesem zu hören, wie alles das gemacht wird. Gestern Vormittag waren allem drei Medaillieure von drei verschiedenen Plätzen vor den Untersuchungsrichter des Amtsgerichts I geladen, die zu gleicher Zeit mit Korr „gelesen“ haben, und jeder von diesen wurde befragt, ob er den „Kollegen X.“ kenne, oder es etwa selbst sei. Kollege X. war aber nicht dabei.

Schneider-Zwangsdinnung. Im Amtsblatt des Regierungsbezirks Potsdam vom 13. Januar er. werden die Anordnungen des Oberpräsidenten veröffentlicht, nach welchen für die Berliner Schneider, welche der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge halten, aber nicht zum Damenmüllerschnneider-Handwerk gehören, sowie für die Maler, welche der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen, zum 1. Mai 1899 Zwangsdinnungen gebildet werden. Bisher sind Zwangsdinnungen angeordnet für Sattler, Schornsteinfeger und Aornbmacher zum 1. April und für Polstermacher, Seidenknopfmacher, Drechsler, Buchdrucker, Schneider und Maler zum 1. Mai er.

Ein Liebesdrama, in dem ein 64-jähriger Mann und eine Frau von 40 Jahren die Hölle spielten, hat sich in der Lothringersr. 9 ereignet. Dort hat der Kadretmeister A. Wolzjanski seine Geliebte, die Ehefrau des Antichers Teichler, und sich selbst erschossen. Wolzjanski wohnte mit seiner Frau seit fünf Jahren in dem Hause Lothringersr. 9 im 1. Hof im Erdgeschoss und hatte seine Werkstatt im 2. Hofe. Seit vier Jahren wohnt in 1. Stod des Ouergebäudes nach dem 2. Hofe zu der Auischer Teichler, der in dem Wehlgeschäfte von Lindemann in der Alten Schönhauserstraße angeestellt ist, mit seiner Ehefrau und einem Sohne, einem jetzt 18 Jahre alten Arbeitsburschen. Frau Wolzjanski ist seit Jahren so krank, daß sie die Wohnung nicht verlassen kann. Daher half Frau Teichler in der Wirtschaft, machte dem Mann Morgens den Kaffee u. s. w. wieder zeigte sich dafür erkenntlich, indem er der Frau Teichler öfter Geschenke machte und allerhand Aufmerksamkeiten erwies. Aus diesen Beziehungen erwuchs ein Liebesverhältnis, das nach kurzer Zeit im ganzen Hause bekannt war, auch Teichler und sein Sohn wußten es wohl, schwiegen aber dazu. Das Geschäft des Wolzjanski war in der letzten Zeit zurückgegangen und er konnte seiner Geliebten nicht mehr so große Zuwendungen machen wie früher. Das hat wohl dazu beigetragen, ihn auf Selbstmordgedanken zu bringen und darin zu bestärken. Gestern Morgen, nachdem Teichler ausgefahren war, brachte seine Frau wie gewöhnlich Wolzjanski wieder den Morgenkaffee in den Keller hinunter. Das war etwa um 7 Uhr. Als sie länger anblieb als sonst, ging ihr ihr Sohn nach, um sich nach ihrem Verbleib umzusehen. Er fand die Thür ins Schloß geworfen, sah Licht im Keller brennen, hörte aber nichts und erhielt auf sein Rufen und Wachen auch keine Antwort. Deshalb stemmte er die Thür auf. In seinem Schreden sah er in ihrem Blute schwimmend seine Mutter als Leiche daliegen. Sie hatte eine Schußwunde in der linken Schläfe. In der Nähe des Fensters lag auf dem Boden Wolzjanski, ebenfalls in die linke Schläfe getroffen und todt. Neben ihm fand der junge Teichler einen Vorderlader großen Kalibers, aus dem die todbringenden Schüsse abgefeuert waren. Teichler benachrichtigte die Polizei, die jedoch bei dem einfachen Thatbestande nicht viel zu thun hatte. Nach der Sachlage ist es wahrscheinlich, daß Wolzjanski seine Geliebte ohne ihre Einwilligung erschossen, also ermordet hat. Er hat sie in den Tod, in den er freiwillig zu gehen beschloß, hatte, aus Eifersucht mitgenommen, weil er sie keinem Anderen gönnte. Bald nach dem Auffinden der Leichen erschien ein Briefträger, der von W. einen Postauftrag einzuliefern wollte.

Zu der Angelegenheit des von einem Kriminalbeamten erschossenen Arbeiters Drogowski, über welchen Vorfall wir vor acht Tagen berichteten, wird uns mitgeteilt, daß die später gebrachte Nachricht, wonach die drei Begleiter des Erschossenen verhaftet sein sollen, in keiner Weise zutrifft. Zu einer solchen Verhaftung lag auch nicht der geringste Grund vor. Die Leiche des erschossenen Arbeiters ist am Sonntag auf dem Sebastian-Kirchhof zur letzten Ruhe bestattet worden.

Der Aufklärung bedarf noch ein schwerer Unfall, der am Sonntag Abend um 7 1/2 Uhr auf einem Vergnügungsplatz an der Müller- und Triftstraße dem 17-jährigen Arbeitsburschen Ferdinand Bedelmeister aus der Putzbusierstraße 31 zuzuschreiben. Als der junge Mann in der Nähe eines Korouffels stand, fiel er plötzlich eine Pistole so wichtig gegen die rechte Schläfe, daß er bewußtlos zusammenbrach. Mit einem Kopp'schen Rettungswagen wußte man ihn nach der nächsten Unfallstation und dann in das Noabiter Krankenhaus bringen.

Bei einer Prügelei im Hause Brangelstr. 115 schlugerte am Sonntag einer der Verheiligten, der Drechsler Jenzorowicz, seinem Gegner eine mit Mann gefüllte Flasche ins Gesicht. Der Arbeiter

noch vom Rathbach-Ufer 4, wurde hierbei derart an den Augen verletzt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. J. wurde verhaftet.

Seinem Transporteur ist gestern Morgen in der Invalidenstraße ein Dieb, der Barbier Komaczin, entsprungen. Es gelang nicht, des Flüchtigen habhaft zu werden.

Der in Arbeiterkreisen sehr bekannte Schwimmverein „Nord“ hat am Sonntag im Admiralsgarten-Bad sein Wett-schwimmen abgehalten. Das vielseitige Programm dieser Veranstaltung und der zahlreiche Besuch, der ihr zu theil wurde, legt Zeugnis davon ab, daß die Schwimmkunst auch in der Arbeiterschaft allmählich die Beachtung findet, die ihr gebührt. Um die Propaganda für diese heilsame und nützliche Übung hat der Arbeiter-Schwimmerbund, dem auch der Verein „Nord“ angehört, sich außerordentlich verdient gemacht.

Ueber den Verlauf der vorgestrichenen Konkurrenz erwähnen wir folgendes: Im Jugend-Brustschwimmen wurde Erster: B. Grahlmann, Zweiter: G. Köpfe. Im Mädenschwimmen wurde Erster: F. Steinte, Zweiter: R. Tönnis. Im Schwimmen der Mitglieder, welche im letzten halben Jahre das Schwimmen erlernt haben: Erster: E. Schwoedler, Zweiter: H. Hippler. Im Ost-Brustschwimmen: Erster: W. Klaus, Schwimmklub „Vorwärts“; Zweiter: M. Bach, Schwimmklub „Neptun“ (Weihensee). Im Jugendringen: Erster: A. Grahlmann. Im Hauptschwimmen: Erster: A. Köhl. Im Jugend-Gastschwimmen: Erster: W. Schneider, Schwimmklub „Vorwärts“, Zweiter: O. Rehnann, Schwimmklub „Vorwärts“. Im Schwimmen älterer Herren über 35 Jahre: Erster: E. Strafe. Im Junior-Mehrkampf: F. Gladow. Gladow gewann damit zum ersten Male den von der Verwaltung des Admiralsgarten-Bades gestifteten Wanderpreis. Im Gastswimmen wurde Erster: M. Bach vom Schwimmklub „Neptun“ (Weihensee), Zweiter: E. Kiel vom Schwimmklub „Vorwärts“. Im Hochtäuchen: Erster: R. Spigler. Im Kürspringen: Erster: F. Gladow, Zweiter: A. Tönnis. Im Schwimmen in Kleibern: Erster: A. Tausch. Ein vorzüglich ausgeführter Reigen bildete den Schluß des interessanten Programms.

Aus der Praxis eines christlichen Maurerpoliers. Unter dieser Ueberschrift haben wir am 11. Januar das verurtheilenswerthe Verhalten des Maurerpoliers B. G. r o s z gegenüber dem Schankwirt Deutler besprochen. Die „Märkische Volks-Ztg.“, der es begreiflicherweise sehr unbequem ist, daß wir einen ihrer Anhänger kennzeichneten, versucht nun in ihrer Sonntags-Nummer, den Herrn Grosz rein zu waschen. Das genannte Blatt fügt sich auf eine Erklärung des Poliers Grosz, welche Alles, was wir über seine Person gesagt haben, als unwahr hinstellt. Wir verzichten darauf, auf den Artikel der „Märk. Volks-Ztg.“ des Näheren einzugehen und bemerken nur, daß alle Angaben, die wir in unserer Mittheilung vom 11. Januar bezüglich des Herrn Grosz gebracht haben, durchaus der Wahrheit entsprechen und Wort für Wort durch Zeugen vor Gericht erwiesen werden können. — Danach zu richten.

Kraft und Wasse betitelt Herr Dr. Spieß den Vortrag, mit welchem er in der Urania einen Einfluß von 10 Experimentallvorträgen aus den verschiedenen Gebieten der Physik (mit Ausnahme der Elektrizität) begann. Um die Begriffe, welche von den Physikern mit den Begriffen Kraft und Wasse verbunden werden, klar und deutlich aufzufassen, ist ein nicht allzu geringes Abstraktionsvermögen nöthig; deshalb ist es ungemein schwierig, diese grundlegenden Begriffe, deren Verständniß zur Auffassung der physikalischen Vorgänge der aller verschiedensten Art unumgänglich notwendig ist, in allgemeiner verständlicher und leicht faßlicher Weise darzulegen. Herr Dr. Spieß erledigte diese Aufgabe mit großem Geschick und wußte die Zuhörer bis zuletzt zu fesseln, trotzdem verhältnismäßig wenig Experimente vorgeführt wurden und der Natur der Sache nach auch nur vorgeführt werden konnten.

Was den Inhalt des Vortrages anlangt, so sei nur an den Gegenstand der antiken und der modernen, vor allem an die Namen Galilei und Newton anknüpfenden Anschauung über die Bewegung der Körper und der ihnen zu Grunde liegenden Kräfte erinnert.

Wo immer eine Bewegung stattfindet, da setzen die Alten auch eine bewegende Kraft voraus; fehlt diese, so muß nach ihrer Annahme der bewegte Körper sehr bald zur Ruhe kommen. Rächst der Größe der bewegten Masse war es daher vor allem ihre Geschwindigkeit, die als Maß für die bewegende Kraft in Anspruch genommen wurde. Mit der Ueberwindung dieser Anschauung, welche während mehr als zwei Jahrtausenden ganz allgemein galt, begann eigentlich erst die moderne Naturwissenschaft; man erkannte, daß ein in Bewegung befindlicher Körper jeder Aenderung seiner Geschwindigkeit in gleicher Weise einen Widerstand entgegen setze, wie wenn er aus dem Zustand der Ruhe heraus in Bewegung gesetzt werden soll. Wenn im Allgemeinen beim Ziehen eines Wagens auf ebener Bahn die Pferde fortwährend Arbeit leisten müssen, um die Bewegung zu unterhalten, so liegt das daran, daß ein die Bewegung hemmender Widerstand bei der Reibung der Räder auf dem Boden anzuhandeln überwinden werden muß. Je glatter der Boden ist und je leichter damit dieser Widerstand wird, um so geringer wird auch die Anstrengung der Pferde; beim Rollen auf Stein ist der Reibungswiderstand verhältnismäßig klein, und daher sehen wir, daß bei der Pferdebahn die Pferde beim Anziehen zwar sich sehr anstrengen müssen, dann aber läuft der Wagen fast von selbst weiter. Nur, wenn die Geschwindigkeit wächst, wächst auch die Anstrengung der Pferde; aber ebenso wächst sie, wenn die Geschwindigkeit geringer wird. Soll der rollende Wagen zum Halten gebracht werden, so ist hierzu ebenso gut eine Anstrengung nöthig, wie beim Anziehen. Somit ist es nicht die Geschwindigkeit, sondern ihre Aenderung, die sogenannte **V e s t e r l e u n g**, die in erster Linie für die Größe der Kraft maßgebend ist.

Von den sonstigen Ausführungen wollen wir noch die Vorführung der Weidhoden erwähnen, mit welchen man sehr kleine Längen- und Zeitgrößen, Tausendstel eines Millimeters, sowie Tausendstel einer Sekunde, mit vollkommener Sicherheit messen kann. Dieselben erzeugen sowohl bei ihrer Darlegung als bei ihrer praktischen Anwendung, z. B. beim Messen der Geschwindigkeit eines Geschosses, das höchste Interesse der Zuhörer.

An den folgenden Donnerstagen werden diese Vorträge, die zum ersten Male in der Urania gehalten werden, fortgesetzt. Wer sich an der Hand von elegant ausgeführten Experimenten durch klare Darlegungen zu einem Verständniß der mechanischen Gesetze, die ein Verständniß der modernen Naturauffassung überhaupt erst ermöglichen, hinführen lassen will, dem seien die nächsten Vorträge an gelegentlich empfohlen. Freilich gehört außer dem Anhören noch eine wiederholte Beschäftigung mit den behandelten Gegenständen dazu, wenn sie in dauernden geistigen Besitz übergehen sollen.

Volkschulische Kurse von Berliner Hochschullehrern. Am Donnerstag, den 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, beginnt Herr Professor Dr. Freiliger v. Soden in der Aula des Friedrich-Werder'schen Gymnasiums, Dorotheenstr. 13/14, seinen Vortragskursus über Palästina und seine Geschichte. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den ganzen, 6 Abende umfassenden Kursus sind zu haben bei: Georg Becking, Algenrandhandlung, Leipzigerstr. 135. S. Mund, Algenrandhandlung, NW. Friedrichstr. 93a, Ecke der Dorotheenstr. A. Schay, Rentamt, O. Holzmarktstr. 60 II. (10-11 und 4-6 Uhr). Chr. Tischendorfer, C. Coppenhagen, 19 Hof II. (9-11 und 3-6 Uhr). Trautwein'sche Buchhandlung, W. Leipzigerstr. 8. Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, W. Köthenerstr. 23 (8-3 Uhr).

Professor Dr. Hans Delbrück wird am nächsten Donnerstag, dem 19. d. M., im Verein „Berliner Presse“ eine Kriegserinnerung „General Werber vor Belfort“ zum Vortrag bringen. Eintrittskarten zum Preise von 12 M. für alle Vorträge (noch einige gute Sonderplätze) und zu 3 M. und 1,50 M. für den einzelnen Vortrag, sind zu haben in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstr. 126, Janarus, Friedrichstr. 66, Speyer u. Peters, Unter den Linden 43 und Trautwein, Leipzigerstr. 8.

Orgelkonzert. Der bei freiem Eintritt in der Marienstraße Mittwoch, den 18. Januar, Abends 12 Uhr, von Herrn Otto Diemel zu haltende Orgelkonzert wird unterführt von Fr. Hedwig Schiefer, Fr. Anna Bromberg, Herrn Franz Schmidt und Herrn Organist Feuer.

Feuerbericht. Ein Petroleumbrand in einem Seifenladen tief die Feuerwehr Sonntag Abend 9 Uhr nach Lehrtzstraße 45. Das Feuer bedrohte die Bewohner der oberen Stockwerke, konnte

aber nach fast einstündiger Beschäftigkeit auf den Laden und einen Nebenraum beschränkt werden, die allerdings ausbrannten. Ein anderer größerer Brand, der in einer Metallschleiferei ausgebrochen war, verursachte Mittags 12 Uhr einen Alarm nach Adalbertstraße 40. Wegen starker Verqualmung, die durch glimmende mit Oelen getränkte Pulver hervorgerufen wurde, war ein Vordringen zum Brandherde sehr erschwert, doch gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, die Gefahr zu beseitigen. Heiliggeiststr. 39 gingen Kleidungsstücke und Wäsche auf einem Hängeboden in Flammen auf, während Reinickendorferstraße 6 die Klosterverapung eingeschert wurde. Montag früh 4 Uhr mußte am Nordhafen ein auf dem Hofe des Hauses Nr. 5 befindlicher in Brand gerathener Strohwagen abgelöst werden. Ladung sammt Wagen fielen den Flammen zum Opfer, doch konnten die in der Nähe befindlichen Ställe rechtzeitig gesichert werden.

Aus den Nachbarorten.

Treptow, Baumhulenkweg. Die Parteigenossen werden nochmals auf die vom Verein „Vorwärts“ zum Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr in Adermann's Restaurant einberufene Versammlung aufmerksam gemacht. Genosse Adolf Hoffmann hält einen Vortrag über „Arbeiterelend und die zukünftigen Zustände“. Um zahlreich und pünktlich den Besuch zu erwünschen. Der Vorstand.

In Wilmersdorf ist am Mittwoch bei Klingenberg Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, zu welcher zahlreicher Besuch erbeten wird.

Der Aufsatz zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtschulraths in Charlottenburg hat beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung drei Kandidaten vorzuschlagen. Es sind dies Dr. J. Staute, Kreis- und Stadtschulinspektor des fünften Berliner Schulkreises und die beiden schon im vorigen Jahr in Vorschlag gebrachten Kandidaten, Dr. v. Gloger, Kreis- und Stadtschulinspektor des neunten Berliner Schulkreises, und Dr. Reufert, Oberlehrer an der Ober-Realschule in Charlottenburg.

Die Einberufung von Wilmersdorf, Schmargendorf und Grunewald in Charlottenburg wird in kommunalen Kreisen Charlottenburgs bereits erwogen. Eine Petition des Kommunalvereins der östlichen Stadtbezirke, d. h. Berlin W., bezieht sich auf die Eingemeindung nur als eine Frage der Zeit. Diese wäre auch beim Bau des neuen Amtsgerichtsgebäudes in Charlottenburg bereits vorgefallen. Die Petition richtet sich demgemäß gegen die geplante Abtrennung eines Theils dieser Stadtbezirke (zwischen dem Kollenderplatz und der Fasanenstraße) und deren Vereinigung mit einem neuen Amtsgericht Schöneberg. Die Abtrennung würde, nach den Ausführungen der Petition, nur die bestehende Verlehrsunsicherheit vermehren.

Die Verlängerung der elektrischen Hochbahn als Untergrundbahn in Charlottenburg erhält, nach den Vereinbarungen des Magistrats mit der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen, Haltestellen am Zoologischen Garten, am Anie, Ende der Bismarck- und Krumme Straße, sowie am Wilhelmplatz. Die Eröffnung der Bahnverlängerung soll womöglich gleichzeitig mit der Eröffnung des Betriebes auf der Strecke Kollendorfer-Platz-Wilhelm-Platz erfolgen. Im Interesse des Wohlstandes der von der Bahn benutzten Straßen wird die Bahn nicht als Unterpflasterbahn, sondern 70 Zentimeter unter der Erde geführt werden. An den Haltestellen kann diese Bedung auf eine Strecke von 120 Meter Länge bis zu 40 Zentimeter erniedrigt werden. Als Abgabe an die Stadtgemeinde Charlottenburg hat der dortige Magistrat 1/2 pCt. der Brutto-Einnahme aus dem Verkehr der Gesamtlinie von der Wilschauer Brücke bis zum Wilhelmplatz in Charlottenburg einschließlich der Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhof bei den Stadtverordneten vorgeschlagen.

Für die Einberufung Friedenau in Schöneberg sind die Arbeiten der Kommission, welche im Oktober v. J. von der großen Mehrheit der Friedenauer Gemeinde-Vertretung eingeleitet worden ist, um die Angliederungsfrage genau zu prüfen und dann mit der Stadt Schöneberg zu verhandeln, jetzt soweit gediehen, daß zwischen dem Schöneberger Magistrat und der Kommission über die gegenseitigen Eingemeindungsbedingungen fast vollständiges Einverständnis erzielt worden ist, und man daher nun mit der Ausarbeitung des Vertragsentwurfs begonnen hat.

Es geht doch nicht wie beim Militär. Aus Friedenau wird berichtet: Die merkwürdige Maßregelung, welche der Friedenauer Gemeinde-Vorsteher, Major a. D. Rönneberg, dem „Fried. Volks-Anz.“ zugebracht hatte, hat für ihn selbst durch das einstimmige Votum der Gemeinde-Vertretung in dieser Sache einen sehr bedenklichen Rückschlag zur Folge gehabt. Dem vor fünf Jahren begründeten Blatte war damals vom Gemeinde-Vorstand schriftlich die Erlaubnis erteilt worden, sich als „Amtliches Verlautenungsblatt“ des Amts- und Gemeinde-Vorstandes von Friedenau zu bezeichnen, und es waren demgemäß die amtlichen Bekanntmachungen dieser Behörden bisher in dem genannten Blatte zum Abdruck gelangt. Durch einige Veröffentlichungen hatte sich dasselbe dann aber bei dem Ortsvorsteher mißfällig gemacht, worauf derselbe dem Gemeinde-Vorstand veranlaßte, dem Blatte die amtlichen Bekanntmachungen zu entziehen. Gleichzeitig aber wurde von dem Gemeindevorsteher ohne Zustimmung des Gemeindevorstandes durch Säulenanschlag und durch Anzeige in anderen Blättern öffentlich bekannt gegeben, daß fortan die amtlichen Bekanntmachungen in der „Fried. Ztg.“ erscheinen würden. Dies führte nun in der letzten Sitzung der Friedenauer Gemeindevertretung zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der Vertretung wie des Gemeindevorstandes und dem Vorsteher selbst. Und schließlich stellte sich die Gemeindevertretung auf den Standpunkt, daß die Maßregelung des betreffenden Blattes zu Unrecht geschehen sei, und beschloß mit allen Stimmen gegen diejenige des Gemeindevorstandes, daß die öffentlichen Bekanntmachungen des Gemeindevorstandes in Friedenau den beiden dortigen Blättern gleichzeitig, also auch wieder dem „Fried. Volks-Anz.“ zum kostenfreien Abdruck zu übergeben seien.

Aus Ober-Schöneweide wird berichtet: Der Schlächtergeselle Konrad Proja, der in der Fleischwaaren-Fabrik von König in Ober-Schöneweide beschäftigt ist, wollte bei der Arbeit durch Drehung eines Hebels den elektrischen Strom, welcher die Geschäftsmaschinen treibt, abschalten. Er glitt dabei mit der fettigen Hand von dem Holzgriff auf den Metallhebel ab und schloß so den Strom auf seinen Körper über. Die Hand umspannte krampfhaft den Kupferhebel und konnte auch durch die Anstrengungen des auf das Geschrei des Verunglückten herbeigeeilten Kollegen nicht geöffnet werden. Da niemand wußte, wie P. aus der furchtbaren Lage befreit werden könnte, wurde an die Zentrale um Abstellung des Stromes telephonirt. Es vergingen aber etwa 15 Minuten, bis sich die Hand des Unglücklichen nach Ausschaltung des Stromes von selbst öffnete. P. brach dann sofort zusammen, er war an allen Gliedern wie gelähmt; auch zeigte die betreffende Hand erhebliche Brandwunden. Nachdem er gelöst worden war, wurde P. nach dem Krankenhaus am Friedrichshain transportirt.

Für Naturfreunde steht ein interessantes Ereignis bevor. In der sogenannten Königshalde bei Nieder-Schöneweide, welche jetzt bereits ein beliebter Zielpunkt für Ausflügler ist, soll nämlich ein Eichenwald angelegt werden, und zwar auf einem 16 Morgen großen, im verflochtenen Jahre abgeholzten Terrain. Die Anpflanzung der Eichen wird bereits im kommenden Frühjahr ihren Anfang nehmen. Auch die Elbbrücke sollen mit Eichenbäumen eingefriedigt werden.

Gerichts-Beitrag.

Der Todschlag, der am 19. Oktober v. J. in Wilmersdorf bei Erlner verübt worden ist, beschäftigte heute das Schwurgericht am Landgericht II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors

Verheim. Die Verhandlung bot ein abschreckendes Bild von dem Unheil, welches der Schnapstempel anrichten kann. Der Angestellte, Entbarbeiter Robert Weesdow wurde beschuldigt, seine Ehefrau im Streite erschlagen zu haben. Er stammt aus Pommern und war in zweiter Ehe mit der um sieben Jahre älteren Frau, geb. Köhl, welche aus Jägerhof bei Bromberg stammt, verheiratet. Seit zwei Monaten wohnte er in Woltersdorf bei Gethner und arbeitete bei der Wittve Ried zu Neu-Rahnsdorf. Die Ehe des Angestellten war sehr unglücklich, denn er war in hohem Maße dem Schnapsgenuße ergeben und vertrat den größten Theil seines Arbeitsverdienstes. Nach seiner Behauptung soll auch die Frau dem Alkoholgenuße zugehört gewesen sein, und es kam zwischen beiden häufig zu Jank und Schlägerei, jedoch es den Hausbewohnern gar nicht mehr auffiel, daß auch am 19. Oktober ein Hölle-lärm sich in der Wohnung des Angestellten entwickelte. Als später ein Hausbewohner in die Wohnung des Angestellten kam, bemerkte er, daß dessen Frau auf einem Strohsack lag und sich nicht rührte. Weesdow sagte, seine Frau schlafe, da aber die Dachlampe in größter Unordnung war und auch eine Blutlache auf dem Boden sich zeigte, so schöpfte der Besucher Verdacht und machte sich auf den Weg, um den Gendarm Müller herbeizuholen. Als letzterer in der Wohnung des Angestellten erschien, fand er diesen nicht mehr vor. Das kleine Zimmer bot den Anblick der größten Verwahrlosung; es starrte alles von Schmutz und es fehlte eigentlich jegliches Mobiliar. Auf dem Boden lag ein Strohsack, auf welchem die Leiche der Ehefrau lag. Strohhack auf dem Fußboden zerstreut, außer einer größeren Blutlache zeigten sich verstreute andere Blutspuren. Neben der Leiche lag ein wider blutgetränkter Strid und ein zweibeiniger Schemel, dessen einer Fuß gleichfalls stark mit Blut besudelt war. Es wurde festgestellt, daß der Schädel der Frau an einer Stelle durchgeschlagen war und diese noch mehrere blutige Stellen am Munde und am Halbe hatte. Der Angestellte ist durch den Gendarmen Müller kurz vor Rahnsdorf verhaftet und gefesselt dem Gefängnisse zugeführt worden. Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch auf Schuldig unter Verlesung mildernder Umstände ab. Der Staatsanwalt beantragte 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, der Gerichtshof erkannte auf zehn Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Zug ist strengstens fernzuhalten. Dieser selbstverständliche Zusatz an Streiknachrichten wird jetzt nach einem vom Schöffengericht Halle gefällten Urtheile wieder nicht mehr als Verübung groben Unfugs angesehen. In der Parteigenosse Redakteur Swienty vom „Volkswort“, der dieserhalb angeklagt war, wurde freigesprochen, obwohl das Ober-Landesgericht in Raumburg in der Sache des Genossen Redakteur Weismann, in der es sich ebenfalls um „Zug ist strengstens fernzuhalten“ handelte, Diktirende zum Verurtheilen gegeben hat. Der Vertreter der Anklage, Ober-Polizei-Inspektor Weidemann erklärte in der in Frage kommenden Sitzung eine Verurteilung und Rechtslosmachung der Arbeitswilligen und beantragte 1 Woche Haft. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung mit der Begründung, er vermöge sich dem Urtheile des Ober-Landesgerichts nicht anzuschließen. Selbstverständlich wird mit diesem verständigen Schöffengerichtsurtheile die weitere Unterdrückung der Arbeiterschaft keineswegs ein Ende nehmen.

Versammlungen.

Die Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter waren am Sonntag vom Kuratorium des Arbeitsnachweises des Vereins der Brauereien zu einer Versammlung nach der Brauerei Friedrichshain berufen worden und in sehr großer Zahl erschienen. Es handelte sich um die Abstimmung über das abgeänderte Statut des Arbeitsnachweises und um die Wahl von Arbeitervertretern zum Kuratorium. Nachdem Dr. Freund, der den Vorsitz in der Versammlung führte, das Statut in der von den Arbeitgebern angenommenen Form vorlesen hatte, entstand eine Debatte darüber, ob die Eintragung in die Listen des Arbeitsnachweises, wie es früher der Fall war, von der Weibringung eines Lehrzeugnisses abhängig gemacht werden solle, oder ob, wie es nach den neuen Bestimmungen der Fall ist, ein Lehrzeugnis nicht mehr verlangt werden kann. Da, wie Dr. Freund bemerkte, von keiner Seite Widerspruch gegen die Abschaffung des Lehrzeugnisses erhoben wurde, wurde die Debatte geschlossen und das Statut in der vorgelegten Fassung en bloc gegen einige Stimmen angenommen. Hierauf drückte Direktor Hofide seine Befriedigung aus über das Resultat der Verhandlungen, die wegen der Statutenänderung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern stattgefunden haben. Das Statut habe Veränderungen zu Gunsten der Arbeiter erfahren, die auch den Arbeitgebern nicht zum Nachtheil gereichen. Bei den Verhandlungen habe sich ein Entgegenkommen auf beiden Seiten gezeigt. Möge es immer so sein, dann werden Kämpfe vermieden werden und der Arbeitsnachweise ein Hort des Friedens sein. Dr. Freund versicherte, daß er auch in Zukunft das Amt eines Vorsitzenden im Kuratorium unparteiisch führen werde. Er hoffe, daß durch die Statutenänderung manche Mißstände, die im Arbeitsnachweise vorhanden waren, beseitigt worden sind. — Nunmehr wurden die Wahlen vorgenommen, und zwar durch Stimmzettel. Bei den Brauereigenossen standen sich zwei Nominierungen gegenüber, „Roth“ und „Blau“ (Hirsch-Dundersee). Von 658 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der Hirsch-Dundersee 368, somit haben die Vertreter dieser Richtung gesiegt. — Bei den Hilfsarbeitern gab es keine „blauen“ Kandidaten, so daß hier die Liste der „Roth“ durchkam. Gewählt wurden: Von den Brauereigenossen: Lindner und Junz als Mitglieder; Brand, Henschel, Schmutz und Wache als Ersatzmitglieder. — Von den Hilfsarbeitern: Lehmann und Wages als Mitglieder; Turloff, Senfleben, Teglass und Karl als Ersatzmitglieder.

Wie uns mitgeteilt wird, hatte die Victoria-Brauerei in Straßau ihren Arbeiter die zur Wahl erforderliche Legitimationskarte nicht ausgestellt, so daß diese Arbeiter ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten.

Die Jahreshilfe I des Verbandes der Bauarbeiter tagte am 8. d. M. Aus dem Geschäftsbericht, welchen der Bevollmächtigte gab, ist folgendes zu entnehmen: Es fanden im vorigen Jahre 13 Versammlungen und 15 Vorstandssitzungen statt. Nach dem Jahresbericht sind in den drei letzten Quartalen 308,90 M. an die Hauptkasse gelangt. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 600. Die Abrechnung für das vierte Quartal ergab mit einem vorhandenen Bestand von 226 M. eine Einnahme von 1525,70 M. und eine Ausgabe von 1320,11 M. Die hierauf vollzogene Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Heidemann und Schürer, Bevollmächtigte; Dits, Reumthaler und Witzler, Kassierer; Schaub, Schriftführer; Fischer, Schäfer und Körner, Revisoren. Für die Krefelder Weber bewilligte die Versammlung 60 M. und zum Bau des Gewerkschaftshauses 300 M.

Holzarbeiter-Verband. Am 8. d. M. tagte für den Bezirk Ronbitz in der Kronstraße 38 eine Versammlung, in der das Mitglied Noltemeier Bericht über die im vergangenen Jahre stattgehabten Sitzungen erstattete. Sodann sprach Grempe in einem interessanten Vortrag über den in der Gütchinerstraße erbauten Ofen für Mälzereibrennung. Dem Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an.

In einer Bezirksversammlung der Rosenthaler- und Schönhauser Vorstadt sprach Herr Bollheim über das Thema: „Welfortschritt“. Der Vortrag enthielt einen interessanten kulturhistorischen Rückblick, in welchem der Vortragende den Fortschritt unserer Kultur den Zuschauern vor Augen führte. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit internen Vereinsangelegenheiten.

Die Versammlung für den Bezirk O. und NO. tagte am 6. Januar. Zur Erledigung gelangte eine geschäftliche Angelegenheit. Zum Vortragssammler für die Jahreshilfe bei Franke, Ede Löwe und Jorndorferstraße wird Paul Falk und als Hilfskassierer bei Jabel Adolf Sagan gewählt. In die Kontrollkommission wurden Franz Schmidt, Otto Krenalin, Rudolf Heber, Richard Ruppert und Adolf Seidenschur gewählt.

Nunmehr erhielt Adolf Hoffmann das Wort zu seinem sehr interessanten und humorvollen Vortrag: Himmel und Hölle und ihre Bewohner. Redner wurde am Schlusse seiner Ausführungen durch stürmischen Beifall belohnt.

Die Branche der Einseher hatte ihre Versammlung am 8. d. M. anberaumt. Zunächst gab der Obmann den Jahresbericht. Es haben stattgefunden 17 Versammlungen und ebenso viel Kommissions-sitzungen. Im Allgemeinen kann der Verband mit dem Fortschritt zufrieden sein. Hierauf wurde die Neuwahl der Kommission vorgenommen. Aus derselben ging hervor: als Kassierer: Aberg; Hilfskassierer: Lehmann; Kommissionsmitglieder: Schönberg, Grojsinski, Wache, Elsholz, Albe, Heinrich Schmidt und Marks. Ehmann stellte den Antrag, zur nächsten Periode möge man in eine allgemeine Lohnbewegung in der Branche der Einseher eintreten. Die Angelegenheit wurde der Kommission überlassen.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche hielt am 10. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Trinks als Vorsitzender erstattete Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. Danach wurden im vergangenen Jahre 10 Vorstandssitzungen und 9 Mitglieder-Versammlungen abgehalten. Der Bericht des Kassierers für das IV. Quartal 1898 ergab eine Einnahme inkl. des Bestandes vom III. Quartal von 777,84 M. und eine Ausgabe von 216,86 M. Die Jahresrechnung war 1706,93 M., die Ausgabe 1146,45 M., somit betrug das Vereinsvermögen am 31. Dezember 1898 1067,28 M. Nach dem Bericht des Bibliothekars haben die Bibliothek 49 Mitglieder benützt. Die hierauf vollzogene Neuwahl des Vorstandes gestaltete sich folgendermaßen: 1. Vorsitzender: Gustav Trinks, 2. Vorsitzender: Hel. Langerbach, 1. Schriftführer: Wilh. Cae, 2. Schriftführer: Hel. Koneal, 1. Kassierer: Stanowski, 2. Kassierer: Frau Hahnhold, Revisoren: Hängen, Bogasch und Frau Rosenknecht, Revisoren: Kobelt, Leopold, Frau Schild und Hel. Burghardt. Als Arbeitsvermittler wurde Hergt einstimmig wiedergewählt. Das Arbeitsnachweis-Büro ist bei Hergt, Landwehrstr. 1, Ecke der Gollnowstraße. Die Bibliothek wurde mehr nach dem Centrum verlegt und zum Bibliothekar wurde Kerlich, wohnhaft Webersstr. 17, Hof 1, gewählt; dort befindet sich auch die Bibliothek vom 1. Februar ab. Am 4. Februar veranstaltet der Verein ein Vergnügen im Schweizer Garten, und wird um rege Theilnahme gebeten.

Im Verband der in Buchbinderereien z. besch. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sprach am 10. Januar J. Sassenbach über das Thema: Freimaurerei. Im folgenden wurde ein Vorschlag der Ortsverwaltung, zu einem Projektions-vortrag Herrn Eigner zu engagieren, angenommen und soll Näheres später bekannt gegeben werden. Nachdem noch um schleunige Abrechnung der noch ausstehenden Vists des Selbstverwaltungen ersucht worden war, wurde zum regen Besuch der am 17. und 18. Januar stattfindenden Branchenversammlungen aufgefordert. Es findet am 17. Januar die Versammlung der Buchbinder in den Armishallen, in welcher Reichstags-Abgeordneter Albrecht, und die Versammlung der Kartondrucker im Englischen Garten, in welcher Ad. Hoffmann referieren wird, statt. Am 18. Januar werden die Versammlungen der Luxuspapier-Arbeiter Alte Jalousie 75, sowie der Kartondrucker Inselstr. 10 abgehalten werden, in welchen die Reichstags-Abgeordneten Schwarz und Rosenow sprechen werden. Gleichzeitig wird am 17. Januar eine Delegatensitzung der Lederarbeiter abgehalten werden.

Der Verband aller im Handel und Transport beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am 10. d. M. seine Generalversammlung ab. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen durch den Vorsitzenden erstattete der Schriftführer Utheck den Geschäftsbericht von 1898. Aus dem Bericht, der in klarer und übersichtlicher Form gegeben wurde, ist hervorzuheben, daß die geschäftlichen Angelegenheiten des Verbandes 48 Vorstandssitzungen beanpruchten. Im Monat Februar und Oktober wurde unter den Berufsgenossen ein Flugblatt in je 5000 Exemplaren vertheilt, welches zum Eintritt in den Verband auffordert. Desgleichen wurde am 1. Juni der „Handel-Hilfsarbeiter“ als Agitationsnummer zur Reichstagswahl in einer Auflage von 7000 Exemplaren unter den Berufskollegen vertheilt. Versammlungen wurden insgesamt 18 abgehalten und zwar 9 mit agitatorischen, 4 mit geschäftlichen und wissenschaftlichen Vorträgen, außerdem fanden 5 größere Festlichkeiten und 3 gefällige Abende statt. Ferner führte der Verband im September bei einer größeren Firma eine siegreiche Lohnbewegung, durch; die bereits gemachregelten Kollegen wurden wieder eingestellt. An Mitgliedern zählte der Verband am Schlusse des Jahres 1700. Die Agitation wurde mit großem Eifer betrieben und ließen sich insgesamt 1001 Kollegen neu aufnehmen. Der Redner dankte am Schlusse des Berichtes den Mitgliedern für die thätigste Unterstützung in der Agitation. Der Verband steht trotz aller Hindernisse, die demselben bereitet wurden, heute gestärkt und gekräftigt nach innen und außen da. Hierauf gab der Kassierer Meier zunächst den Kassenbericht vom letzten Quartal 1898. Die Einnahmen beliefen sich auf 3650,22 M., die Ausgaben auf 3000,47 M. Die nun folgende Jahresabrechnung ergab eine gesammte Einnahme von 13 614,82 M., der eine Ausgabe von 11 120,03 M. gegenübersteht; somit ist ein Ueberschuß von 2497,89 M. vorhanden. Am 1. Januar 1898 betrug der Kassenbestand 2174,79 M., derselbe hat sich somit am 1. Januar auf 4662,68 M. erhöht. Im Anschluß hieran gab Meier den Bericht des Arbeitsnachweises vom letzten Quartal. Gemeldet wurden 246 Stellen, von Mitgliedern 56 und von Unternehmern 190 Stellen. Hierunter konnten 96 für fest und 46 zur Anstellung besetzt werden. Nicht zu besetzen waren 104 Stellen. Die Gründe hierzu waren folgende: Es mußten abgewiesen werden: wegen schlechter Löhne 30 Stellen, bei 25 Stellen waren keine passenden Kräfte für die Branche vorhanden, 15 Arbeitsuchenden sollte später eine Antwort zu theil werden, zu spät hatten sich 14 gemeldet und zu lange Arbeitszeit war auf 6 Stellen vorhanden, für die übrigen 14 Stellen waren verschiedene Gründe maßgebend. Der vom Unternehmer angebotene Lohn betrug im Durchschnitt 22 M. und sank bis auf 10 und 12 M. die Woche. Ueber die Dauer der Arbeitszeit, Pausen und sonstige Bedingungen verweigerten die Unternehmer gemeinhin, nähere Angaben zu machen. Stellungslos meldeten sich vom 1. Oktober bis 31. Dezember 119 Kollegen, davon gingen 118 in Stellung und zwar 66 für fest und 17 zur Anstellung. Die längste Arbeitslosigkeit betrug 9 Wochen, die kürzeste einen halben Tag, durchschnittlich 3-4 Wochen. Den nun folgenden Bibliotheks-Bericht erstattete Strelow. Danach sind 700 Bände vorhanden, gelesen wurden im Ganzen 607 Bände. In der kurzen Diskussion gaben sämtliche Redner ihre Befriedigung über die Berichte zu erkennen, und wurde nach Bestätigung des Kassenberichts durch die Revisoren dem Kassierer und dem Gesamtvorstand Decharge ertheilt. Zu der nun folgenden Vorstandswahl wurde beantragt, daß der jetzige Vorstand die Geschäfte bis nach erfolgter Tagung des zu Oftern stattfindenden Kongresses weiterführen solle. Dieser Antrag fand Annahme und wurden zur Einnahme vorgeschlagen. Sodann wurde das Gehalt für den Bureaubeamten auf 39 M. pro Woche festgesetzt und für die Krefelder Weber als II. Rate nochmals 50 M. bewilligt. Zum Schluß gelangte nach kurzer Diskussion gegen nur wenige Stimmen von der stark besetzten Versammlung folgender Antrag zur Annahme: Die Generalversammlung des Verbandes hebt den Beschluß gegen den Kollegen Oswald Grauer vom 6. Dezember 1898 in allen seinen Theilen auf.

Rummelsburg. In einer stark besuchten Versammlung, die hier am 11. Januar tagte, referirte der Gemeindevorsteher Ritter über die Thätigkeit des Gemeinderaths im verfloffenen Jahre. Redner führte aus, daß er es für seine Pflicht halte, mindestens alle Jahre einmal seinen Wählern öffentlich Rechenschaft über seine Thätigkeit abzulegen. Es seien im Laufe des Jahres in der Gemeindevertretung außerst wichtige Beschlüsse gefaßt worden. Er erwähne dabei den Bau der Kanalisation, Errichtung eines Wasserwerks und Aufnahme einer Anleihe von 2 200 000 M. Er habe für die Anleihe gestimmt, weil es dadurch möglich sei, die jetzige Schuldenlast abzulösen und Geld zu niederem Zinsfuß zu erhalten.

Ebenfalls würde er für den Neubau eines Rathhauses stimmen, indem dann die Räume, welche von der Gemeindeverwaltung im Schulhause benützt würden, für Schulzwecke frei würden. Es wäre dann nicht mehr nöthig, daß 60-70 Schüler in einer Klasse zusammengebrängt würden. Ein vom Redner gestellter Antrag, die Arbeitszeit der Bureaubeamten zu verkürzen, wurde im Gemeinderath abgelehnt. Redner kritisirte scharf die Interessentpolitik, welche von dem größten Theil der Gemeindevorsteher getrieben wird, indem die meisten an Lieferungen und Arbeiten für die Gemeinde theilhaftig sind. Weiter beipricht Redner eine Reihe von Forderungen, welche von unserer Partei an die Gemeindevorstellungen zu stellen sind. In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sich alle Redner zustimmend zu dem Bericht des Genossen Ritter aus. Trotzdem einige Gegner anwesend waren, erklärte sich die Versammlung zum Schluß einstimmig mit der Thätigkeit unseres Genossen einverstanden.

Charlottenburg. In einer Metallarbeiter-Versammlung, die hier am 12. Januar tagte, sprach Paul Hirsch über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. In der Diskussion befaßwortete Brantigam, zur Generalversammlung nach Halle nur einen Delegierten zu entsenden, der gegen die Arbeitslosen-Unterstützung votirt. Dem traten der Referent und Guzikowski entgegen, die anscheinend auch die Mehrheit der Versammlung für sich hatten. Hierauf erfolgte der Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftsrath, und wurden sodann Menger und Spörer zu Delegierten der Kommission gewählt. Der Anschluß an das Berliner Kartell wurde abgelehnt.

Deutscher Seufelder-Bund. Mitgliedschaft Berlin. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Niesel, Etalauerstr. 57: Mitglieder-Versammlung und Vorstandssitzung.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher-Gesellen. Heute Abend 9 Uhr im Restaurant Bohl, Rosenthalerstr. 11-12: Eröffnung des Fachschul-Unterrichts (Abtheilung Damenfrisiren). Neuanmeldungen vortheilhaft. Die Fachschul-Kommission.

Homöopathischer Verein Danemann. Heute Abend 9 Uhr Bahstraße 12: Vortrag des Herrn Dr. Danmholz.

Vermischtes.

Hochwasser wird von allen Flüssen des südblichen Badens gemeldet. Auch der Rhein steigt stark. Der Betrieb auf der Bergthalbahn zwischen Donaueschingen und Hammereisenbach mußte wegen starker Beschädigung des Bahndammes durch Hochwasser eingestellt werden. Auch auf der Donaubahn ist der Betrieb gestört. In Reinsdorf im Schwarzwald ertrank ein Arbeiter. Die neue Straße von Zobtmoos nach Wehr wurde durch Hochwasser stark beschädigt und stundenlang total zerfallen. — Wie der „Schwäbische Merkur“ meldet, hat die Kinzig bei Alpirsbach das ganze Thal überspült. Die Feuerwehr mußte aufgeben werden. Der Schaden ist bedeutend. Der Redar hat gleichfalls Hochwasser.

Der Direktor der Nordböhmisches Kohlenwerks-Gesellschaft, Bergschol, erwidert, wie aus Witz gemeldet wird, am Sonntag im Eisenbahnzuge. Man glaubt an einen Unfall von Selbstmord.

Schiffunglück. Der französische Dampfer „Auber“, der aus Hamburg kam, ist in der Rheinmündung gescheitert. Man hofft, ihn wieder flott machen zu können.

Die Duelljähterei steht auch außerhalb Preußen-Deutschlands in herrlicher Blüthe. Aus Lemberg wird dem „Verl. Ztbl.“ gemeldet, Graf Roman Potocki habe auf seinem Gut in Lancut in Galizien ein Pistolenduell mit seinem Oberförster gehabt, und der Oberförster sei dabei getödtet worden. Graf Potocki soll sofort nach Frankreich abgereist sein. Man glaubt, daß eine Frau, vielleicht die Gattin des Oberförsters, die Ursache des Duells gewesen sei.

Aus Wien wird vom Montag berichtet: In der letzten Nacht nahm der Sturm, der im Laufe des gestrigen Tages etwas nachgelassen hatte, wieder an Gewalt zu. Nach den schon heute früh aus der Umgebung eingelaufenen Nachrichten ist bedeutender Schaden angerichtet worden.

Sonntagsruhe in Paris. Infolge eines von den Geschäftsleuten getroffenen Uebereinkommens werden dieselben ihre Geschäfte von jetzt an Sonntags geschlossen halten.

Das melancholische Ballet. Vom Berliner Ballet erzählt das Wiener „Frdl.“ allerlei erschütternde Geschichten. „Wie schwer ist es im Allgemeinen“, so sagt ein Kenner, „die reichendsten Gallerinnen auf die Höhe der ungenügenden, sonnigen Heiterkeit zu heben, die dem Wiener Tanzkorps sozusagen angeboren ist! Im Reich der strengen Zucht und Sitte ist auch das Ballet — nach Wiener freibethlichen Begriffen wenigstens — zu streng erzogen. Und daran sind die allzu rigorosen, peinlich wachenden, Keiten und großen Hof-Intendanturen schuld. Sie sind zumeist von schredlichem Mißtrauen gegen die Damen vom Ballet erfüllt, das sich in einer Art militärischen Ballet-Reglements ausdrückt, wie es an vielen deutschen Hofballetten besteht. Als Josef Hahreiter vor einigen Jahren die „Puppenfee“ an der Berliner königlichen Oper inszenirte, da war er ganz verzwweifelt über die Traurigkeit, mit der ihn dieses Werk bei den Proben anfaß. Und doch tanzten die Berliner Damen ganz vortreflich und zeigten glänzende Technik. Endlich erkannte der gewiegte Balletregisseur die Ursache des Wirkungsfehlers. „Aber meine Damen“, rief er endlich erleichtert aus, „jetzt weiß ich wo's fehlt: ich bitte dringendst, machen Sie doch nicht so lange Gesichter und lächeln Sie doch, um Gottes willen, wenigstens ein bisschen!“ „Oho“, tönte es Herrn Hahreiter nun aus dem Chorus der Balletdamen entgegen, „bei dürfen wir nicht bei es verboten!“ „Ja, von wem denn?“ fragte der Choreograph weiter. „Von Ezzelena Grafen Hahberg“, antwortete ihm der Chorus. „Und warum denn?“ Von wegen dem Kollektiven halber mit dem Publikum!“ lautete die Antwort unisono. Da war nun nichts zu machen, wenigstens während der Probe nicht. Denn Hausgesetze der Intendanz müssen eingehalten werden, selbst wenn sie Traurigkeit beim — Lange anbehalten. Aber nach der Probe ging Hahreiter zum Intendanten selbst. Er bat um etwas, was man nicht stempern und als Aukrum auf ein Gesicht stellen kann: Er bat um Freude, um Heiterkeit, um Sonne, um ein bisschen Lächeln. Und der oberste Hoftheater-Direktor hatte ein Einsehen. Beglückt verließ der Balletregisseur die Intendanz, um den Damen bei der nächsten Probe mitzutheilen, daß sie alle in der „Puppenfee“ mit Bewilligung der vorgehenden Behörde lächeln dürfen, aber um Himmels willen, nur mit dem Puppen lächeln, nicht etwa mit dem ganzen Mund lächeln. Was aber die Hauptsache sei: das Lächeln dürfe niemals eine — Adresse haben, es müsse ein allgemeines, das ganze Publikum umfassendes Lächeln sein, das die Freude am Weltall ausdrückt, wie etwa ein Ausdruck der Schiller'schen Freude: „Diesen Haß der ganzen Welt“ — aber niemals einem Einzelnen. Die Damen lächelten gleichmäßig, und die „Puppenfee“ hatte auch in Berlin einen großartigen Erfolg. Zwei Wochen später kam Hel. Bergö, die treffliche Tänzerin, die vor einigen Jahren am Hofopertheater wirkte, von einer Berliner Reise zurück. „Wie haben Sie meine „Puppenfee“ in Berlin gefunden?“ fragte sie Herr Hahreiter. „Ganz ausgezeichnet“, antwortete die Künstlerin, „aber bei uns ist es doch ganz anders.“ „Aber das Berliner Ballet tanzt doch ganz famos! Ich könnt' gar nicht begreifen, daß die „Puppenfee“ dort schlechter war als in Wien“, fuhr Herr Hahreiter fort. „Das nicht“, erwiderte die Tänzerin, „aber wissen S', lieber Balletmeister, die Damen dorten sind halt alle gar so — wie soll ich denn nur sagen? — traurig!“ „Alo schon wieder?“ rief Hahreiter resignirt aus. „Dann läßt sich nichts mehr machen.“ Und damit hatte der Balletmeister entlassen recht. Die Damen hatten sich inzwischen die Heiterkeit wieder abgewöhnt. Sie konnten doch nicht auf die Dauer im ganzen Repertoire traurig und nur in der „Puppenfee“ lustig sein! Und am Ende ist es doch eine riskante Sache, wegen eines etwa mißlungnen Lächelns, das man ganz unwillkürlich mit einer Adresse versehen hat, durch eine Geldbuße bestraft zu werden. Solch eine Dame vom Ballet hat dann ihre Conduite unliebsam belastet: nämlich mit einer Geldstrafe wegen Lieblingens.“

Die zehn Gebote als modernes Geschick. Gewisse engelstümliche Völlner lassen sich von ihrem religiösen Eifer oft zu wunderbaren Ideen verführen. Ein Mitglied der Legislatur von Kansas, der durch seinen pietistischen Abgeordnete Walters, bat in einer der letzten Sitzungen dieser Versammlung um Wort. Mit der ernsthaftesten Miene von der Welt brachte er einen Antrag ein, der eine Revision der Verfassung des Staates Kansas im Geiste des Decalogus bezweckt. Walters suchte mit wahren Feuereifer die Kollegen für seinen Antrag zu gewinnen; kein Gesetzgeber der Welt, so behauptete er, habe ein bedeutenderes Werk geleistet als Moses, und das mosaische Gesetz sei immer und überall die höchste irdische Gerechtigkeit gewesen. Wenn Kansas von diesem ehrwürdigsten aller Gesetzgeber regiert werden würde, würde es rasch der blühendste Staat der nordamerikanischen Union werden. Das von Walters eingebrachte Projekt umfasst zehn Kapitel, von denen jedes einem der zehn Gebote entspricht. Es handelt sich übrigens nicht um den ersten Versuch des frommen Abgeordneten auf diesem Gebiete; schon während der vorigen Legislatur hatte er einen ähnlichen Versuch gemacht. Damals begnügte man sich damit, seinen Antrag, aus Spott, der Kommission für die öffentlichen Wege zur weiteren Prüfung zu überlassen. Diesmal hielt man es für gut, die Debatte „ad calendae graecas“ zu verschieben.

Eingelaufene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Verichte (Herausgeber Dr. Jaskrow), Berlin, Verlag von H. S. Hermann. Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 4: Krankenkassen und Arbeitsmarkt.

Hundschau: Ergebnisse öffentlicher Arbeitsnachweise im Dezember. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben — Situationsberichte aus Pflanz- und Gärtnerei; Meidberg i. B., deutscher Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweiser; Augsburg; Halle a. S.; Reamünster; Frankreich; Belgien — Haushaltungslohn, Konsum: Konsumgenossenschaft in Hamburg; Festsetzung des Besoldungsgeldes für die preussische Armee; Einführung des Konsumgenossenschafts in Berlin; Konsumgenossenschaft der Arbeiter Nürnberg; Lebensmittelpreise im Januar. — Lohnbewegungen: Streik in Deutschland, Döberitz-Ungarn, Schweiz im Dezember; Internationale Streikgenossenschaft November-Dezember — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Deutsches Reichsgesetz über öffentliche Arbeitsnachweise, Initiativantrag; Nachweise für landwirtschaftliche Arbeiter; Arbeiter-Vermittlungen im Bez. Dortmund; Gewerkschaftlicher Nachweis unter Aufsicht der organisierten Arbeiterchaft in Solothurn; Panettel der Arbeitslosigkeit in Berlin, mathematische Grundlagen der Arbeitslosen-Versicherung; Versicherungsliste gegen Arbeitslosigkeit in Köln. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweiser-Verbänden: Verband deutscher Arbeitsnachweiser, Beitrittsverträge; Verband deutscher Arbeitsnachweiser, Einsetzung der Mitgliederbeiträge; Rhein-Main-Verband Verbandvereinsammlungen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abkommenszahl beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.
G. S. 83. Unter 800 „Gänser“ Ihren Heranzuschauen sind wir nicht im Stande.

R. G. Holmannstraße, 1. Frankreich — Staatsmonopol. 2. Die städtische Taubstummen-Schule befindet sich O., Markstraße 49, Direktor Gummert.
C. L. Naumerstraße. Möglich ist dies.
E. K. Eine durchaus genügende Adresse für unsere Reichstags-Adressenliste ist: Berlin, Reichstag u. f. w.
H. G. Und ist nicht bekannt, daß man durch die von Ihnen erwähnte Lotterie kassiniert um sein Geld gebracht wird, als durch andere Institute gleicher Art. Uebrigens ist das Spielen in der genannten Lotterie unseres Wissens in Preußen verboten.

Witterungsübersicht vom 16. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometere Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Zwinnende	747	SW	4	Regen	3	Caparanda	745	R	2	bedeckt	-11
Hamburg	745	SW	5	Regen	9	Petersburg	744	SW	3	7 wolllig	10
Berlin	749	SW	3	Regen	9	Gort	784	SW	3	3 bis bed.	8
Wiesbaden	757	SW	2	bedeckt	10	Aberdeen	784	SW	3	3 bis bed.	8
München	761	SW	2	bedeckt	7	Paris	—	—	—	—	—
Wien	757	SW	5	Regen	9	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Dienstag, den 17. Januar 1899.
Stetlich warm, zeitweise anfallend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Emil Pluschke** Schwimmländerstr. 105, am 11. Januar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch den 18. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

Am Sonntag, den 15. Januar, starb unser Mitglied, der Maler **Karl Klinkmann** Wollmiesstraße 33. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Friedensgemeinde in Niederschlönhausen aus statt. Zahlreiches Erscheinen erbetet. Der Vorstand.

Nachruf.
Am 4. Januar verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Gustav Gründel** Maulerstr. 18. Ehre seinem Andenken! 249/3 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Rixdorf.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Johann Scherer** am 13. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet Dienstag, den 17. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 76/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Tischler **Emil Pluschke** am 11. d. M. plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Hedwigs-Gemeinde in Weihensee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 76/13 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler **Emil Pluschke**, am 11. d. M. plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Hedwigs-Gemeinde in Weihensee aus statt. [1915 Die trauernden Hinterbliebenen.]

Am Sonntag, den 15. d. M., Morgens 6 1/2 Uhr, verschied nach schweren Leiden mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Konner **Robert Metsch** im 48. Lebensjahre. 1084 Um alle Theilnahme bitten. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Wallfadenstr. 43, aus statt.

Dankagung.

Sage allen Freunden und Kollegen, insbesondere dem Verein der Metallschleifer, die meinem lieben Mann, unserem guten Vater, dem Metallschleifer **Gustav Patsch** die letzte Ehre erwiesen haben, meinen besten Dank. 1085 Ww. **Anna Patsch** u. Kinder.

Die im Jahre 1898 erledigten Affen sollen Kassiert werden, falls unsere Auftraggeber solche nicht bis 30. Januar abfertigen. 1006

Dr. Carl Cannedit, Rechtsanwalt u. Notar.

Dr. Georg Mühsam, Rechtsanwalt. Berlin W., Mohrenstr. 37, II.

Achtung! Vereine.

Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen fassend, empfiehlt **Ernst Iler**, Alte Jakobstraße 119.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, in der Borussia, Adersfr. 6/7:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bürgerthum und Arbeiterklasse am Anfang einer neuen Zeit. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Rosnow**. 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, erucht

Achtung! Maurer. Achtung!

Mittwoch, 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstr. 33:

Baudeputirten-Versammlung.

Tagesordnung: Regelung wichtiger Angelegenheiten betr. unsere Lohnbewegung. — Jeder Bau muß durch mindestens einen Kollegen vertreten sein. Die Lohnkommission. J. A.: H. Metzke.

Achtung, Parteigenossen und Genossen Noabits!

Dienstag, den 17. Januar 1899, Abends 8 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Al-Moabit 80/81:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Sachse** über: „Soziale Gesetzgebung im Deutschen Reiche.“ 2. Diskussion. 1/5 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: **General-Versammlung** in Müller's Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassiers für das 4. Quartal 1898. 3. Vorstandswahl.

Die Zahlstelen befinden sich bei folgenden Genossen: **Wilhelm Börner**, Zigarren-Fabrikant, Mittelstr. 15; **Gottfried Schulz**, Zigarren-Geschäft, Admiralsstr. 40a; **Emil Götte**, Brandenburgerstr. 18; **Ernst Pier**, Alte Jakobstr. 129; **Hilf**, Simonstr. 24. Die Mitgliedsbücher müssen an der Kontrolle vorgezeigt werden. 240/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)

Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Graumann, Nannynstraße 27: **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vorträge der Genossen **Dr. Alfred Bernstein** und **Dr. Weyl** über: „Schulmedizin und das Naturheilverfahren.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Achtung! Stickerarbeiter. Achtung!

Mittwoch, 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Linke**. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Ludwigischen Streik. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen bitten. Der Vorstand. Wir machen ferner bekannt, daß Willeis zu dem am 11. Februar stattfindenden **Maschinenball** bei den Kollegen **Lobe**, Frankfurter Allee 4a; **Witzke**, Vinnisstraße 20a; und **Barnsdorf**, Adersfr. 158, sowie in der Zehlfische bei **Mörschel**, Jüdenstraße 33, Sonnabends von 8-10 Uhr Abends zu haben sind. 175/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin).

Morgen Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Fest-sälen, Beuthstrasse 20/21: **Vertrauensmänner-Versammlung** für sämtliche Bezirke und Branchen. Tagesordnung: Unsere Thätigkeit im neuen Jahre. Werkstatt-freie und Differenzen. Verhandlungsangelegenheiten. Ausgabe des Jahres-buchens. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Verlagsgelehrten Deutschlands (Zentrale Berlin).

Donnerstag, den 19. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c: **General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Kasienbericht. 2. Jahresbericht mit besonderer Berücksichtigung des Vereinsbureau's. 3. Neuwahl der Verwaltung. 4. Bericht und Neuwahl der Revisions-Kommission. 5. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Kollegen werden auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ganz besonders aufmerksam gemacht. 99/1 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Die Verwaltung.

Photographie

12 Bist 3,80 M. 6842*
2 Kabinett gratis.
Kinder und Gruppen gleiche Preise.
19 Kabinett 6,80 M.
E. Hering, Schönhauser Allee 146.
Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Bekanntmachung. Orts-Krankenkasse der Bildhauer, Stackateure u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Allgemeine Mitglieder-Versammlung, betreffend die Delegirtenwahl zur Generalversammlung am Dienstag, den 24. Januar cr., Abends 8 Uhr: für die Herren Arbeitnehmer im Lokal Köpenickerstr. 62; für die Herren Arbeitgeber im Lokal Kommandantenstr. 50. Wählbar sind: die Herren Arbeitnehmer, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind und das 21. Lebensjahr vollendet haben. 20/1 Die Herren Arbeitgeber, welche Beiträge & Kasse aus eigenen Mitteln zahlen. Der Vorstand. J. A.: **J. Süner**, Vorsitzender. Berlin, den 16. Januar 1899.

Doppel-Quartett sucht einen guten zweiten Bass. Näheres bei **P. Volz**, Staligerstr. 138. 1118

Öffentliche Versammlung am Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Zwinnmünder Gesellschaftshaus, Zwinnmünderstr. 42.

Tages-Ordnung: 1. Rabatt-Sparverein oder Konsumverein? 2. Diskussion. Referent: **Dr. Leo Arous**. 285/3 Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

„Alt Berlin“, Molkenstrasse 12, (Molkenmarkt). 675/2

Montags: Welkeisch.
Dienstags: Frische Wurst.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl, wöchentl. 1 M. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

B. Günzel, Lothringerstr. 52.

Spezialität: Vorträts sozialistischer Führer, Taffale, Marx u. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broden, Knöpfen, Nähen, Wäbren u. dgl. sowie jede Drechselwaare u. Repar. (Plan veri. Preisdramm.)

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Waschen-Garderobe. Größte Auswahl. Billigste Preise. Verein. Preisermäßigung.

Fr. Panknin, Craniensstraße Nr. 178 II. Adalbertstraße 91, Ecke Craniensstraße.

Sopha Stoffe

aus alle Reife in Nipp, Damast, Crepe, Plüsch, Gobelins und Plüsch (sofort billig). 612/2* Proben franko! in allen Quantitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Craniensstr. Nr. 158.

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Gharu, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnabend 9-7. 8. Friedrichstraße 114. I. [590/1]

PATENTE

erwirkt und verwertet **F. W. Chrometzka** Patent-Bureau Berlin N. 4, Chausseestr. 20.

Zähne 1,50 M.

Reparaturen 2 M. (ameral). Zahnteil 1,20 M. **E. Fahrmann**, Dentsch. Schmelzstr. 245a. Ecke Roslanien-Allee. 633/2*

Soeben beginnt neuer Jahrgang:



ILLUSTRIRTE-ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG HEFT 10 PFENNIG DIE TOCHTER DES SUDENS

Zu beziehen durch alle Colporteurs und Speditours.

Schönes Lokal Trebbin. Bahn-hofstr. 3, gr. neu. Tanzsaal, Regeld. Garten u. (Brauerei ist verpachtet) sof. preisw. zu verk. Post. Arbeiter, ca. 600, wünschen das Lokal für sich. Näh. Berlin, Altschinerstr. 64, Baum.

Blumenhandlung

P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 7, Eng. Joffenstr. **Kränze, Bouquets, Topf-gewächse, Guirlanden etc.** Billigste (Markt-) Preise bei geschmackvoller Ausföhrung.

Kranzbinderel u. Blumenhandlung von 576/2

Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2. Wohnungs-Anstalt, Guirlanden, Volk-stränken, Bouquets u. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

5 1/4 Pfd. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's Bäcker. Wrangelstr. 9. Krausstr. 19. Falkensteinstr. 28. Lanfstr. 2.

Stempel-Fabrik von Robert Hecht, Berlin S., Craniensstr. 142.

liefert schnell und billig alle Arten Stempel in besserer Ausföhrung.

Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Stopp, Gardin, Vorhänge, Betten, Stores, Wäsche, Waffelbuden, Angläse, Polier, Winterpaletots, Regulat, Remonat-tair-Uhren, Dpernal, verkauft (sofort) billg Pfandlehe Reudersstraße 6.

Mühlentstr. Nr. 8 nahe Schlenk. Bahnhof und Station Warkauerstr., sind vom 1. April 1899 ab freundl. Vorder- und Hofwohnungen von 1 und 2 Stuben nebst Küche, Korridor, Kofet u. Bad sehr billig zu vermieten. Näheres darüber beim Verwalter. 5101*

Freundl. mbl. Schlafst. f. 5, sep. Eing., 8 Saufowerstr. 13, v. IV. d. Kloster.

Die Gesundheitschädigung der Arbeiter.

(Schluß)

VIII. Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Öle und Firnisse.

In den Gasanstalten zu Potsdam, Posen, Magdeburg, Jittau wird über die Länge der Arbeitszeit und namentlich der Wechsel...

IX. Textil-Industrie.

Zwei hiesiger Ortsklassen berichten über Berufskrankheiten der Textilarbeiter. Besonders in der Appretur sei die Arbeitszeit...

In Schwaben müssen die Arbeiter oft drei bis vier Webstühle gleichzeitig bedienen, so daß sich der Arbeiter den ganzen Tag nicht aufrichten vermag...

X. Papierindustrie.

Das Sortieren, Aufzurennen und Zerhacken der Lumpen ruft durch Staubentwicklung und getrimmte Körperhaltung...

XI. Lederindustrie.

In Neuchâtel sind Entzündungen der Arme und Hände sowie Infektionskrankheiten beobachtet; mittlere Arbeitsdauer 10 und 9...

mit vorgebeugtem Oberkörper hauptsächlich Lungen- und Magenleiden sowie auch rheumatische Erkrankungen auf. Oberbahren fordert...

Für die Tapetiererei fordert Hessen I sechsstündige Arbeitszeit, wo handhaftes Polstermaterial wie Korb- oder Lumpenwolle...

Für Gummifabriken, in denen mit Schwefelkohlenstoff und Chlorzink gearbeitet wird, besteht in Berlin seit 1896...

XII. Holz- und Schnitzstoffe.

Hessen II fordert Maximalarbeitszeit mit Rücksicht auf die durch Staubezeugung bedingten Gefahren bei der trocknen Holzbearbeitung...

Für Korkmüllereibetriebe fordert Potsdam 10 Stunden Arbeitszeit und zwei Stunden für Pausen, sowie Ausschluß der Arbeiterinnen...

XIII. Nahrungs- und Genußmittel.

Die sehr langen Arbeitszeiten in den Mühlenbetrieben (14, 16 bis 18 Stunden) werden aus fast allen Theilen des Reiches als gesundheitschädigend bezeichnet...

Für Zuckerraffinerien fordert Potsdam 8 Stunden einschließlich 1/2 Stunde Pause sowie Ausschluß von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern...

In Appeln wurde in einer Zuckerraffinerie regelmäßige 18 stündige Arbeitsschicht eingeführt! In Magdeburg und Posen...

Auch in Fleisch- und Wurstgeschäften wird 13 bis 14, häufig bis 16 Stunden gearbeitet. Die Sterblichkeit ist, trotzdem junge und wohlgenährte Leute verwendet werden...

Für Gefrierhallen der Schlachthäuser und Brauereien fordert Potsdam 8 stündige Arbeitszeit mit 1/2 stündigen Pausen und Ausschluß der Frauen und jugendlichen Arbeiter.

In den Mälereien besteht meistens von 4 Uhr früh bis 11 Uhr Abends gearbeitet; doch sei, wie der Beamte für Bestreuer meint, eine Regelung oder Kürzung der Arbeitszeit nicht empfehlenswert...

In den Mälereien ist, wie Berlin berichtet, die tägliche Arbeit der Mälzer auf den heißen Darren eine so lange und schwere, daß sie ohne Einbuße auf die Dauer nicht ausgeführt werden kann...

Die Arbeitszeit in den Brauereien ist im Unter-Elsaß 12 bis 15 Stunden; die Verhältnisse der Arbeiter seien „mindestens so äbel“ wie in der Bierindustrie! Der Beamte schlägt, da die großen Brauereien mit 10 1/2-11 Stunden auskommen...

franken, 10stündige Württemberg III. Für die Bierfahrer, deren Arbeitszeit jetzt bis zu 20 Stunden betrage, fordert Hessen I einen 11stündigen Maximal-Arbeitszeit.

Die Spiritusbrennereien bedürfen ebenfalls einer Regelung der Arbeitszeit (Schwaben, Neuchâtel).

Für Zigarrenfabriken fordert Potsdam 10stündige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen; Arbeiterinnen und Jugendliche sollen hier zugelassen werden; Wiesbaden, Hessen I fordert ebenfalls 10 Stunden und auch für Rauchtabak, Kautabak und Schnupftabak-Fabriken...

XIV. Bekleidung und Reinigung.

Oberbahren empfiehlt eine Regelung der Arbeitszeit ganz allgemein für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungs- und Reinigungs-Industrie (Blumenmacherei, Stickerie, Näherie, Schneidererei, Schuhmacherei, Wäscherei)...

Unter den Damenschneiderinnen, Putzmacherinnen, Hand- schuh- und Putzmacherinnen des Bezirkes Hannover sind gleichfalls Erkrankungen beobachtet worden, welche nach Ansicht der Kassensärzte durch die übermäßige Dauer der Arbeitszeit hervorgerufen werden...

Für Wäschefabriken fordert Berlin das Verbot einer längeren als zehnstündigen Arbeitszeit.

In Wäschereien wird 18 Stunden und darüber gearbeitet; Köln demerkt hierzu, daß solche Arbeitszeit, auch wenn sie höchstens nur zwei- bis dreimal vorkommt, dem weiblichen Organismus auf die Dauer schädigt...

In der Blumenmacherei, Strohflechterei und Strohhutmacherei Dresdens wird bis 18 Stunden täglich gearbeitet. Für Damen- und Herrenschneidereien fordert Hessen I 10 Stunden, für Hutmach-Fabriken Neuchâtel j. L. 11 Stunden und Ausschließung verheirateter Frauen von der Heberarbeit.

XV. Sangeverbe.

Bei Arbeiten in komprimierter Luft (in Caiffond), wie sie beim Händiren von Brillenfeilern, Abtäufen von Bergwerks-Schächten u. dergl. stattfindet, tritt die sog. Caiffondkrankheit auf (Schwindel, Erbrechen, Verlangsamung des Pulses, Schwerhörigkeit, Gelenk- und Brustschmerzen)...

Für Zimmerpläne und Bauhöfe fordert Neuchâtel j. L. Kürzung der Arbeitszeit, Oberbahren für Maler, welche 8 1/2 stündige fordern mit je 1/2 Stunde Vor- und Nachmittagspause sowie 1 1/2 Stunden Mittagspause; für Sackware seien 9-10 Stunden und 1 1/2 stündige Mittagspause wünschenswert; für Schieferdecker fordert Neuchâtel j. L. Kürzung der jezt 10 1/2-11 Stunden dauernden Arbeitszeit...

XVI. Polygraphische Gewerbe.

Für Schriftgießereien fordert Hessen I die jezt dort übliche Arbeitszeit von 9 Stunden gleichmäßig festzulegen; Hessen II fordert 8 Stunden, für tabellose Betriebe 10 Stunden. Für Buchdruckerien fordert Oberbahren auf Grund ärztlicher Gutachten 8-9 Stunden mit zweistündiger Mittagspause, eventuell auch je 1 1/2 Stunde Vor- und Nachmittagspause...

Für die Musterzeichnerien fordert Neuchâtel j. L. Linie, ebenso für Buch- und Steindruckereien, gesetzliche Regelung der Pausen, sowie Verbot der Hausarbeit; die Arbeitszeit schwanke zwischen 9 und 11 Stunden; Lungenschwindsucht, Nistarmuth und Weichheit seien häufig beobachtet.

XVIII. Fabrikarbeiter, Gesellen und Gehilfen in verschiedenen Gewerbezweigen.

Für die Heizer und Maschinenisten tritt Ostpreußen in längeren Ausführungen ein; sie würden in ungesunden Aufenthaltsräumen überarbeitet, zumal sie eine eigentliche Ruhepause nicht haben. Falls ihr täglicher Dienst 14 Stunden übersteigt, müßte außer dem Sonntage auch noch ein halber Ruhetag in der Woche, bei länger als 16 Stunden ein ganz besonderer Ruhetag festgelegt werden...

Das schon im Interesse der Betriebssicherheit mehr wie 12 Stunden nicht angefallen werden dürfen. Neuh. J. L. fordert für die Benutzer im Dampfesselbetriebe gezielte Regelung der Pausen und das Verbot der Verrichtung von Nebenarbeiten; die Arbeitszeit beträgt 13-14 Stunden.

Für das Kleinhandwerk bestirmt Württemberg I einen Maximalarbeitszeit von 11 Stunden, der dort noch wünschenswerter sei als für Fabriken. Auch Württemberg II spricht sich dafür aus; die körperliche Anstrengung der jugendlichen Arbeiter sei in zahlreichen Handwerksarten bedeutend größer als in Fabriken und die Arbeitsräume oft noch ungesund.

IX. Handelsgewerbe.

Für die Verkäuferinnen in Ladengeschäften fordert München den Erlass von Bestimmungen ähnlich denen für die Konfektionsarbeiterinnen, ausgenommen das Verbot der Beschäftigung nach 6 1/2 Uhr an den Vorabenden der Sonn- und Festtage. 12 bis 15 Stunden seien sie jetzt beschäftigt. Die Folgen sind nach den Ausführungen des Kreisphysikus zu Bielefeld: Gleichschicht, Blutarmut, Krampfadern, Lageveränderung der Gebärmutter. Nebenbei berichtet Baden. Eine Orts-Krankenkasse theilt mit, daß in Stuttgart und in Damenkleider-Geschäften die Mädchen Abends nach Schluß des Ladens noch bis 10, 11 Uhr und theils noch über Mitternacht zum Arbeiten angehalten würden. Dagegen seien sie so gering bezahlt, daß sie ihr Leben absolut nicht zu fristen vermögen. Auch Oberfranken, Schwaben und Württemberg III weisen auf die lange Arbeitszeit hin.

Für Expeditions-Geschäfte verlangt Schwaben einen Maximalarbeitszeit.

XX. Verkehrsgewerbe.

Koblenz berichtet, daß ein Arzt über Gesundheitschädigung bei der Eisenbahn beschäftigter Personen durch zu lange Arbeitszeit klagt. In Mannheim haben die Pferdebahnkutscher und Schaffner Dienst von 7 1/2 Uhr Morgens bis 1/11 Uhr Abends mit 15 Minuten Pause für Müdigkeiten. Außerdem sind noch Extratouren abwechselnd zu fahren, so daß dann die 10stündige Arbeitszeit noch verlängert wird; der Dienst der Stallleute dauert 18 1/2-19 Stunden mit Pausen von zusammen 2 Stunden. Nebenbei in Heidelberg und Karlsruhe. Die Folgen seien Husten, Heiserkeit, Augenentzündung und Rheumatismus. Gezielte Regelung der Arbeitszeit sei dringend erforderlich, was auch Neuh. J. L. bejaht, wo jetzt bis 14 Stunden tägliche Arbeitszeit üblich ist.

Auch hier können fast aus allen Orten, in denen Straßenbahnen bestehen, ähnliche Klagen über unmensliche Arbeitszeiten der Schaffner und Kutscher gebracht werden!

XXI. Beherbergung und Erquickung.

Neuh. J. L. tritt für Arbeitszeitverlängerung der Gastwirths-Schiffen ein, die auch schlechte Luft sowie Lehrlings-Züchterei und Stellenvermittlungswesen zu leiden. An Stelle der jetzt bis 16 Stunden dauernden Arbeitszeit sei sie auf 12 Stunden zu begrenzen und die Pausen gezielte zu regeln. Dresden theilt mit, daß die Ortskrankenkasse für die Angestellten des Gast- und Schankgewerbes eine Beschränkung der Arbeitszeit auf 10 Stunden als erwünscht bezeichne.

Die hier im Auszuge wiedergegebenen Schilderungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten werden von diesen selbst aus den anfangs angeführten Gründen als unvollkommen und unzulänglich bezeichnet, weil sie nicht alle Berufschädigungen und gesundheitsgefährlichen Betriebe umfassen konnten.

Was aber in diesen Berichten mitgeteilt wird, ist eine so furchtbare Anklage gegen die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums und eine so zwingende Mahnung an die Gesetzgeber, hier nun schleunigst durch entsprechende Gesetzesvorschriften einzuschreiten, daß es der offenkundigsten Bankrotterklärung der deutschen Sozialreform gleichläute, wenn Graf Posadowsky nicht bei den Staatsberatungen im Namen des Bundesrats die Erklärung abgegeben kann, daß dieser in allerhöchster Zeit das seit 1891 Verfallene nachholen und die Arbeitszeit wenigstens aus gesundheitlichen Gründen verkürzen wird. — W.

In dem vorigen Artikel über „Die Gesundheitschädigung der Arbeiter“ sind einige Druckfehler unterlaufen:

In Gruppe VI (Maschinen u. f. w.) muß es beim Bezirk Oppeln nicht heißen, daß die längste Schicht der Woche höchstens 29 Stunden betragen darf, sondern 24 Stunden.

In Gruppe VII (Chemische Industrie) muß es bei Hünholzfabriken heißen: Eine Bundesrats-Verordnung schließt aber weder Arbeiterinnen u. f. w. von der Beschäftigung aus, noch setzt sie eine Maximal-Arbeitszeit fest; anstatt: doch setzt sie.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Reiseskizzen aus dem Orient.

Theater.
Dienstag, 17. Januar.
Opernhaus. Der Evangelist.
Phantasten im Bremer Rathhause. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius Cäsar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lettin. Das liebe ich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Familie Jensen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westend. Der Schlafwagen-Kontrollleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Sohn der Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Mädchen. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Selbstmörder. Anfang 8 Uhr.
Westen. Fra Diavolo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr. Küssen. Die bezähmte Widerspännige. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Mein Leopold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Volkstheater. Der Pflanz von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr.
Cend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Das kleine Mädchen oder: Schwestern in Amerika. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verdorbene Liebe. Anfang 8 Uhr.
Barock. Genoveva. Platzhüter am Rhein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Die Urgelt des Menschen“.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Halle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Im Kaisersaal nur noch wenige Tage:
Adrienne Gaston.
Im Völkersaal stündlich:
40 Krieger des Mahdi.

Castan's Panopticum.
Die **SIOUX-INDIANER** sind da!

Metropol-Theater.
Schrenkstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Zum 22. Male:
Die kleinen Mädchen.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf:
Die Engelsjäger.
Tanzspiel in 14 Bildern von J. Regel und J. Bayer.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Samstagabend, den 21. Januar:
Zweiter grosser Maskenball. (Berliner Redoute).

Offend-Carl Reiz-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 24. Male:
Wirkliches Wasser. Novität!
Der Brandstifter
Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Otonowitsch. Musik von V. Gall.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Freiluftkonzert.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Morgen und folgende Tage: **Der Brandstifter.**
Mittwoch Nachmittags 3 Uhr: Schiller-Vorstellung: **Wilhelm Tell.** Kleins Preis.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Wiesl, Britton, Seidl, Krone, Rißl, Schneider und Schrader.)
Zum Schluß (vorletzte Woche):
Revita vor Gericht.
Ensemble von Wiesl.
Anfang 8 Uhr. Entree (Parquet durchweg) 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Nummeriert 75 Pf. — 2 M.
Zugelasse von 11-1 Uhr.
Jeden Freitag: **Wachstübchen.** neues Programm!

Das beliebteste Getränk!
M. & W. Müllers

Apollo-Theater.
Direktion E. Waldmann.
Carola
Débriège
Alexia
und 15 auserlesene Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen
Zum Schluß:
Das Versprechen hinterm Herd.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Wiederauftreten der beliebtesten Sourette Helene Voss.
Neu! Der Dichtenden. Schmidt. Um 8 1/2 Uhr:
Gr. Vorkurs: Rich. Winter und Wilhelm Prödel in der unverwundlichen Post.
Endlich zu Zweien.
Kasseler Weinfeld.
Fred Dewoy. Gebr. Kiesel. Gebr. Vero. Louise v. Dolff. Alexandro Michaelaiko. Ruf. Gesang- u. Tanz-Gesellschaft.
Anfang 7 1/2, Sonntag 8 Uhr. Vorverkauf Bern. u. 11-1 Uhr.

Olympia-Theater
Karlstr. (Circus Renz) Karlstr. Abends 8 Uhr zum 117. Male:
Mene Tekel.
Gr. Berliner Kundstummelstück mit Kollossal-Ballets, Komplex und großen Aufzügen.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hill.
Täglich: **Grosses Konzert** der Handpalle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und **Grosse Spezialitäten-Vorstellung** unter Regie des beliebtesten Humorsisten **Gustav Kluck.**
Das vollständig neue Jahresprogramm. Anf. Montag, 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Entree Montag 10 Pf. Sonntag 30 Pf.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich Vorstellung.
Donnerstag, 19. d. Mt.; Freitag für **Willy Harnisch.**
„Unser Helgoland.“
Wiederholung von Oscar Wagner. Geord: Otto Gregor u. G. Sonntag 6 Uhr.
Bonds haben Montag Gültigkeit.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Dienstag, den 17. Januar: **Neu! Neu!**
Mensch ärgere Dich nicht oder **Immer gemüthlich.**
Orig. Gasse mit Gesang in 3 Akten von H. Sent. Musik von Hou. Nach der Vorstellung: **Tanzfränzchen.**

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
Dir.: A. Kollig. Art. Leiter: A. Runge
Täglich:
Große Gala-Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Neu! Schühendruder. Neu!
Poste mit Gesang von Fritz Waldau. Musik von Thiele.
Stille Liebe mit Hindernissen.
Origin. Gasse mit Gesang v. Kullin. Sensationell! Sensationell!
Klown Bobby
mit seinen wunderbar dress. Hunden.
Sonntag 6 Uhr. End 11 Uhr.
Anfang: Montag. 8 Uhr.

Circus Busch
Dienstag, 17. Januar 1899.
Abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
PERSIEN.
Besonders hervorzuheben: Ritt über die hundert Feas hohe Burgmauer. Außerdem: Ein Neiterinnen-Polypourri, geritten von den Damen Mlle. Lola, Doris und Blennow. Kunst- und Konkurrenz-Reiten. (Wer dreimal stehend die Ränge umreitet, erhält eine Prämie von 50 M.) Direktor Busch mit seinen neuen Freiheitsdresuren. Auftreten des berühmten Schulreiters Burckhardt-Footitt. Auftreten der Gite-Abendeten-Gruppe Relampagos. Auftreten des eigentl. Clowns Alfred Daniels.
Morgen 7 1/2 Uhr: **Persien.**

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Nur noch wenige Aufführungen der hochkomischen Fosse:
Eine Sommerwohnung in Charlottenburg.
Und des Liebespiels:
Zank-Zenjelchen!
Voranzüge: Dienstag, 17. Januar: für **Benefiz den Negisseur Otto Wendt.**
Anfang: Montag, 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Vorverkauf 40 Pf. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Quarg's Spezialitäten-Theater.
Grand Hôtel Alexandorplatz.
Täglich:
Cona Plott's Humbe- u. Enghen Stück. — Hedwig Günther. — Amanda und Hans Bellini. — The Mikrophon etc.
Anfang 8 Uhr. — Sonntag 7 1/2 Uhr.
Avis: Die Fest- und Konzertsäle des Grand Hôtel Alexandorplatz sind unter toulantischen Bedingungen zu **Versammlungen, Privatfestlichkeiten** zu vermieten.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag u. Mittwoch: **Ensemble-Szenen, Konzert** und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Passé-partouts werden jetzt, für das ganze Jahr gültig, vergeben.
Anfang: Montag 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. **C. Peters.**
Maskenball.
Schuhe und Stiefel werden verlihen **Sorauerstr. 25.** [8412]

Nordlicht & Original-Literflasche 1,00 Mark
Nordlicht-Magenwein besteht aus Nordlicht mit süßem Ungarwein
kläulich in allen besseren Colonial- und Destillations-Geschäften } & Originalflasche 1,25 Mark
Kornbranntweinbrennerei Berlin, Waldemar-Strasse 29.

Für nur 7 Mark
versende ich gegen Nachnahme eine grosse, hochfeine **Concert-Accord-Zither** mit 6 Manuellen, 25 Saiten, sehr polit und elegant ausgestattet, mit Stimvorrichtung, wundervoll im Ton und in einer Stunde zu erlernen. Versand complet mit neuester Schule, Notenständer, Schlüssel, Ring und Carton. Früherer Preis dieser Zither 14 Mark. Ein solches Traginstrument dürfte in keiner Familie fehlen. 3 manuelle zu 3 Mark. Täglich lobende Anerkennungen und Nachbestellungen. Man bestelle bei **Heinr. Suhr, Musik-Instrumenten-Fabrik, Neuenrade i. W.**

Karol Weil's Seifenextrakt
ist der einzige Freund aller wirklich sparsamen Hausfrauen.
Möbel und Polsterwaren. Großes Lager
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung!

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sanger.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 30 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Gänsefedern 60 Pf.
Gr. Dtl. (größer zum Reiten).
Schlafschiffchen, wie sie v. d. Gänsefüßern, mit alten Federn M. 1,50, halberer Gänsefüß M. 2,00, besserer dummerer Doms M. 2,50, 3,00, beste schwarze M. 3,50, russische Federn M. 3,50, weißes Federn M. 1,50, 2,00, 2,50. Prima gefüllte M. 3,00, 2,50. Versand gegen Nachnahme. Berlin S. **Bestav Lustig, Oranienstr. 44a.** Erste Bettfedernfabrik m. elektr. Hebebed. Viele Nachbestellungen.

Rechnen die gegen Frau Gaede, Fennstr. 17, gerichtete schwere Beleidigung juristisch und erklären sie für eine ehrenhafte Parteilose. 7312*
A. Delke.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma **Fork, Kretzschmar & Co.** Barnimstr. 13.
(Wogasin Jannowicz, Bräde), haben (sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zugzug fernhalten!
Die Erbsenverwaltung.
Glaser
für Bilder, Einrahmungen gesucht. 1038 **F. Wehner, Oranienstr. 119.**
Farbigenmacher
verlangt Waisenstr. 14. 1096
Stanger für Holz-Photographierahmen verlangt 1105 **Mathisenstr. 14.**

Redakteur!
Für ein größeres Parteiblatt wird für Mitte oder Ende Februar ein Parteigenosse als Redakteur gesucht. Der Betreffende soll die Rubriken Sozialpolitisches und Partei-Angelegenheiten bearbeiten, und wird deshalb besonders genaue Kenntnis der Partei- und Gewerkschaftsbewegung verlangt. Redaktoren wollen ihre Gesuche nebst Gehaltsansprüchen unter **V. W. 9** bis spätestens 25. Januar an die Expedition des „Vorwärts“ einreichen.

Tücht. Glasbieger
Sofort verlangt. Meldungen Dienstag, 17. d. Mt., Mittags von 12-2 Uhr, Terminal-Hotel, Friedrichstr. Berlin 1332* **H. Barthel, Dresden.**
Gesucht ein tüchtiger **Glasbläser**
für Röntgen-Röhren. Verdienst bei guter Leistung 50-60 M. pro Woche. Nur Glasbläser, welche auf Röntgen-Röhren eingearbeitet sind, werden sich melden. Adressen unter **F. M.** beifügt die Exped. d. Blattes.

Ein Dekorations-Maler w. für dauernde Beschäftigung verlangt.
Der. auch im Zeichen u. in der Figur. u. Blumenmalen tüchtig sein. Gehaltsansprüche nebst Adresse ermitteln unter **U. S. Exp. d. Bl. S. 21. d. Nr. 1913**

Berlinbürgerinnen u. Mannsells
auf Jadedis, in und außer dem Hause vert. **Frensdreit, Schützenstr. 60 II.**
Stepperrinnen auf Jadedis vert. bei **J. Eohn Schumann, Dreileit. 8.**
Mannsells auf Jadedis und **Feder-mädchen** verlangt. **865**
Reuenfeldt, Köllnischestr. 9 u. 1.

Werkzeugschlosser
für Schlichte, Stangen, der selbstständig bessere Arbeiten zu machen versteht, findet sofort dauernde lohnende Stellung. **Carl Hüner, Metallknopfabrik, Rarischtr. 5.** 1075
Belegerin [1026]
verf. Goldbleisfabrik Friedenstr. 10.
Tüchtige Mannsells
auf bessere Damen-Jadedis, Preis 3,00, 3,20, 3,50, 4,00, 5,00 M. per Stück u. 25 Pf. Oberbahn-Bergung per Stück. Beschäftigung das ganze Jahr hindurch, sofort vert. **M. Holz & Co., Marktgrafenstrasse 43/44.**